

Seniorenpolitik im Aufbruch –

Eine Herausforderung für die gewerkschaftliche Arbeit



1. Seniorenpolitische Fachtagung des DGB



“Eine gerechte Gesellschaft für alle Lebensalter“

1. Seniorenpolitische Fachtagung

DGB-Bundesvorstand

**Seniorenpolitik im Aufbruch –
Eine Herausforderung für die gewerkschaftliche Arbeit**

14. Oktober 1999 in Düsseldorf

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand
Abt. Sozialpolitik
Postfach 110372
10833 Berlin
Tel. 030-24060-000

Verantwortlich: Dr. Ursula Engelen-Kefer

Redaktion: Sabine Acker
Sabine.Acker@DGB.de

Bernd Wittich
Bernd.Wittich@T-Online.de

*Gestaltung und
Fotos:* Bernd Wittich

Produktion: Toennes satz+druck GmbH, Postfach 3262, 40682 Erkrath

Inhaltsverzeichnis

Seite

VORWORT

Dr. Ursula Engelen-Kefer

5

REFERATE

Begrüßung und Einführungsreferat

Dr. Ursula Engelen-Kefer

7

Mitgliederstatistik

15

Referat der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

16

Dr. Christine Bergmann

Grußwort der Vizepräsidentin des Pensionistenverbandes in Österreich

Dr. Hilde Havlicek, Ministerin a.D.

22

Referat des Präsidenten der FERPA (Europäischer Verband der Rentner und alten Menschen)

Georges Debunne

26

Referat: Möglichkeiten und Voraussetzungen aktiver Teilhabe älterer Menschen in unserer Gesellschaft

Prof. Dr. Jürgen Wolf, Fachhochschule Magdeburg

30

BLITZLICHTER AUS DER DISKUSSION ZU DEN REFERATEN

38

AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

AG 1: Die Lage der älteren Menschen in unserer Gesellschaft

42

AG 2: Kooperation der Gewerkschaften mit anderen seniorenpolitischen Institutionen und Organisationen

51

AG 3: Transnationale Seniorenprojekte und Seniorenarbeit

62

BLITZLICHTER AUS DER DISKUSSION AM NACHMITTAG

68

DOKUMENTE

	Seite
Grundlagen für eine DGB-Seniorenpolitik	75
Wismarer Erklärung zur Seniorenpolitik des DGB <i>(Norddeutsche Seniorenkonferenz des DGB-Landesbezirks Nord)</i>	76
Für eine soziale und demokratische europäische Union des Friedens und der Solidarität zwischen den Generationen (<i>FERPA</i>)	78
Willensbekundung der TeilnehmerInnen der 1. Seniorenpolitischen Fachtagung des DGB-Bundesvorstandes	86
TeilnehmerInnenverzeichnis	87
Namensregister	90
Organisationsregister	91

In zunehmenden Maße werden die Gesellschaft und die Gewerkschaften mit den Fragen des Alters und des Alterns auf den verschiedensten Ebenen konfrontiert.

Ein wachsender Anteil der Bevölkerung wird immer älter und immer mehr Menschen gehen früher in den Ruhestand. Auch in den Gewerkschaften nehmen die älteren Gewerkschaftsmitglieder immer mehr zu.

Im "Internationalen Jahr der Senioren 1999" wurden von den verschiedensten Organisationen und Verbänden bundesweit zahlreiche und vielfältige Veranstaltungen zum Thema Seniorinnen und Senioren durchgeführt, auch in den Einzelgewerkschaften und im DGB. In diesem Zusammenhang konnten wir feststellen, dass es für den Zusammenhalt der Gesellschaft ganz wichtig ist, der Seniorenpolitik ein stärkeres Gewicht zu verleihen.

In den meisten Einzelgewerkschaften ist die Gruppe der Senioren mittlerweile in der Satzung aufgeführt, mit den entsprechenden Leitlinien für ihre Seniorenarbeit. In 8 Gewerkschaften sind die Seniorinnen und Senioren sogar mit Sitz und Stimme in den Hauptvorständen vertreten. In den Übrigen existieren Richtlinien für die Seniorenarbeit.

Daraus ist zu folgern, dass in den Gewerkschaften inzwischen eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Seniorenarbeit stattfindet.

Die zunehmende Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften mit anderen seniorenpolitisch relevanten Organisationen zeigt sich u.a. darin, dass inzwischen 5 Gewerkschaften Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen in Deutschland (BAGSO) sind, und die Beteiligung der Gewerkschaftsseniorinnen und -senioren in den Seniorenvertretungen auf Gemeinde- und Länderebene zunimmt.

Ein großer Teil der gesellschaftlichen Arbeit wird auf ehrenamtlicher oder freiwilliger Basis geleistet, insbesondere auch von älteren Menschen. In den Gewerkschaften ist ehrenamtliche Tätigkeit schon seit jeher Bestandteil des gewerkschaftlichen Engagements. Im DGB wird sie zunehmend notwendiger auf Grund der durch den gesellschaftlichen Wandel bedingten Ausweitung der gewerkschaftlichen Arbeitsfelder.

Unsere aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Mitglieder werden immer jünger und sind in der Regel noch relativ gesund und aktiv. Es ist sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch im Interesse unserer Organisation, Perspektiven für ihre nachberufliche Aktivitäten zu finden. Die Vorbereitung auf den Ruhestand sollte ein Bestandteil gewerkschaftlicher Politik sein bzw. werden. In einigen Gewerkschaften gibt es bereits entsprechende Angebote.

Im Zusammenhang mit der Verstärkung und Weiterentwicklung der seniorenpolitischen Aktivitäten wurde im DGB die bundesweite Vernetzung gewerkschaftlicher Seniorenpolitik als ein zentrales Anliegen erkannt.

Mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Seniorenpolitik beim DGB-Bundesvorstand im Sommer 1998 wurde ein erster Schritt in diese Richtung getan.

Ziele der Koordinierungsstelle sind:

- Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches innerhalb der Gewerkschaften,
- Koordinierung und Bündelung der gewerkschaftlichen Seniorenaktivitäten

- Verstärkte Transparenz und Repräsentanz nach außen.

In der Folge wurde der DGB-Seniorenarbeitskreis beim Bundesvorstand ins Leben gerufen, der sich aus seniorenpolitischen Vertretern der Einzelgewerkschaften und der einzelnen DGB-Gremien auf der Landes- und Kreisebene zusammensetzt. Durch den wechselseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch in diesem Arbeitskreis wurde festgestellt, dass die Seniorenaktivitäten in den Gewerkschaften viel umfangreicher sind, als allgemein vermutet wurde.

Die 1. Seniorenpolitische Fachtagung des DGB-Bundesvorstandes ist Ergebnis der Kooperation unserer Koordinierungsstelle mit den Einzelgewerkschaften und den DGB-Gremien. Ihr Hauptziel ist es, die zunehmende Bedeutung der Seniorenpolitik in den Gewerkschaften zu unterstreichen und die Notwendigkeit eines einheitlichen politischen Programms und einer klaren Definition gewerkschaftlicher Seniorenpolitik aufzuzeigen.

Längerfristiges Anliegen ist die Stärkung der Seniorenpolitik in den Gewerkschaften und eine stärkere Einflussnahme der Senioren in der Gesellschaft.



Ursula Engelen-Kefer

Dr. Ursula Engelen-Kefer
Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Seniorenpolitik im Aufbruch – Eine Herausforderung für die gewerkschaftliche Arbeit¹

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich, Sie hier alle zur 1. Seniorenpolitischen Fachtagung des DGB-Bundesvorstandes anlässlich des Internationalen Jahres der Senioren 1999 begrüßen zu können. Ganz besonders herzlich begrüße ich Frau **Dr. Christine Bergmann**, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, bei uns. Liebe Ministerin, liebe Christine, wir freuen uns sehr, dass Sie trotz Ihres sehr



vollen Terminkalenders den Weg zu uns gefunden haben. Begrüßen möchte ich auch unsere Gäste aus dem Ausland. Zunächst einmal Frau **Dr. Hilde Havlicek**, Vizepräsidentin des Österreichischen Pensionistenverbandes, der größten Seniorenorganisation in Österreich. Herzlich willkommen! Und dann möchte ich begrüßen unseren langjährigen Kollegen **George Debunne**, Präsident des Europäischen Verbandes der Rentnerinnen und älteren Menschen mit ca. 11 Millionen Mitgliedern. Herzlich willkommen!

Meine sehr verehrten Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich unserer Bitte nachgekommen und hier erschienen sind. Dies zeigt uns einmal mehr, dass die Seniorenpolitik zunehmend an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnt und die Rolle der älteren Menschen immer häufiger auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Ich komme gerade von den Feierlichkeiten, die gestern und vorgestern in München zum 50. Jahrestag des DGB stattgefunden haben und darf mich hier herzlich auch noch einmal im Namen des DGB für die Glückwünsche bedanken und vielleicht sind sogar einige unter uns, die damals bei der Geburtsstunde des DGB dabei gewesen sind und sich erinnern können, wie alles begann.

Der Gründungskongress des DGB auf Bundesebene als freie und unabhängige Einheitsgewerkschaft fand ja in München vom 12. bis 14.10.1949 statt. Es herrschte damals eine große Aufbruchstimmung bei den Menschen nach der großen Niederlage des Zweiten Weltkrieges und ich glaube, es war wichtig, dass die Gründer des DGB damals die weltanschauliche und parteipolitische Zerrissenheiten der Gewerkschaften in der Weimarer Republik überwunden haben und der DGB als eine Einheitsgewerkschaft gegründet wurde. Und er konnte in der Folge der Zeit selbstbewusst und kämpferisch die Interessenvertretung der aktiven Bevölkerung wahrnehmen. Und ich glaube, es ist unbestritten, dass die DGB-Gewerkschaften einen unschätzbaren Beitrag zur Entwicklung eines breiten Wohlstandes in unserem Lande geleistet haben, auch wenn in den letzten Jahren in zunehmendem Maße Schattenseiten zu beobachten

¹ Alle Hervorhebungen im Text wurden von der Redaktion vorgenommen.

sind. Ich denke, wir können uns trotz allem im internationalen Maßstab durchaus sehen lassen.

Und gerade mit Bezug auf die heutige Tagung möchte ich erwähnen, dass es ja **ein wichtiger Eckpfeiler unseres Sozialstaates ist, dass wir als Gewerkschaften den Generationenvertrag zwischen Jung und Alt weiterentwickelt haben und damit dazu beitragen konnten, dass in Deutschland Armut im Alter Gott sei Dank eine Randerscheinung geworden und dass es gelungen ist, dass Menschen im Alter eine auskömmliche Existenz haben über diesen Generationenvertrag und die gesetzliche Rentenversicherung.** Und angesichts der harten Auseinandersetzungen heute kann ich hier versichern, dass wir als DGB alles tun werden, um diesen Generationenvertrag aufrechtzuerhalten. Er muss angepasst werden, aber er soll bestehen bleiben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr verehrte Gäste, ich glaube, es ist eine Binsenweisheit, wenn ich feststelle, dass sich in den letzten 50 Jahren viel verändert hat und weltweit ein tief greifender sozialer, politischer und ökonomischer Wandel stattfindet. Eine besondere Entwicklung hat Deutschland - es wurde zunächst geteilt und ist jetzt seit beinahe 10 Jahren wieder vereinigt. Und auch der Aufbau der EU schreitet immer weiter fort und gewinnt sowohl an Tiefe als auch an Breite. Das gesellschaftliche Umfeld hat sich verändert, aber auch die betriebliche Welt ist ständigen Wandlungen unterworfen durch internationale Verflechtungen, durch technologische Veränderungen, durch neue Arbeitsstrukturen, und nicht zuletzt durch den demografischen Wandel.

Wir als Gewerkschaften sind immer gezwungen, darauf zu reagieren und uns anzupassen und das macht ja gerade die Besinnung anlässlich des 50. Geburtstages des DGB immer wieder deutlich: Wir sind niemals der monolithische starre Block gewesen, als den uns manche gerne hinstellen würden, sondern Gewerkschaften können nur existieren als eine Bewegung. Eine Bewegung kann nur Bestand haben, wenn sie sich immer anpasst an die Veränderungen. Das haben wir getan, das werden wir auch weiter tun und dabei ist es klar - schon aus der Vergangenheit -, dass dies nicht ohne Auseinandersetzungen und Reibungsverluste vonstatten gehen kann. Und wir werden hierbei unsere traditionellen Aufgabenfelder weiterentwickeln, aber auch neue hinzufügen.

Das von der UNO ausgerufene Internationale Jahr der Senioren 1999 ist auch für uns als Gewerkschaften ein Appell, uns stärker hierbei mit der Alterung der Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Weltweit werden die Menschen immer älter und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nimmt stetig zu. Und diese Entwicklung ist auch an den Gewerkschaften nicht vorbeigegangen, denn etwa 20 % aller Gewerkschaftsmitglieder gehören inzwischen der Gruppe der Seniorinnen und Senioren an. Das sind mehr als 1,7 Millionen Gewerkschaftsseniorinnen und -senioren und sie stellen somit die größte Seniorenorganisation in Deutschland dar. Die demografische Entwicklung und die rasanten Veränderungen im sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Bereich haben natürlich Folgen für das gesamte Leben und die Lebenssituation aller Altersgruppen in unserer Gesellschaft. Und in diesem Sinne ist das Motto dieses Internationalen Jahres der Senioren - eine Gesellschaft für alle Lebensalter - zu verstehen. **Es werden nicht nur die älteren Menschen angesprochen, sondern alle Altersgruppen sind aufgefordert, sich stärker mit dem Alter und mit dem Altern zu beschäftigen.** Zum einen betrifft das Altern alle Menschen früher oder später, denn es ist auch eine Binsenweisheit: die jungen Menschen von heute sind die älteren Menschen von morgen. Zum anderen sind die Altersgruppen voneinander abhängig und müssen miteinander leben. Die zur Verfügung stehenden Güter und Ressourcen müssen gerechter auf die Gesamtbevölkerung verteilt werden.

Dies ist nur in einer Solidargemeinschaft möglich. Und gerade diese Zeiten des Umbruchs, der Schnelllebigkeit, der Hektik, des Technik-Fetischismus und der extremen Individualisierung machen viele Menschen orientierungslos und ängstlich. Und insbesondere die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft sind da überfordert: Kinder, gesundheitlich Eingeschränkte, aber auch ältere Menschen.

Hinzu kommt die hohe Massenarbeitslosigkeit: die Jüngeren haben Schwierigkeiten, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen und die Älteren scheiden immer früher aus dem Erwerbsleben aus. **Auf Grund des allgemeinen Fortschritts hat aber auch ein Bedeutungswandel der Rolle des älteren Menschen in der Gesellschaft stattgefunden.** Wir haben es heute zum großen Teil mit einer veränderten Seniorenschaft zu tun, wenn man sie mit vergangenen Generationen vergleicht. Die älteren Menschen sind in der Regel gesünder, selbstbewusster, gebildeter und wohlhabender als in der Vergangenheit. Früher wurden die Menschen nicht so alt. Sie waren ärmer, anspruchsloser und weniger gebildet.

Beschränkte sich die traditionelle Altenpolitik vorwiegend auf die Altenpflege, so stellen ältere Menschen heute höhere Anforderungen an ihre Integration in Gesellschaft und Politik. Und dies erfordert ein Umdenken in der Bevölkerung, in der Politik, aber auch in den Gewerkschaften.

Aktives Altern

Die Altenpflege und ihre Weiterentwicklung ist zwar nach wie vor ein wichtiger Bestandteil jeglicher Seniorenarbeit. Aber **darüber hinaus muss die aktive Rolle der älteren Menschen im gesellschaftlichen Leben stärker anerkannt, berücksichtigt und gefördert werden. Eine moderne Seniorenpolitik muss diesen Entwicklungen und Veränderungen Rechnung tragen und die immer größer werdende Bevölkerungsgruppe der alten Menschen in allen Lebensbereichen und in ein umfassendes gesellschaftliches Gesamtkonzept einbeziehen.** Das Alter gilt in unserer Leistungsgesellschaft leider nach wie vor als Makel und als Defizit. Insbesondere in Deutschland wird das Alter in der aktuellen Diskussion fast automatisch in Zusammenhang gebracht mit hohen Kosten für Rente, Gesundheit und Pflege. Dies ist kurzsichtig und entwürdigend. Schließlich haben die heute alten Menschen ihr Leben lang gearbeitet, zum Wohlstand beigetragen, Kinder erzogen, haben Wissen erworben und weiter vermittelt und unterstützen finanziell in nicht unerheblichem Umfang die jüngeren Familienmitglieder. Es ist bezeichnend für eine Gesellschaft, wie sie mit ihren älteren und schwächeren Mitgliedern umgeht.

Sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

es ist dringend erforderlich, mit diesem Negativbild des Alters aufzuräumen und sowohl den älteren Menschen als auch allen anderen Altersgruppen die ihnen gebührende Achtung und den Respekt entgegenzubringen. Und um dies zu erreichen, ist die Solidarität aller Altersgruppen gefragt. Sie wird zwar auf den verschiedenen Ebenen praktiziert, muss aber noch erheblich verstärkt und verbessert werden. Und auch Folgendes ist zu beachten: die älteren Menschen sind keine homogene oder geschlossene Gruppen, sondern sie weisen sehr heterogene Lebensbiografien und -stile auf mit unterschiedlichen Bedürfnissen, Fähigkeiten, gesundheitlichem und psychischem Wohlbefinden. In zunehmendem Maße sind sie gefordert, selbst ihre Interessen und Belange zu vertreten und möchten dies auch so tun. Und dies gilt insbesondere für die so genannten jungen Älteren, deren Zahl stetig ansteigt und dies aus den verschiedensten Gründen: vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, sei es freiwillig oder unfreiwillig, weil sie arbeitslos werden, aus betriebsbedingten oder gesundheitlichen Gründen.

Europäische Seniorenpolitik

Nun, anlässlich des Internationalen Jahres der Senioren ist es nötig, einen Blick über den nationalen Tellerrand hinauszutun und vor allem auch einmal auf die Ebene der EU zu blicken, da wir ja hier eine rasante Veränderung der Bedingungen, vor allem auch nach Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion und der gemeinsamen Währung des Euro vor uns haben und dies ja auch so weitergehen wird. Ich wollte aber hier nicht das vorwegnehmen, was unser Gast, Kollege George Debunne, hierzu zu sagen hat. Ich freue mich darauf und ich kann nur sagen, dass auch wir als DGB unsere Rolle in die europäische Integrationspolitik, vor allem, was die sozialen Aspekte anbelangt, und auch hier in die Seniorenpolitik stärker einbringen wollen und auch einbringen werden. Aber es geht ja nicht nur um unsere Rolle in der europäischen Seniorenpolitik, sondern es gibt auch sonstige, vielfältige Kooperationsprojekte und Veranstaltungen mit Seniorinnen und Senioren inzwischen in Frankreich, Dänemark, den Niederlanden, Polen und Spanien. Ich **denke, ein Blick über die Grenzen hinweg ist immer hilf- und lehrreich**. So ist in einigen Ländern, z.B. in den skandinavischen Ländern, Holland, aber auch Großbritannien, Irland, Amerika und auch Österreich im Vergleich zu Deutschland die Seniorenpolitik teilweise stärker als gesellschaftliche Aufgabe in das Bewusstsein der Allgemeinheit getreten und ich denke, es lohnt sich, auch einmal über die Grenzen hinwegzusehen. Wir können davon sicherlich auch eine Menge für uns profitieren.

Senioren in den Gewerkschaften

Sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

hinter den knapp 2 Millionen Gewerkschaftsseniorinnen und -senioren verbirgt sich ein enormes Potenzial an erfahrenen und engagierten älteren Menschen, die ihre beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen nutzbringend für die Gesellschaft im Allgemeinen und die Gewerkschaften im Besonderen einbringen können und auch einbringen wollen.

Lassen Sie mich hier eine selbstkritische Anmerkung von Hans-Ulrich Klose, dem früheren Vorsitzenden der Seniorenarbeit in der SPD, aus dem Jahre 1995 zitieren:

"Die Frage, ob und wie die ältere Generation in unsere alternde Gesellschaft produktiv einbezogen werden könnte, wird viel zu selten gestellt. Im günstigsten Falle werden die Älteren als passive Mitglieder eingestuft. Oftmals werden Senioren von den politischen Organisationen nur als Kostenfaktor gesehen."

Die Erkenntnis der zunehmenden Bedeutung der älteren Menschen in unserer Gesellschaft ist bislang auch noch nicht vollständig in all unseren Gewerkschaftsorganisationen vor- und durchgedrungen, was sich darin zeigt, dass in einzelnen Gewerkschafts- und DGB-Gremien die Seniorenarbeit bzw. Seniorenpolitik noch nicht die gebührende Beachtung findet.



Seniorenpolitik gehört eben nicht zu den traditionellen Aufgabenfeldern, da die Gewerkschaften insbesondere die Arbeitnehmerinteressen vertreten. Aber es werden seit jeher mittel-

bar oder unmittelbar auch seniorenpolitische Anliegen tangiert, wie z.B. in der Tarif-, Sozial- und Rentenpolitik. **Darüber hinaus gibt es übergeordnete und übergreifende gesellschaftliche Themenbereiche, die alle Altersgruppen betreffen und somit ein stärkeres gewerkschaftliches Engagement erfordern.** Ich meine hier die Steuerpolitik, aber auch die Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Frage der Kooperation und des Konsenses zwischen den Generationen und natürlich die Bildung und die Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens.

Seniorenarbeit und Seniorenbetreuung gehört schon seit vielen Jahren zu den Aufgabenbereichen der Mitgliedsgewerkschaften und findet vor allem auf lokaler Ebene und in den so genannten Basisorganisationen statt. Die Rahmenbedingungen dafür sind in den jeweiligen Satzungen oder Richtlinien festgelegt.

Schon zu Beginn der 80er-Jahre wurden auf der lokalen Ebene die ersten DGB-Seniorenarbeitskreise gegründet. In einigen Landesbezirken ist inzwischen eine sehr aktive Seniorenarbeit entstanden und wird geleistet. Und die Aktivitäten der Seniorenarbeitskreise bzw. -ausschüsse reichen weit, nämlich von der Seniorenbetreuung über Veranstaltungen zum Thema Rente, Pflege und Gesundheit bis hin zu politischen Aktivitäten. **Allerdings fehlt bisher ein einheitliches seniorenpolitisches Gesamtkonzept des Dachverbandes sowie die Definition der neuen Aufgabenbereiche.** (Beifall) Manchmal bekommt man ja auch für Selbstkritik Beifall, vor allem, wenn sie dann auch genutzt wird als Empfehlung, was besser zu machen ist, und so möchte ich das gerne aufgefasst haben. Durch die neuen sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen ist der DGB aufgerufen, sich als Sprachrohr neuer gesellschaftlicher Fragen zu stellen und den seniorenpolitischen Bereich neu zu definieren.

Auf unserem 5. Außerordentlichen Bundeskongress im Jahre 1996 wurden die Senioren erstmals als Personengruppe in die Satzung aufgenommen. Das ist gleich zu Anfang schon gesagt worden, und wir haben dies ja auch fortgeführt. Bei unserem letzten Ordentlichen Bundeskongress im Juni 1998 ist die Satzung geringfügig geändert worden. Dort heißt es und ich zitiere:

"Politische Aufgaben des Bundes sind die Vertretung und Koordinierung der gemeinsamen Interessen, insbesondere die Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben der Gewerkschaften für die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, die Frauen, die Jugend und die Seniorinnen und Senioren".

Diese Satzungsbestimmung bietet die Grundlage, aber auch Verpflichtung und Chance für die Koordinierung und Weiterentwicklung der Seniorenpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Altersrenten

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ein zentrales Anliegen der älteren Menschen ist ihre Existenzsicherung, und zwar hier wieder vorwiegend über die Altersrente. In Deutschland ist das durchschnittliche Einkommensniveau der Rentnerinnen und Rentner ziemlich hoch gemessen an einigen unserer Nachbarländer. Aber es gibt große Unterschiede in der Rentenhöhe, vor allem zwischen Frauen und Männern. In der Regel verfügen Frauen über sehr niedrige Renteneinkommen und die Angst und Sorge der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Altersversorgung bezieht sich vor allem auf die zukünftigen Renten und die Diskussion um die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung reißt nicht ab. Dabei wird die demografische Entwicklung als größte Gefahr für die solidarische gesetzliche Rentenversicherung gesehen. **Die Bevölkerungsentwicklung ist jedoch nicht das Hauptproblem für die Rentenversicherung. Dies ist vielmehr die hohe Arbeitslosigkeit.** Ich bin überzeugt, hätten wir Vollbeschäftigung oder annähernd Vollbeschäftigung, würde kein Mensch über die Finanzen der Rentenversicherung reden und dann könnten auch

die ständigen Manipulationen an der Rentenhöhe unterbleiben. Leider macht ja gegenwärtig das Thema Rentenanpassung in wenig erfreulicher Form Schlagzeilen in den Medien. Das umstrittene Rentenmodell der Bundesregierung sieht nun vor, dass die Renten für die Jahre 2000 und 2001 nur um die Inflationsrate erhöht werden sollen, und zwar entgegen den Versprechungen der Bundesregierung zu Beginn dieses Jahres. Dort hieß es nämlich noch, dass die Rentenanpassung auf der Basis der Nettolöhne erfolgen sollte.

Wir als Gewerkschaften setzen uns weiterhin für die nettolohnbezogene Anpassung der Rentensteigerung ein und können nicht akzeptieren, dass die Rentenformel willkürlich außer Kraft gesetzt wird. Wir sagen aber auch: Natürlich wissen die Gewerkschaften, dass Rentner einen Beitrag leisten und leisten müssen an die veränderten Rahmenbedingungen und auch an die längeren Rentenlaufzeiten. Ohne Zweifel. Aber diejenigen, die das immer wieder propagieren, haben völlig vergessen, dass wir bereits eine große Rentenreform hinter uns haben. Die Rentenreform, die ja damals im Konsens der großen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen 1989 und 1993 in Kraft gesetzt wurde, hat bereits erhebliche Verschlechterungen bei den Renten gebracht, beim Übergang vom Brutto- auf das Nettolohnprinzip und auch bei der Herausrechnung verschiedener Punkte in den Rentenbemessungspunkten, z.B. der Ausbildungszeiten. Das war bereits die Anpassung und auch der Beitrag der Rentner an die demografische Entwicklung und hierdurch konnten die zu erwartenden Beitragssätze im Jahr 2030 etwa halbiert werden auf durchaus erträgliche Größenordnungen.

Und deshalb bin ich der Meinung, soll man dies sehen und wenn von einer zukünftigen weiteren Anpassung der Renten geredet wird und wenn hierzu Entscheidungen getroffen werden, dann darf sich dies nur im vertretbaren Maße ausrichten und es muss sichergestellt sein, dass auch die Renten im Jahre 2030 und 2040 den Menschen eine würdige Lebensexistenz ermöglicht und nicht nur irgendeine Basissicherung darstellt. Und dafür setzen wir uns ein.

Nun wurde ja gestern - und darüber sind wir sehr froh - zwischen der Bundesregierung und der IG Metall ein Kompromiss erzielt für die Möglichkeit, in Zukunft stärker mit 60 Jahren in Rente gehen zu können, und zwar für fünf Jahre, um hierdurch einen Beitrag leisten zu können für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich glaube, wir haben hierbei zwei Dinge zu sehen. Viele der älteren Menschen scheiden sowieso mit 60 oder sogar darunter aus, einfach weil sie gesundheitlich kaputt sind. **Die Heraufsetzung der Altersgrenze durch die vorherige Bundesregierung bedeutet nichts anderes, als dass diesen Menschen von ihrer Rente ein Abschlag zugemutet wird.** Wenn man das Einkommen eines Ministers oder Staatssekretärs hat, ist es natürlich locker zu sagen, was schadet es denn, wenn man eben im Jahr auf 3,5 % Rente verzichten muss. Das ist doch ein Klacks, das kann man doch leicht wegstecken. Aber über fünf Jahre summiert sich das auf 18 bis 20 % und Menschen, die von einer Durchschnittsrente von 1.800 bis 2.000 Mark im Monat leben und viele Menschen haben weniger in diesem Lande, obwohl sie viele Jahrzehnte hart gearbeitet und ihre Beiträge gezahlt haben. Denen darf man nicht auch noch aufoktroieren, dass sie dann 10 % ihrer Rentensteigerung verlieren und dass das dann als nichts bezeichnet wird.

Ich denke, deshalb ist es von den Gewerkschaften richtig, zu sagen, wir setzen uns dafür ein und wir sind auch bereit, Einkommensbestandteile dafür einzusetzen, dass eben die Menschen, die wollen, mit 60 in Rente gehen können, ohne diese hohen Abschläge zu haben, wenn dafür jüngere Menschen eine Arbeit finden. Das ist für die Älteren gut und auch für die Jüngeren und bekämpft die Arbeitslosigkeit. Und alle Gruppierungen, die heute so vehement gegen diesen Kompromiss angehen - wir haben das heute Morgen gehört von Herrn Stumpfe und von Herrn Hundt -, die sollen einmal sagen: was ist denn ihre Alternative zur Lösung dieser Probleme, vor allem der hohen Arbeitslosigkeit. Womit wollen sie denn einen Beitrag

dazu leisten, dass junge Menschen in Arbeit und in Ausbildung kommen. Wenn sie Alternativen haben, dann haben sie auch ein Recht zu kritisieren, aber Kritik ohne Alternativen ist m.E. nicht verantwortungsbewusst.

Gesundheit und Pflege im Alter

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ein zentraler Bereich für die Seniorinnen und Senioren ist auch die Gesundheitspolitik und der Bereich der Pflege im Alter. Die Lebensqualität der Menschen wird nachhaltig durch ihren Gesundheitszustand beeinflusst und das betrifft ganz besonders die älteren Mitglieder in unserer Gesellschaft. In der Regel sind ältere Menschen häufiger und länger krank als die jüngeren und ihr Genesungsprozess verläuft langsamer. Natürlich kann aber Älterwerden nicht zwangsläufig mit Krankheit und Pflegebedürftigkeit gleichgesetzt werden, denn viele Ältere leben heute erheblich gesundheitsbewusster. Und es steigt mit zunehmendem Alter lediglich die Wahrscheinlichkeit, dass sie stärker Verschleißerscheinungen - oftmals mit chronischen Krankheiten - ausgesetzt sind. Auch treten im Alter oftmals mehrere Krankheiten gleichzeitig auf.

Generell ist zu beobachten, dass die Anzahl der Menschen, die mental und im Durchschnitt relativ gesund sind, bis ins hohe, und zwar sehr hohe Lebensalter ansteigt. Wir vertreten die Auffassung und stehen damit hinter der Gesundheitsministerin, dass es den älteren Menschen ermöglicht werden sollte, solange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben ohne körperliche und geistige Beeinträchtigung zu führen. Aber auch den älteren, chronisch kranken Menschen muss jegliche Unterstützung zuteil werden, damit sie ein sinnvolles, erfülltes und weit gehend eigenständiges Leben führen können. Dies ist mit weit gehend präzisen Diagnoseverfahren, einer adäquaten und effizienten Anwendung der medizinischen Technologie, einem angemessenen Angebot an therapeutischen, pflegerischen und sozialen Diensten verbunden. Und wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine ganzheitliche Sichtweise des menschlichen Alterns.

Die Gewerkschaften setzen sich daher für ein integriertes Gesundheitssystem ein, das eine ganzheitliche Sichtweise und Betreuung der Patienten zum Inhalt hat. Im Bereich der Geriatrie und Gerontologie liegt Deutschland noch weit hinter anderen Ländern zurück und hat hier riesige Nachholbedarfe. **Mit der wachsenden Anzahl der älteren Menschen kommt dem Thema der Pflege im Alter auch eine immer größere Bedeutung zu, insbesondere auch auf Grund der Tatsache, dass die Anzahl der Altersgruppe der über 80-Jährigen sehr stark und überdurchschnittlich ansteigt.** Für chronisch Kranke und Langzeitpflegebedürftige sind die Prävention, schnelle und zutreffende Diagnostik, eine langfristig angelegte Behandlung, die Rehabilitation, die soziale Pflege und Betreuung von größter Bedeutung.

Hochmoderne Medizintechnik und differenzierte Arzneitherapien greifen oftmals allerdings bei psychischen Krankheiten und Pflegebedürftigkeit nicht. Die psychisch-soziale Dimension bleibt leider bisher weitgehend unterentwickelt und die Folgen der sozialen Isolation und Vereinsamung werden oftmals falsch behandelt. Hier, denke ich, brauchen wir erhebliche Fortschritte im Gesundheitswesen. Wichtig ist auch, dass durch das neue Altenpflegegesetz eine betriebseinheitliche Altenpflegeausbildung als erster Schritt zur Verbesserung des Pflegeotstandes getan wurde.

Wir begrüßen diese Entwicklung und setzen uns dafür ein, dass der Beruf der Altenpflege aufgewertet ist. Das ist kein Niedriglohnsektor, sondern das ist hoch qualifizierte Tätigkeit und Dienst am Menschen und muss auch derartig ausgebildet und bezahlt werden. Wir als Gewerkschaften befürworten die Vorrangigkeit der häuslichen vor der stationären Pflege. Ca. 70 bis 80 % der Pflegebedürftigen werden heute noch von und in der Familie betreut.

Leider ist diese Tendenz rückläufig. **Es ist dringend erforderlich, dass die Familie in der Pflege unterstützt wird durch ambulante und professionelle Dienste, denn sie sind mit der Langzeitpflege ihrer Angehörigen oftmals überfordert.** Durch die Einführung der Pflegesicherung soll die Pflege im Alter begünstigt werden. Die dort festgelegten Regelungen reichen allerdings nicht aus, um eine adäquate Pflege im Alter zu Gewähr leisten. Hier muss noch Erhebliches nachgebessert werden und vor allem warne ich alle Politiker davor, die Pflege, wenn denn einmal etwas Geld drin ist, als willkommene Kasse zum Stopfen anderer Haushaltslöcher zu nehmen. Dies soll dafür verwahrt werden, wofür es auch erforderlich ist.

Unser oberstes Ziel für unsere Seniorinnen und Senioren muss sein, den älteren Menschen so lange wie möglich eine selbstbestimmte Lebensführung zu garantieren und ein Altern mit oder ohne körperliche und geistige Einschränkungen im Rahmen des Möglichen zu gestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ich möchte nun noch einige wenige Worte zum Schluss sagen. Wir nehmen mit uns in das neue Jahrtausend eine große Hypothek, nämlich die Massenarbeitslosigkeit, die es zu überwinden gilt. Dies stellt uns Gewerkschaften als Interessenvertretung eines großen Teils der Bevölkerung vor große Herausforderungen.

Denn eines unserer Ziele ist es, für die soziale Gerechtigkeit zu streiten und einzutreten. Und dazu brauchen wir alle - Jung und Alt -, die bereit sind, sich zu engagieren. In diesem Zusammenhang möchte ich auch deutlich machen und ich wende mich vor allem an die vielen jungen Alten bzw. jung gebliebenen Alten, die ja eine lange Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit aufweisen: **ihr seid unverzichtbar für uns** als diejenigen, die im aktiven Gewerkschaftsleben stehen; ihr seid unverzichtbar wegen eurer Erfahrungen, wegen eurer Qualifikationen und auch, weil wir schlicht personelle Hilfe brauchen, sei es bei den Wahlen für die Selbstverwaltung, bei den vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten, die wir ja haben in den Sozialversicherungen, in den Gerichten, in den Arbeits- und Sozialgerichten, aber auch bei der ganz einfachen Gewerkschaftsarbeit vor Ort. Deshalb darf ich mich zuallererst einmal hier bei all denjenigen, die diese Arbeit Jahr für Jahr und Tag für Tag tun, ganz herzlich bedanken. Sie stehen nicht im spektakulären Licht der Öffentlichkeit, aber sie leisten sehr wichtige, harte Arbeit Tag für Tag und dafür einen ganz herzlichen Dank auch hier in dieser Konferenz. Ich möchte euch gleichzeitig auffordern: Helft uns weiter mit, wir brauchen euch.

Gewerkschaftsarbeit ist immer eine Arbeit von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen. Bei enger werdenden finanziellen und personellen Mitteln wird das immer nötiger. Aber nicht nur deshalb, sondern **Gewerkschaftsarbeit kann nur dann Erfolg haben, wenn sie in alle Lebensbereiche hineingeht.**

Es ist ja heute so, dass immer mehr Gewerkschaftsmitglieder gar nicht mehr im Betrieb sind und auch im Betrieb nicht mehr anzusprechen sind, seien es die Seniorinnen und Senioren oder seien es die Arbeitslosen. Deshalb zählen wir so sehr auf das ehrenamtliche Engagement, die ehrenamtliche Mitarbeit, ohne die Gewerkschaften keine Zukunft haben. Und deshalb nicht nur den Dank, sondern auch die Bitte an euch: helft uns weiterhin, unsere Gewerkschaftsarbeit so effizient wie möglich zu machen. Dann bin ich überzeugt, haben wir auch die nächsten 50 Jahre eine Zukunft und können dann das 100-jährige Jubiläum feiern in dem Wissen und in dem Bewusstsein, wir haben alles getan für eine effiziente Gewerkschaftsarbeit, und zwar nicht nur **für**, sondern auch **mit** unseren älteren Gewerkschaftsmitgliedern und haben auch noch einige andere dazu gewonnen, denn das ist unsere Zukunft. In dem Sinne wünsche ich dieser Konferenz einen guten Verlauf und herzlichen Dank.

Stark im Kommen

Gewerkschaftlich organisierte Rentner,
Pensionäre und Vorruheständler
(Anteile in Prozent der Mitglieder)

	Mitglieder	Senioren	Anteil (Prozent)
IG BAU	665 356	144 698	22,1
IG BCE	1 012 000	237 251 ¹⁾	23,4
GdED	367 734	148 942	40,5
GEW	289 014	22 087	7,6
HBV	488 271	36 226	7,4
GHK	153 045	19 410	12,7
IG Medien	191 610	21 424	11,2
IG Metall	2 660 951	543 643 ²⁾	20,4
NGG	294 546	48 959	16,6
ÖTV	1 643 692	232 068	14,1
GdP	196 536	25 000	12,7
DPG	487 814	110 577	22,7
gesamt ³⁾	8 440 569	1 590 285	18,8

Stand: 31.12.97, ¹⁾Stand: 30.04.98,
²⁾Stand: 28.02.98; ohne GTB, ³⁾ohne GTB;
Quelle: DGB-Gewerkschaften

DGB einblick / Nachdruck frei

Über 1,5 Millionen ehemalige ArbeitnehmerInnen im Rentenalter sind in den Gewerkschaften organisiert. Ihr Anteil an der Mitgliedschaft liegt zwischen 7,4 Prozent (HBV) und 40,5 Prozent (GdED)

Dr. Christine Bergmann
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend¹



Sehr geehrte Frau Engelen-Kefer,
liebe Ursula,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke Ihnen sehr für die Einladung zu dieser Veranstaltung des DGB-Bundesvorstands zum Internationalen Jahr der Senioren.

Lassen sie mich aber zunächst meine Glückwünsche aussprechen.

Gestern jährte sich zum 50. Mal der Gründungstag des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ohne den DGB wäre das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, das die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einer Erfolgsgeschichte gemacht hat, nicht denkbar.

Die Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung und gesellschaftlichem Konsens hat diesem Land Wohlstand gebracht, soziale Sicherheit und demokratische Stabilität.

Die Gewerkschaften haben hieran großen Anteil.

Viele von Ihnen, die heute zu dieser Veranstaltung gekommen sind, haben aktiv daran mitgewirkt.

Dafür möchte ich Ihnen meinen herzlichen Dank und meine Anerkennung aussprechen.

Wir brauchen nach wie vor starke Gewerkschaften, gerade in einer Zeit, wo so viel im Umbruch ist.

Wir brauchen die Gewerkschaften nicht nur für die Gestaltung der Arbeitsprozesse, auch das, was in den anderen gesellschaftlichen Bereichen vor sich geht, verlangt nach dem Engagement der Gewerkschaften.

Ich will auch gleich auf ein paar heiße Eisen eingehen, die angesprochen wurden.

Wenn man in diesen Tagen und Wochen über Seniorenpolitik redet, dann kann man ja die aktuellen Debatten und Kontroversen über das Zukunftsprogramm der Bundesregierung und über die Rentenreform nicht außen vor lassen.

Ich möchte einige Sätze dazu sagen, weil wir in diesem Bereich auch manches Kommunikationsproblem miteinander haben. Ich denke, manches davon ist nicht nötig, wenn man sich die Fakten anschaut.

¹ Alle Hervorhebungen erfolgten durch die Redaktion.

Was wollen wir eigentlich mit dem Zukunftsprogramm erreichen?

Es geht schlichtweg darum, dass dieses Land überhaupt wieder zukunftsfähig wird.

Als Ministerin, die sich in ihrem Aufgabenbereich für alle gesellschaftlichen Gruppen, für Jung und Alt, verantwortlich fühlt, halte ich es für unsere wichtigste Aufgabe, dass wir eine Politik betreiben, die soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen herstellt und die nicht zu Lasten der kommenden Generationen geht.

Man kann es gar nicht oft genug wiederholen:

Eine Politik, die die finanziellen Lasten auf die Zukunft verschiebt, ist eine unsoziale Politik.

Sie ist unsozial gegenüber unseren Kindern und Enkeln, denen wir ihre Zukunftschancen verbauen.

Angesichts des Schuldenbergs, den die alte Regierung aufgetürmt hat, ist Sparen geradezu eine Zukunftsinvestition für die junge Generation.

Sie kennen mittlerweile sicher die Zahlen: Die Verschuldung des Bundes beträgt 1,5 Billionen Mark.

In diesem Jahr geben wir allein 82 Milliarden Mark für Zinszahlungen aus.

Das sind am Tag rund 225 Millionen Mark.

Das ist mehr, als ich in meinem Ministerium im gesamten Jahr für den Kinder- und Jugendplan und den Altenplan zusammen zur Verfügung habe.

Ich sage dies, damit man sich einmal die Dimensionen bewusst macht.

Diese Entwicklung konnte und durfte nicht weitergehen.

Dabei ist Sparen kein Selbstzweck. Wir konsolidieren jetzt, damit wir die politischen Vorhaben, die wir bereits auf den Weg gebracht haben, weiter finanzieren können.

Das betrifft z.B. die Familienpolitik.

Wir haben das Kindergeld bereits um 30 Mark erhöht und werden es zum 1. Januar 2000 noch einmal um 20 Mark erhöhen.

Wir haben den Eingangssteuersatz gesenkt, was gerade Familien mit geringen und mittleren Einkommen zugute kommt.

Eine Familie mit zwei Kindern wird im nächsten Jahr um 2.180 Mark entlastet, im Jahr 2002 werden es fast 3.000 Mark sein.

Mit dem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben wir für 180.000 Jugendliche Ausbildungsplätze und Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen, ihnen damit wieder Hoffnung gegeben.

Und wir werden dieses Programm auch im nächsten Jahr trotz der engen finanziellen Spielräume mit 2 Milliarden Mark fortführen.

Das sind für mich konkrete Bausteine einer sozial gerechten Politik.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Beitrag der Rentnerinnen und Rentner zu diesem Konsolidierungskurs besteht darin, dass die Renten in den Jahren 2000 und 2001 jeweils in Höhe der Preissteigerungsrate des Vorjahres angepasst werden.



Wobei ich darauf hinweisen will, dass die Rentenanpassungen seit 1992 nur einmal über der Inflationsrate gelegen haben.

Das heißt im Klartext: Den Rentnerinnen und Rentnern wird nichts weggenommen, ihre Kaufkraft bleibt in vollem Umfang erhalten.

Natürlich ist es für manche Rentnerinnen und Rentner nicht leicht, dass die Renten in den nächsten beiden Jahren nur in Höhe der Inflationsrate steigen werden.

Aber es geht darum, die Renten auf Dauer zukunftssicher zu gestalten.

Die Älteren brauchen die Gewissheit einer verlässlichen Rente und die Jüngeren brauchen die Gewissheit, dass sie die Renten auch bezahlen können und die Rentenversicherungsbeiträge nicht ins Uferlose steigen.

Und wir tun ja auch gleichzeitig etwas für die Rentnerinnen und Rentner.

Mit der sozialen Grundsicherung in der Rente wird Altersarmut verhindert und kein Rentner und keine Rentnerin muss mehr zum Sozialamt laufen. Das kommt gerade den Frauen mit kleinen Renten zugute.

Für die Frauen werden wir auch eine eigenständige Alterssicherung einführen. Drei Modelle sind hier in der Diskussion.

Ich halte nichts davon, immer mit dem Finger auf andere zu zeigen, aber eines möchte ich doch sagen:

Im Rentenkonzept der alten Regierung war eine Absenkung des Rentenniveaus auf 64 % bis zum Jahr 2015 vorgesehen.

Bei unserem Reformkonzept liegt das Rentenniveau in den nächsten 30 Jahren bei rd. 67 %.

Und dabei halten wir den Beitragssatz stabil bei rd. 19 %.

Ohne die Reform würde der Beitragssatz bis 2030 auf 26 % steigen.

Unser Rentenkonzept ist vernünftig, und zwar nicht für ein oder zwei oder drei Jahre, sondern für die künftigen Generationen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen sie mich zur Seniorenpolitik kommen, zu den Herausforderungen, die hier auf uns zukommen.

Der Großteil der Menschen, die heute nach dem Erwerbsleben in die dritte Lebensphase eintreten, sind vital und aktiv.

Die Älteren sind heute mit ihrem Leben nicht weniger zufrieden als jüngere Erwachsene.

Ihre Einkommenssituation und auch ihre gesundheitliche Situation ist mehrheitlich relativ gut.

Und sie sind äußerst produktiv.

Die Leistungen, die sie etwa im Ehrenamt, in der Pflege oder der Enkelbetreuung gratis erbringen, sind umgerechnet rd. 81 Mrd. DM jährlich wert.

Das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen hat eine hohe Bedeutung für unsere Gesellschaft.

Schon heute sind im Bereich unentgeltlicher Tätigkeit 39 % der 70- bis 85-jährigen aktiv.

Wertewandel, Zuwachs an freier Zeit und die wachsende Zahl von Menschen im dritten Lebensalter werden die Bedeutung von ehrenamtlichen Tätigkeiten weiter erhöhen.

Wir alle wissen, dass wir nach wie vor in einer Gesellschaft leben, in der die Arbeit, die Erwerbsarbeit, im Mittelpunkt steht.

Arbeit ist der entscheidende Integrationsfaktor in unserer Gesellschaft und bestimmt in hohem Maße auch die persönliche Identität.

Das darf aber nicht dazu führen, dass Tätigkeiten, die nicht der Erwerbsarbeit zuzurechnen sind, als minderwertig erachtet werden.

Der Begriff der Arbeit muss in Zukunft differenzierter betrachtet werden.

Wenn wir wollen, dass gerade auch ältere Menschen ihr Engagement in unsere Gesellschaft einbringen, dann müssen wir ihre Motive für ein Engagement ernst nehmen.

Auch ältere Menschen sind Profis und sie fordern zurecht:

Ehrenamt muss Spaß machen, die Tätigkeit muss attraktiv sein, Bedeutung haben, etwas bewegen.

Das Engagement muss sich lohnen – nicht unbedingt in Mark und Pfennig, aber durch Anerkennung und die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch mit anderen.

Für mich ist es deshalb eine wesentliche Aufgabe der Seniorenpolitik in den nächsten Jahren, gesellschaftlich wichtige, anerkannte und attraktive Einsatzmöglichkeiten für diejenigen zu schaffen, die zu einem Engagement bereit sind.

Unsere Gesellschaft kann auf die Lebenserfahrung und das Erfahrungswissen nicht verzichten, gerade der jungen Generation können so wertvolle Orientierungen und Hilfestellungen vermittelt werden.



Wir sind in meinem Haus dabei, eine Konzeption zum Transfer des Erfahrungswissens in unserer Gesellschaft zu erarbeiten.

Dazu stehen wir auch in Abstimmung mit den Verbänden und Organisationen, die in der Seniorenarbeit aktiv sind.

Ich möchte auch sie hier ausdrücklich auffordern, Ihre Erfahrungen und Anregungen in diesen Prozess einzubringen.

Der Sachverstand der Gewerkschaften ist hier besonders gefragt.

Wir wissen, dass der Trend zum frühzeitigen Ausscheiden aus dem Berufsleben weiterhin anhält.

Viele Ältere tun dies in dem Bewusstsein, den Jüngeren eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben, andere sind auch froh, sich von Zwängen des Arbeitslebens befreien zu können.

Vielen wird erst später bewusst, welche Sinnleere entstehen kann, wenn die gewohnten Lebensbezüge wegfallen und die bisherigen Kontakte über den Beruf entfallen.

Deshalb ist es notwendig, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Übergang in den Ruhestand vorzubereiten.

Hier sehe ich gerade für die Gewerkschaften einen besonders wichtigen Ansatzpunkt.

Sie haben den Kontakt zu den Berufstätigen und damit die Möglichkeit, aus der Arbeit heraus auf die neue Lebenssituation im Ruhestand einzugehen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn auch die überwiegende Mehrzahl älterer Menschen bei relativ guter Gesundheit in größtmöglicher Selbstständigkeit lebt, so dürfen wir die Hilfe- und Pflegebedürftigen nicht vergessen.

Wir müssen davon ausgehen, dass die Zahl kranker und beeinträchtigter Menschen in sehr hohem Alter zukünftig zunehmen wird.

Ich setze mich daher mit Nachdruck für den Schutz der Hilfe- und Pflegebedürftigen und für Verbesserungen und Qualitätssicherungen in der Pflege ein.

Wir sind dabei, Schritt für Schritt Verbesserungen herbeizuführen.

Das Gesetz für eine **bundeseinheitliche Altenpflegeausbildung** haben wir bereits auf den Weg gebracht.

Wir wollen diesen wichtigen sozialen Beruf auf einheitliche feste Fundamente stellen und damit die Qualität der Pflege verbessern.

Ein weiteres Gesetzesvorhaben, das wir in Angriff nehmen werden, ist die **Novellierung des Heimgesetzes**.

In den Heimen brauchen wir eine verbesserte Zusammenarbeit von Heimaufsicht und Pflegekassen, eine wirkungsvollere Heimaufsicht, die wir stärker in die Pflicht nehmen müssen, und bessere Mitwirkungsmöglichkeiten für die Heimbewohner/innen selbst.

Aber es geht nicht nur um diejenigen, die in Heimen leben.

Auch die Menschen, die ambulante Dienste in Anspruch nehmen, müssen sich auf die Seriosität der Angebote verlassen können.

Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode ein **Ambulante-Dienste-Gesetz** auf den Weg bringen, das gesetzliche Mindestanforderungen festlegen wird, die an ambulante Dienste zu stellen sind.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Senioren sind keine einheitliche Gruppe.

Bedürfnisse, Lebensumstände und Gesundheitszustand älterer Menschen sind sehr unterschiedlich.

Die Anforderung an die Seniorenpolitik ist es, den älteren Menschen in Ihrer Verschiedenheit gerecht zu werden.

Dies kann uns nur gelingen, wenn wir die Politik gemeinsam mit ihnen gestalten.

Ich wünsche Ihnen allen einen lebhaften Austausch und hoffe, dass diese Tagung die Grundlage schafft für ein starkes Engagement des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Seniorenpolitik.

Frau Dr. Hilde Havlicek¹

Vizepräsidentin des Pensionistenverbandes Österreichs, Ministerin a.D.

Grußwort des Österreichischen Pensionistenverbandes²

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mit meinen Glückwünschen zum 50-jährigen Bestehen des DGB beginnen. Wir in Österreich hatten auch einen Gewerkschaftskongress. Der Österreichische Gewerkschaftsbund besteht auch 50 Jahre und wir wissen alle, was wir den Gewerkschaften danken - gerade, was den Ausbau des Sozialstaates betrifft und gerade, was die Leistungen für die Pensionisten, Senioren - ihr sagt ja Rentner, wir sagen Pensionisten angeht.

Der Pensionistenverband Österreichs - er ist die größte Seniorenorganisation unseres Landes und ist ebenfalls 50 Jahre alt. Auch wir haben heuer unser 50-jähriges Jubiläum gefeiert. Als wir den Verband gegründet haben, hat es damals 500 Mitglieder gegeben, im Jahr 1960 100.000 und jetzt haben wir bereits **315.000 Mitglieder** und ich bitte nicht zu vergessen, wir haben ja nur 8 Millionen Einwohner.



Bei uns sind deshalb die Probleme auch nicht übersichtlicher. Zwar meinte Frau Ministerin Bergmann, Deutschland hätte das komplizierteste Pensionssystem, wir aber glauben wir haben das komplizierteste. **Österreich hat 1,9 Millionen Senioren, ein Sechstel davon Senioren sind bei uns organisiert.** Als wir vor 50 Jahren gegründet wurden, hat damals unsere Organisation folgenden Namen getragen: Verband der Arbeiter, Unfall und Landarbeiter, Rentner und Gemeindebefürsorgter Österreichs. Also schon in diesem Titel ist zum Ausdruck gekommen, wie viele verschiedene Gruppierungen es gegeben hat – die gibt es heute aber noch immer. Es ist vor allem darum gegangen die Armut zu bekämpfen und den Sozialstaat aufzubauen. Und hier muss ich sagen, leider hat man manchmal das Gefühl dass der Sozialstaat auch heute wieder gefährdet ist. Wir in Österreich haben dieses Gefühl, dass wir immer wieder an einem Anfang stehen besonders seit dem vergangenen Sonntag (*der Stimmenzuwachs für Haider, Anm. der Redaktion*). Sei es durch Sparbudgets der Regierungen in Europa, um die EU-Kriterien finanztechnisch zu erreichen - auch Österreich hat ein solches Sparpaket, wir haben es allerdings fast schon verdaut - oder sei es durch die politischen Entwicklungen, wie es sie in der letzten Woche in Österreich gegeben hat.

Ich möchte auch dazu ein paar Worte sagen. Aber zuerst zum Positiven - zu unserem Gewerkschaftskongress. Präsident Fritz Verzetnitsch, der auch der Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes ist, hat die Forderungen aufgestellt zur die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung, solidarische Lohn- und Einkommenspolitik, Arbeitszeitverkürzung, d.h. 35-Stunden-Woche, und Bruttomindestlohn von 1.000 Euro für alle Arbeitnehmer und vor allem

¹ 1987 – 1991 Ministerin für Kultur, Kunst und Sport der Republik Österreich, 1995 – 1991 Abgeordnete des Europäischen Parlaments (Sozialdemokratische Fraktion)

² Alle Hervorhebungen wurden von der Redaktion vorgenommen.

Arbeitnehmerinnen – denn genauso wie in der Bundesrepublik sind es auch in Österreich die Frauen, die bei den Pensionen insbesondere benachteiligt sind. Fritz Verzetnitsch hat hier ausgeführt, **wer an den Sozialstaat massiv Hand anlegt, wird im ÖGB einen verlässlichen Gegner haben.** D.h. - und das hat er auch so wortwörtlich ausgedrückt - das der ÖGB gegen ein neues soziales Proletariat ist.

Also die Gefahr des Abbaus des Sozialstaates ist da. Bei uns vor allem seit vergangenem Sonntag, wo zwar die Sozialdemokraten nach wie vor die stärkste Partei geblieben sind mit 33,15 % und 65 Mandaten im Nationalrat. Aber die rechtsextreme Partei Jörg Haider's hat es geschafft, mit allerdings nur 415 Stimmen Unterschied, die zweitstärkste Partei zu werden mit 26,91 % und die Österreichische Volkspartei mit dem gleichen Prozentsatz, nur wie gesagt die 415 Stimmen weniger.

Das ist besonders bitter in einem Land, in dem es 29 Jahre eine sozialdemokratische Regierung gibt. Allen ist noch der Name Bruno Kreisky nicht nur im Ohr, sondern auch im Herzen. Wir haben davon 13 Jahre allein regiert mit absoluter Mehrheit und wir haben gerade in diesen Jahren unendlich viel erreichen können. Wir haben im Moment eine fast ausweglose Situation, denn unser 13-jähriger Partner in der Koalition, die Österreichische Volkspartei, hat vor den Wahlen angekündigt, wenn sie Dritte werden, gehen sie nicht mehr mit uns in eine Regierung und das ist jetzt der Fall. Vorgestern hat der Bundesparteivorstand der ÖVP beschlossen, in die Opposition zu gehen. Es wird also erwartet, dass die Regierungsbildung wochenlang dauert und am Ende womöglich sogar wiederum Neuwahlen stehen, wenn man hier zu keiner Regierungsbildung kommt. Noch einige Worte zu dieser Entwicklung in Österreich. Es bedeutet sicherlich nicht, wie in einigen ausländischen Zeitungen zu lesen ist, dass Österreich jetzt ein Naziland ist oder dass es eben 27 % Nazis in Österreich gibt. Aber wir sind jetzt leider das Land mit der stärksten rechtsextremen Partei in Europa. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Ich habe die letzten fünf Jahre im Europäischen Parlament als Abgeordnete gearbeitet und weiß von den Diskussionen, dass wir immer nach den Wahlen ganz entsetzt angesprochen wurden, was ist denn los in Österreich? Warum gewinnt hier die Rechte so an Macht in einem Land, wo wir nach Luxemburg die geringsten Arbeitslosenzahlen haben, wo wir die niedrigste Inflationsrate überhaupt haben und Wirtschaftswachstum. Arbeitsplätze haben wir allein in den letzten eineinhalb Jahren 60.000 geschaffen und haben vor, wiederum 100.000 zu schaffen. Also politische Stabilität, Rückgang der Kriminalität und eine ausgewogene Ausländerpolitik, also an und für sich ein Paradies politisch und sozialpolitisch gesehen, aber trotzdem diese Entwicklung.

Wir sind jetzt dabei, das aufzuarbeiten. Erste Analysen zeigen, dass leider besonders Jugendliche hier empfänglich sind, und zwar nicht zu sehr jetzt auf rechtsextreme Parolen, sondern dass sie Politik nicht mehr länger ernsthaft betreiben wollen, sondern eher als Gag, als Politshow, dass sie - das sind hier Aussagen - toll, superlässig finden z.B. einen Jörg Haider, der auf sie eher wie ein Popstar, denn ein Politiker wirkt. Und vor allem bei den männlichen Jugendlichen ist es fast jeder zweite unter 30-Jährige, der der Haider-Partei die Stimme gegeben hat. **Ein Trost für uns ältere Menschen als diejenigen, die eine Seniorenpolitik machen: es waren auch in Österreich die Senioren, die nicht Haider gefolgt sind, sondern die zum Großteil die demokratischen Parteien gewählt haben.** 41 % haben den Sozialdemokraten die Stimme gegeben, der andere Teil der ÖVP. Für Haider waren es nur unter 15 %, die seinen populistischen Parolen gefolgt sind. Obwohl Haider jetzt das erste Mal versucht hat, auch die Pensionisten anzusprechen und - wie könnte es anders sein - indem er sie verunsichert hat bezüglich der Pensionen. Er hat einfach gesagt hat, der Staat könne nicht länger das Pensionsystem finanzieren, sondern wir müssen ein Drei-Säulen-Modell aufbauen, eben also zu den staatlichen Pensionen, den ASVG-Pensionen, die betrieblichen und die privaten Pensionen. Was in dieser Rechnung bedeutet hätte, dass die Pensionen um mehr als die Hälfte gesunken

wären. Wer es sich leisten kann, könnte sich dann zusätzlich Pensionen erwirtschaften. Aber das ist von den Pensionisten Gott sei Dank durchschaut worden.

Bei uns gibt es ein ASVG³ seit dem Jahre 1955. Es wurde gerade in der Regierung Kreisky ausgebaut, sodass alle Berufsgruppen ein soziales Netz haben, ein gesichertes Pensionssystem. Wir haben ein modernes Gesundheitswesen - keine Zwei-Klassen-Medizin, d.h. auch Hochleistungsmedizin unabhängig vom Alter und der Finanzkraft. Im Jahr 1965 hatten wir auch ein Pensionsanpassungsgesetz. Allerdings hatten wir immer die Inflationsrate als Pensionsanpassung und den Generationenvertrag, der auch heute von den Jugendlichen akzeptiert wird. Von den Medien wird er immer als die Altenlast propagiert. Z.B. steht in den Überschriften, so wenn davon gesprochen wird, dass die Lebenserwartung der älteren Menschen steigt, was eine positive Sache ist, "dramatischer Anstieg". So, als wäre das ein Unglück, wenn wir Gott sei Dank älter werden. Aber hier ist wiederum das Positive, dass **die Jugendlichen sehr wohl zum Generationenvertrag stehen**. Sie sagen, die älteren Menschen werden älter und sie haben eben für unser Land so viel geleistet, sie haben unseren Staat aufgebaut, wir leisten hier auch einen Beitrag. Dass die Jüngeren natürlich schon ein wenig verunsichert sind ihre eigenen Pensionen betreffend, das stimmt. Z.B. im vergangenen Jahr sind Zusatzpensionen abgeschlossen worden. Das war in Österreich bisher fast überhaupt nicht üblich, das waren nur 2 bis 3 %. Und jetzt ist also die Zahl plötzlich angestiegen, weil so viele Jugendliche diesbezüglich verunsichert sind. Aber, wie schon ausgeführt wurde, sowohl von Frau Ministerin Bergmann als auch von Ursula Engelen-Kefer, das wichtigste ist, dass wir Arbeit schaffen und, dass wir Arbeit haben. **Wenn gearbeitet wird, dann ist alles sicher, ebenso die Pensionen**. Uns hat erst kürzlich Bundeskanzler Klima bei einer Pensionistenveranstaltung vorge-rechnet, dass im Moment der Staat 50 Milliarden zu den Pensionen zuschießt und zwar das ist für Personen, die nicht eingezahlt haben. Also sogar nach unserem System geht es auf im Moment und nicht nur im Moment, sondern hier gibt es Berechnungen für die nächsten 15 bis 20 Jahre.

Auch bei uns gibt es eine **kleine Pensionsreform**, die ab 2000 in Kraft treten wird. Man wird sicherlich diskutieren müssen, ob das Pensionsantrittsalter gehoben werden muss, besonders bei uns in Österreich. Wir haben ja noch die von der EU bereits als ungleich definierte Tatsache, dass bei uns Frauen mit 60 in Pension gehen und Männer mit 65. Also das haben wir noch, und an und für sich wird das von allen, nicht nur von den Frauen, für selbstverständlich hingenommen. Das heißt aber, wenn es Arbeit gibt, dann sind auch die Pensionen sicher. Allein die Tatsache, dass in Österreich in den letzten 10 Jahren der Zuschuss des Staates zwar absolut zugenommen hat, aber relativ von 30 auf 20 % gesunken ist, zeigt, wenn es Vollbeschäftigung gibt (obwohl wir über 4 % Arbeitslose haben), wenn die Wirtschaft funktioniert, dann sind auch die Pensionen sicher. Also das, wofür Sozialdemokraten, wofür Gewerkschaften kämpfen, ist eben auch die Voraussetzung für eine gute Entwicklung.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Pensionisten in Österreich und wir haben anlässlich unserer 50-jährigen Feier - da bekommt man ja immer sehr viel Lob, wenn man 50 Jahre alt wird - zugesichert bekommen, dass für den sozialen Aufstieg in Österreich die Arbeit des Pensionistenverbandes mit der älteren Generation mitentscheidend war, dass wir heute so gut dastehen. Wir haben nicht nur diesen sozialen, sondern den gesellschaftlichen Aufstieg, wie schon ausgeführt wurde. Heute sind die Pensionisten selbstbewusst, aktiv, körperlich und geistig fit, keine an den Rand gedrängte Bevölkerungsgruppe. Die Lebenserwartung ist gestiegen, die Lebensfreude besteht. **Schließ-**

³ Allgemeines Sozialversicherungsgesetz

lich und letztens der Kampf um das Mitspracherecht, hier haben wir in Österreich, glaube ich, auch einiges voraus gegenüber anderen europäischen Ländern. Wir haben hier ein eigenes Bundesseniorengesetz geschaffen, und zwar erst im Jahr 1998. 1997 wurde der Seniorenrat, eine Dachorganisation aller Seniorenorganisationen geschaffen. Jetzt haben wir das Seniorengesetz. Das ist eine gesetzliche Interessensvertretung, wo wir bei allen Fragen, vor allem also Gesetzen, die Senioren betreffen, unser Mitspracherecht haben. Wir stellen - das habe ich schon gesagt - in Österreich ein Fünftel der Bevölkerung, das ist fast in allen europäischen Ländern so, aber ein Drittel der Wähler. Das wir gerade hier besonders wichtig sind, hat die letzte Wahl gezeigt, die womöglich noch anders ausgegangen wäre, wenn es keine Senioren gegeben hätte.

Unser, der Slogan des Österreichischen Pensionistenverbandes, ist heuer, aber ich glaube auch in den nächsten Jahren: **"Die Zukunft braucht uns"**. In diesem Sinne wünsche ich auch den Beratungen heute hier, aber vor allem der Arbeit der Senioren im DGB viel Erfolg, denn wir gemeinsam - Gewerkschaft und Senioren - sind glaube ich die besten Fürsprecher für den weiteren Ausbau des Sozialstaates. Denn das ist nach wie vor unser wichtigstes Anliegen. Dankeschön.

Georges Debunne
Präsident der FERPA



Sehr geehrte Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen, Seniorinnen und Senioren,¹

der **Europäische Verband der Rentner und älteren Menschen (FERPA)**, konstituiert von Gewerkschaftern, die sich für die europäische Integration einsetzen, um Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit zu Gewähr leisten und die im Jahre 1973 den Europäischen Gewerkschaftsbund ins Leben gerufen haben, **der rund 10 Millionen zahlende Mitglieder unter seinem Dach vereinigt. Alle Rentnergewerkschaften der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind Mitglieder des EGB, nur der DGB bisher noch nicht.**

Die FERPA zeigt sich besorgt über die Perspektiven der älteren Mitmenschen, aber auch ganz besonders der Jugendlichen in unserer Gesellschaft. **Die Solidarität zwischen den Generationen ist ein wichtiges Ziel der Arbeit der FERPA.**

Am 23.-24. April dieses Jahres habe ich in Berlin an der Tagung „**Ist der Sozialstaat noch zu retten**“ teilgenommen. Meine Antwort war: „**In Deutschland allein: nein; in der Europäischen Union: ja**“. Aber dafür muss die Europäische Union vor der Erweiterung durch institutionelle Reformen gestärkt werden, die die demokratischen und sozialen Defizite beseitigen.

Das Europäische Parlament, das Zentrum der Demokratie, muss allgemein das Recht auf Mitentscheidung und die gemeinsame Gesetzgebung erhalten.

Im Ministerrat muss das Vetorecht beseitigt und die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit allgemein ausgeweitet werden.

Alles was sozial ist, muss einstimmig angenommen werden. Die bürgerlichen Grundrechte, insbesondere das Recht auf Arbeit müssen in diesem Vertrag verankert werden. Die FERPA hat einen Katalog dieser Rechte zusammengestellt.

Der Exekutivausschuss der FERPA, der am 24. und 25. September zu seiner Sitzung zusammen gekommen ist, hat uns beauftragt, bei Frau Kommissarin Diamantopoulou um eine Unterredung zu ersuchen, um näher auf die aktuellen Probleme einzugehen. Diese werden auch im Arbeits- und Sozialministerrat und im Europäischen Parlament besprochen.

Am 15. April 1999, dem Europäischen Aktionstag, haben die nationalen Organisationen der FERPA ihre Regierungschefs darauf hingewiesen, dass **die Solidarität zwischen den Generationen gestärkt und Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft werden müssen.**

Die am 15. April in zahlreichen Ländern durchgeführten Aktionen waren ein voller Erfolg.

¹ Fett gedruckte Hervorhebungen von der Redaktion

Dieses vorrangige Ziel wird durch Festlegung einer Mindestzuwendung und einer Mindestrente sowie durch die Einführung einer Pflegeversicherung und des Rechts auf eine eigene Wohnung angestrebt.

Im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung

- muss Mindestrente 50% des Pro-Kopf-Bruttoinlandprodukts (BIP) in den einzelnen Mitgliedstaaten betragen;
- muss das Mindesteinkommen zur Beseitigung der Armut 40% des ProKopf-BIP in den einzelnen Mitgliedstaaten entsprechen;
- muss die regelmäßige Anpassung dieses Mindesteinkommens an die Entwicklung des Pro-Kopf-BIP zur Regel werden.

Alterung, mangelnde Beschäftigung und Sozialschutz

Die demokratischen Prognosen und die Alterung werden als dramatische Gefahr für die Finanzierung des Sozialschutzes dargestellt. Der Hauptgrund ist jedoch der Mangel an Beschäftigung, der zu Massenarbeitslosigkeit führt.

Die Konvergenz im Fortschritt im Bereich des Sozialschutzes und die Nichtregressionsklausel zur Vermeidung des Sozialdumping, die in der Empfehlung vom 27. Juli 1992 aufgeführt sind, dienen als Grundlage und müssen bei den Verhandlungen über die Modernisierung und Verbesserung des Sozialschutzes konkret umgesetzt werden.

Angesichts der nicht zu übersehenden schockierenden Ungerechtigkeiten ist eine Umverteilung des Wohlstands dringend erforderlich.

Nichtdiskriminierung

Im Zusammenhang mit dem sozialen Dialog waren wir entsetzt über den Richtlinienentwurf, der eine „objektive und vernünftige“ Rechtfertigung der Diskriminierung vorsieht, während der Artikel 13 jede altersbedingte Diskriminierung abschaffen will.

Die Renten

Wir bleiben weiterhin Verfechter der gesetzlichen umlagefinanzierten Rentenversicherung. Es ist dies das einzige System, das die Solidarität zwischen den Generationen und die soziale Absicherung garantiert.

- Das Umlagesystem und die Solidarität zwischen den Generationen müssen gesichert und Gewähr leisten werden, um eine Individualisierung und Privatisierung zu vermeiden, die zu einer dualen Gesellschaft und zur sozialen Ausgrenzung von immer mehr alten Menschen in der Gegenwart und in der Zukunft führen.
- Die privaten Rentenfonds auf dem Grundsatz der Kapitaldeckung müssen vermieden werden. Sie führen zu einer großen Akkumulation von Kapital (z.B. Vereinigte Staaten, Großbritannien).

- Diese Fonds investieren heute in Aktien und fordern schnelle Gewinne zu Lasten der Beschäftigung. Die Auswirkungen dieser akkumulierten Geldanlagen in der Eurozone haben bereits schädliche Auswirkungen auf die Beschäftigung haben.

Gesundheit und Gesundheitspflege

Die Gesundheit ist ein gemeinsames Gut.

- Die Gesundheitspolitik muss die Pflege zu Hause, die erforderliche kollektive Ausrüstung, die Qualität und die Zugänglichkeit der Pflege und der Dienstleistungen, die Achtung der Würde und die Autonomie der alten Menschen Gewähr leisten.

Ein Europa für alle Lebensalter

Die Mitteilung der Kommission berücksichtigt in diesem Zusammenhang nicht ausreichend den „Mangel an Arbeitsplätzen“, der eine offensichtliche Realität ist. **Das Primat der Vollbeschäftigung ist ein Ziel, das von niemand einfach aufgegeben** werden kann.

Die Mitteilung orientiert sich an einer freiwilligen Tätigkeit von Senioren, oft zum Nachteil der Beschäftigungschancen für Jugendliche.

Es ist ebenfalls von einer Aktivierung der Senioren die Rede, die sozialen Pressionen und Kontrollen Tür und Tor öffnen und zu einer Situation führen würde, wie wir sie von den Arbeitslosen her kennen.

Alte Menschen müssen ihre Rolle in der Gesellschaft spielen



- Es sind kollektive und solidarische Mechanismen zwischen den Generationen erforderlich. Die Übertragung von Wissen zwischen den Generationen ermöglicht ein besseres Verständnis und Kontinuität.
- Die alten Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihre Rolle im demokratischen Leben der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union zu spielen. Sie sind Bürger/innen wie die anderen auch, und sie dürfen weder zu sehr verehrt noch abgewiesen werden.
- Dies ist ebenso wichtig innerhalb der Gewerkschaften.

Die FERPA plant weitere Aktionen, um ihre Ziele zu erreichen. Diese Ziele können nicht ignoriert werden, und die FERPA verlangt von der Kommission, vom Ministerrat und vom Europäischen Parlament die Unterstützung dieser Ziele.

MINDESTRESSOURCEN
in EURO

1997	Pro-Kopf-BIP	40%	Monatlicher Mindestlohn
B	20.900	8.360	697
DK	27.300	10.920	910
EL	10.000	4.400	367
E	11.900	4.760	397
F	21.000	8.400	700
IRL	18.000	7.200	600
IT	17.800	7.120	593
L	32.600	13.040	1.087
NL	20.300	8.120	677
A	22.400	8.960	747
P	9.600	3.840	320
FIN	20.100	8.040	670
S	22.700	8.800	733
UK	19.300	7.720	643
EUR	19.200	7.680	640
D	22.700	9.080	756

MINDESTRENTE
In EURO

1997	Pro-Kopf-BIP	50%	Monatliches Mindesteinkommen
B	20.900	10.450	871
DK	27.300	13.650	1.137
EL	10.000	5.000	416
E	11.900	5.950	495
F	21.000	10.500	875
IRL	18.000	9.000	750
IT	17.800	8.900	742
L	32.600	16.300	1.358
NL	20.300	10.150	846
A	22.400	11.200	933
P	9.600	4.800	400
FIN	20.100	10.500	875
S	22.700	11.350	946
UK	19.300	9.650	965
EUR	19.200	9.600	800
D	22.700	11.350	946

Umrechnungskurs: EURO/ 11 betroffene Länder

BEF/LUF	40,3399	NLG	2,20371
DEM	1,95583	ATS	13,7603
FRF	6,55957	PTE	200,482
IEP	0, 787564	FIM	4,945573
ESP	166,386	ITL	1936,27

Prof. Dr. Jürgen Wolf¹

Professor für Alternswissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Fachhochschule Magdeburg

Möglichkeiten und Voraussetzungen der aktiven Teilhabe älterer Menschen in unserer Gesellschaft¹



Mit dem steigenden demografischen Gewicht der Älteren ist auch die Frage nach ihrer sozialen und politischen Partizipation allmählich in das öffentliche Bewusstsein gelangt. Die Diagnose ist eindeutig: **die Teilhabe der ältere Menschen am öffentlichen Leben ist in unserem Land unterentwickelt.** Unterschiedliche Entwicklungen haben dazu geführt, diese Situation überhaupt als ein gesellschaftliches Problem wahrzunehmen. Die Altersphase und ihre gesellschaftliche Bedeutung haben sich quantitativ und qualitativ verändert. Die Älteren wurden und werden zahlenmäßig mehr, sie verbringen einen deutlich verlängerten Teil der Lebenszeit im Ruhestand, sie sind – durch den international zu beobachtenden Trend zum frühen Ruhestand – „jünger“ geworden, leben aber zugleich länger, und ihre Ressourcenausstattung (materielle Sicherung, Bildung und Gesundheit) hat sich während der letzten Jahrzehnte verbessert. Zugleich ist die Heterogenität der Lebenslagen im Alter größer geworden.

„Alter“ ist zu einer Lebensphase geworden, die **eigenständiger Sinngebung bedarf.** Dies unterscheidet sich deutlich von dem hergebrachten Konzept des „dritten Lebensalters“, in dem das Alter als relativ kurze Phase zwischen Arbeitsleben und Tod wahrgenommen wurde, geprägt von sozialem Rückzug und Selbstgenügsamkeit. Die Auflösung dieser traditionellen Auffassung drückt sich in neuen Symboliken aus, etwa in den Konzepten der „jungen Alten“ oder der „Senioren“. Die gesellschaftliche Rolle des Alters ist damit aber noch nicht neu definiert. Spätestens wenn der „baby boom“ sich endgültig in den „senior boom“ verwandelt haben wird, wird die strukturelle Lücke zwischen verbesserten individuellen Handlungsvoraussetzungen und realisierbaren sozialen Handlungsmöglichkeiten spürbarer als bisher aufbrechen.

¹ Alle Hervorhebungen von der Redaktion

Diese Entwicklung findet in einem Klima statt, in dem die Kostenreduktion in der Alterssicherung und im Gesundheits- und Pflegebereich an erster Stelle der sozialpolitischen Agenda steht. In einer Situation, in der die (Re-)Integration in den Erwerbsprozess für die überwiegende Mehrheit der Älteren unrealistisch ist, spielen die Senioren vor allem als Konsumenten eine Rolle. **Das Alter wird dabei als eine Lebensphase vermehrter privater Aktivitäten und Freizeitbeschäftigungen wahrgenommen. Nur eine Minderheit versteht unter einem aktiven Alter die soziale und politische Beteiligung, durch die ältere Menschen mehr als Mitbürger denn als Konsumenten angesprochen werden, als Mitglieder einer sozialen Gemeinschaft, deren freiwilliges Engagement honoriert wird.**

Um diese Minderheit der politisch und sozial aktiven Älteren soll es im Folgenden gehen. Die Entwicklung der Lebenslagen und der gesellschaftlichen Position Älterer sind geprägt von einer zunehmend restriktiven Sozialpolitik und zugleich von der Entwicklung kultureller Leitbilder eines aktiven und selbstbestimmten Alters. Das Zusammenwirken dieser beiden Prozesse kann zu neuartigen Widersprüchen und Unsicherheiten führen. Sie richten sich auf die Frage der sozialen Sicherungsgarantien, wie auch auf die Chancen zur Realisierung eines sinnerfüllten Alters, das nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt ist. **Die Mitwirkung älterer Menschen im sozialen und politischen Leben hat deshalb eine wichtige Bedeutung für die gesellschaftliche Gestaltung der Zukunft des Alterns und der Generationenbeziehungen.**

Von der latenten zur manifesten Altenmacht?

Mehrere Untersuchungen haben für die 80er-Jahre nachgewiesen, dass die Älteren in Parlamenten und in Führungspositionen von Organisationen und Verbänden unterrepräsentiert sind. Diese Beobachtung führte zu der These, die Älteren würden aus den politischen Funktionsbereichen „ausgeschlossen“. Eine andere Deutung fasste die Diskrepanz zwischen dem steigenden Bevölkerungsanteil der Älteren und ihrer Repräsentanz in politischen Funktionen mit der These der „latenten Altenmacht“ zusammen (vgl. zusammenfassend, auch zum folgenden, Wolf/Kohli 1998). Während die AusschlussThese unterstellt, dass die Älteren gegen ihren Willen von Mitwirkungsmöglichkeiten fern gehalten würden und daraus ein Vertretungsdefizit resultiere, kommt die These der „latenten Altenmacht“ zu einer weniger pessimistischen Schlussfolgerung: „Latente Macht“ muss in einem repräsentativen, durch Wahlen legitimierten politischen System nicht Ausschluss von der Macht bedeuten. Die Interessen Älterer können in einem solchen System von den gewählten Vertretern gewahrt werden, ohne dass die Älteren selbst entsprechende Funktionen ausüben müssen. Eine Kontrolle über die angemessene Interessenvertretung kann durch die Wahlen ausgeübt werden.

Gegenüber den 80er-Jahren hat sich die Situation verändert. **Die Zahl der kommunalen Seniorenvertretungen ist auf über 700 angewachsen**, und es hat sich ein Dachverband der inzwischen zahlreichen Seniorenorganisationen etabliert, die **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)**. Da mit der demografischen Entwicklung auch der Anteil der Älteren unter den Wählern und den Mitgliedern von Verbänden und Parteien zunimmt, wirkt auf die bestehenden Organisationen ein Druck, sich auf die verändernde Altersstruktur der Bevölkerung einzustellen und die wachsende Zahl älterer Mitglieder besser zu integrieren. Als Antwort auf diese Entwicklung hat die CDU bereits 1988 begonnen, ihre älteren Mitglieder in der „Senioren-Union“ zu organisieren. Die SPD ist ihr im Jahr 1994 mit der Gründung der „Arbeitsgemeinschaft 60plus“ gefolgt. In den anderen Parteien gibt es

zumindest Ansätze einer eigenen Vertretung der älteren Mitglieder. Auch die Gewerkschaften folgen diesem Trend und praktizieren seit einigen Jahren verschiedene Formen der Seniorenarbeit.

Die Älteren sind im öffentlichen Leben also sichtbarer als zuvor, und sie stellen zunehmend auch eine politische Größe dar. Sind wir damit auf dem Weg von der latenten zur manifesten Macht der Älteren? Wird sich ihr demografisches Gewicht auch in politischen Entscheidungen niederschlagen? Anzeichen hierfür gibt es, auch wenn sie noch mit Vorsicht eingeschätzt werden müssen. Die Chancen der Älteren, ihre politische Vertretung und Mitwirkung auszuweiten, haben sich verbessert. Es wird sogar bereits davon gesprochen, dass sich ein breiter „altenpolitischer Aktivismus“ (Neckel 1993) entwickelt habe. Entscheidend für die Einschätzung dieser Entwicklung ist aber die Antwort auf die Frage, ob damit die Teilhabe der Älteren am öffentlichen Leben tatsächlich verbessert wird oder ob es sich bei den Seniorengremien lediglich um „Spielwiesen“ ohne Einfluss auf die tatsächlichen Entscheidungen handelt. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Mitwirkungsmöglichkeiten den breiten Interessen der Älteren entsprechen und in welchem Verhältnis zu den Interessen anderer Gruppen, vor allem der jüngeren Generationen, sie stehen. **Denn angesichts der sozialstaatlichen Verteilungsprobleme sind die öffentlichen Generationenbeziehungen von einer zunehmenden Polarisierung geprägt.** Die politische Macht der Älteren ist deshalb ein Thema, das in der breiteren Perspektive einer Politik der Lebensalter und Generationen zu verstehen ist.

Politisches Interesse und politische Mitwirkung

Entgegen gängiger Vorurteile ist das politische Interesse auch bei den Älteren noch stark ausgeprägt. In verschiedenen Untersuchungen – unter anderem dem Sozio-Ökonomischen Panel (SOEP) und den Meinungsumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach – konnte ein **Nachlassen des politischen Interesses erst bei den Hochbetagten** festgestellt werden (vgl. zusammenfassend Künemund 1994, S. 141 ff.). Die Altersgrenze hierfür ist nicht eindeutig. Sie wird bei 80, 75, zum Teil schon bei 70 Jahren angesetzt. Letzteres geht aber einfach darauf zurück, dass die über 70-jährigen nicht mehr weiter unterteilt werden. Überdies wird in manchen Untersuchungen nicht nach Männern und Frauen unterschieden. Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil der Frauen bekanntlich zu; sie zeigen generell aber ein geringeres politisches Interesse. Der Rückgang des politischen Interesses im höheren Alter könnte deshalb einfach auf den höheren Frauenanteil zurückzuführen sein. Alles spricht jedenfalls dafür, dass **die Älteren unterhalb des achtzigsten Lebensjahres sich im politischen Interesse nicht wesentlich von den mittleren Jahrgängen unterscheiden.** Unsere Befragung älterer Gewerkschaftsmitglieder ergab sogar ein größeres politisches Interesse bei den 66- bis 70-jährigen als bei den 56- bis 60-jährigen (vgl. Künemund 1994, S. 147).

Das politische Interesse schlägt sich auch in der Wahlbeteiligung der Älteren (über 60 Jahre) nieder. Sie lag mit durchschnittlich über 80 Prozent auf Bundesebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte fortwährend höher als bei den Jungwählern bis 30 Jahren. Die Wahlbeteiligung der über 70-jährigen liegt zwar etwas unter dem Durchschnitt aller Wahlberechtigten, aber noch deutlich über derjenigen der 18- bis 30-jährigen (vgl. Alber 1994). Auch werden Briefwähler in den altersspezifischen Bundeswahlstatistiken nicht aufgeführt; unter ihnen sind aber die Älteren mit einem hohen Prozentsatz vertreten.

Von passiver Mitgliedschaft zu aktiver Mitwirkung lautet schlagwortartig das Programm, mit dem sich die Volksparteien und Großorganisationen dem demografischen Trend anpassen wollen, um ihre Attraktivität für ihre größte Mitglieder- und Wählergruppe nicht zu verlieren. Die Verwirklichung dieses Programms steht jedoch noch aus, und es wird auch nicht ohne Widersprüche abgehen, wenn die Parteien zugleich versuchen müssen, die jüngeren und jüngsten Gruppen wieder für sich zu gewinnen. Ob die Seniorenabteilungen der Parteien deshalb die Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Älteren verbessern werden oder ob sie doch nur einen symbolisch überhöhten Abschiebeposten darstellen, muss sich erst erweisen. Der Trend bis heute ist jedenfalls klar: **Die politischen Parteien „altern“, aber ihre älteren Mitglieder haben deshalb nicht automatisch einen stärkeren Einfluss.** Betrachtet man die Mitwirkung Älterer in politisch wirksamen Organisationen und Verbänden insgesamt, so zeigt sich, dass die Mitgliedschaft überwiegend aufrechterhalten bleibt, die aktive Partizipation jedoch zurückgeht.

Generell kann man sagen, dass Ältere überwiegend den Verbänden und Organisationen angeschlossen bleiben, denen sie schon als Erwerbstätige angehörten. Ein gutes Beispiel hierfür stellen die Gewerkschaften dar (vgl. Wolf et al. 1994). Rund 1,7 Millionen Ruheständler (knapp 19%) sind in den deutschen Gewerkschaften organisiert. **Weitgehend unbeabsichtigt und unbemerkt hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen Mitgliedsorganisationen zu einer der größten deutschen Seniorenorganisationen entwickelt.** Aber zu einem entsprechenden Gewicht der Älteren in den Entscheidungsgremien hat dies in den meisten Fällen bisher nicht geführt. **Die Gewerkschaften haben auf das Altern ihrer Mitgliedschaft in ähnlicher Weise reagiert wie die politischen Parteien. Sie haben unterschiedliche Formen von „Seniorenarbeit“ entwickelt,** in denen die älteren Mitglieder organisatorisch zusammengefasst sind. Mehr als eine beratende Funktion haben diese in den wichtigen Gewerkschaftsgremien überwiegend nicht. Ohne Sitz und Stimme ist der Einfluss aber begrenzt. Auch in den Gewerkschaften bleibt die Macht der Älteren also latent – gewerkschaftliche Politik für Ältere wird überwiegend noch ohne die Älteren selbst gemacht.

Allerdings sind auch die Gewerkschaftssenioren spürbar im Aufbruch. Häufig sind es kleine Gruppen von aktiven Gewerkschaftern, die sich beim Übergang in den Ruhestand ein neues Tätigkeitsfeld erschließen. Im Vordergrund steht der Wunsch nach Aufrechterhaltung des Engagements, das bereits vorher bestanden hat. **So ist das vorrangige Ziel der gewerkschaftlichen Seniorenarbeit die Nutzung der Erfahrungen und die soziale Integration in die Gemeinschaft der Gewerkschaftssenioren.**



Neuartige Initiativen, beispielsweise der IG Metall, bei der Senioren in einzelnen Bezirken die Aufgabe der Mitgliederwerbung und -betreuung in Kleinbetrieben übernommen haben, machen sich die Organisationserfahrungen der Älteren direkt zu Nutze. **Mit der Umsetzung des selbst formulierten Anspruchs, eine Lobby für die Älteren zu bilden und die Älteren bei der Vertretung ihrer Interessen selbst einzubeziehen, tun sich die Gewerkschaften dagegen schwerer.** Die Zentrierung ihrer Politik auf die Erwerbsarbeit dürfte hierfür die wichtigste Hürde darstellen. Auch die einzelgewerkschaftliche Organisationsform könnte bei

den Älteren an ihre Grenzen stoßen. Zwar ist die biografisch gewachsene Zugehörigkeit ein wichtiges Motiv, um die Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten; geht es aber um die Formulierung und Vertretung der Interessen der Älteren, ist es fraglich, ob die (ehemalige) Branchenzugehörigkeit ein sinnvolles Kriterium darstellt.

Wenn sich die Interessen der Senioren aber auf allgemeinere und branchenübergreifende Themen beziehen, müsste zumindest darüber nachgedacht werden, ob nicht der DGB die organisatorische Basis für die Senioren bereitstellen sollte. Überlegungen in dieser Richtung sind bereits formuliert worden (vgl. Wolf 1994, S. 393 ff.), und es wäre sicherlich sinnvoll, sie weiterzuentwickeln und auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten hin zu überprüfen.

Voraussetzungen und Tendenzen der aktiven Seniorenpolitik

Die große Mehrheit der älteren Generation folgt nach wie vor einem konventionellen Modell politischer Beteiligung: hohe Wahlbeteiligung und hohe Mitgliedschaftszahlen in Parteien und Organisationen bei niedrigem aktiven Engagement. **Inzwischen geraten die älteren Menschen jedoch auch als politische Aktivbürger in den Blick der Öffentlichkeit.** Gegenüber der nur stellvertretenden Repräsentation durch Wahlen und Verbände sind die Organisationsformen der Älteren, die sich seit Mitte der 70er-Jahre herausgebildet und inzwischen weit verbreitet haben – Seniorenvertretungen, Untergliederungen von Parteien und Gewerkschaften, „Graue Panther“ – auf die aktive Beteiligung der Älteren im öffentlichen Leben gerichtet. Die Organisations- und Konfliktfähigkeit der Senioren hat in dieser Hinsicht deutlich zugenommen, auch wenn die politische Partizipation nur eine Minderheit der Älteren umfasst. Hierbei unterscheiden sie sich nicht von anderen Altersgruppen, allerdings ist zunehmendes Alter „der stärkste Prädiktor für abnehmende gesellschaftliche Partizipation“ (Kohli/Künemund 1997, S. 112).

Genauere Angaben über das Ausmaß des politischen Engagements lassen sich auf Grund mangelnder Daten nicht machen. Entscheidend ist aber nicht unbedingt das quantitative Ausmaß, sondern eine qualitative Dimension, die im neuartigen Charakter des Engagements besteht. Die Interessenformulierung auf der Grundlage des *Status des Seniors* ist ein Aspekt dieser Dimension. Während viele noch davor zurückschrecken, sich unter der Bezeichnung „Senioren“ zu engagieren, können die organisierten Senioren dazu beitragen, das eigene und das gesellschaftliche Altersbild positiv zu beeinflussen. Der andere Aspekt ist der Formwandel der politischen Beteiligung in Richtung partizipativer Politik. **Es geht nicht nur darum, dass überhaupt Politik für Ältere gemacht wird, sondern dass sie von den Älteren selbst bestimmt wird.**

Die Zunahme des aktiven politischen Engagements lässt sich nicht als Reaktion auf eine Verschlechterung der Lebenslage Älterer erklären. Das Gegenteil ist der Fall. Die Ausweitung des Engagements ging parallel mit einer Verbesserung der Ressourcenausstattung für die Mehrheit der Älteren – der materiellen Lage, der Gesundheit und Bildung. Diese Beobachtung steht im Einklang mit Ergebnissen der Forschung zu den Neuen Sozialen Bewegungen: die Mobilisierung für das öffentliche Engagement setzt mobilisierbare Ressourcen voraus. Die erfolgreiche Mobilisierung wiederum erzeugt selbst ihre Fortsetzung – durch die Anziehungskraft ihrer Aktivitäten oder Führungspersonen, aber auch durch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Die Voraussetzungen für das Engagement auch der kommenden Seniorengenerationen sind – angesichts gerade der absehbaren

Verschlechterung der Lage Älterer – günstig. Ihr Bildungs- und Qualifikationsniveau wird im Mittel noch ansteigen. Sowohl die Beitrittsbereitschaft zu Organisationen als auch die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit steigen mit dem Bildungsgrad, so wie allgemein für öffentliche Aktivitäten „ein höherer Status das Engagement begünstigt“ (Kohli/Künemund 1997, S. 112).

Der Zuwachs subjektiver Handlungsvoraussetzungen stellt also den sozialstrukturellen Hintergrund des altenpolitischen Engagements der Senioren dar. Sie lassen altersbezogene soziale Ausgrenzungen und Diskriminierungen als besonders ungerechtfertigt erscheinen – zumal, wenn sich die soziale Altersgrenze vom biologischen Alter entfernt und so noch über Jahre hinaus die Kraft zum Handeln bereitsteht. Sozialer Zwang zum „Rückzug“ wird dann als Schranke einer Selbstverwirklichung im Alter erfahren. Die Älteren melden dagegen nicht nur Protest an, sondern erweitern ihre Handlungsmöglichkeiten praktisch und politisch. **Hierbei haben wir es mit dem Ergebnis eines Prozesses der Modernisierung der Interessenvertretung zu tun, der nicht nur in Deutschland, sondern auch und sogar noch deutlicher im Ausland stattgefunden hat** (vgl. zum folgenden auch Evers/Wolf 1999).

Traditionellerweise finden wir zwei Formen der Interessenvertretung Älterer: gewerkschaftliche oder gewerkschaftsähnliche Gruppierungen, die auf die materielle Absicherung im Alter gerichtet sind sowie karitative Einrichtungen, die Dienstleistungen zur gesundheitlichen und sozialen Versorgung erbringen. Eine Vertretung der Interessen von Rentnern durch die Älteren selbst findet sich – im Kontext der Arbeiterbewegung – bereits seit den frühen Jahrzehnten dieses Jahrhunderts in den skandinavischen Ländern oder auch in Österreich durch den dortigen „Pensionistenverband“. In Deutschland ist Rentenpolitik eine Sache der politischen und korporativen Akteure, und ihre Politik hat bisher nicht dazu geführt, dass sich die Interessen der Älteren in Form einer eigenständigen Lobby organisieren mussten. **Starke Interessenvertretungen der Älteren finden sich typischerweise in Ländern, die eine schwächer ausgebaute soziale Sicherung im Alter bieten.** Ein deutliches Beispiel hierfür sind die USA, in denen Altenorganisationen zu den mitgliederstärksten Verbänden und den mächtigsten Lobbys gehören – die „American Association of Retired People“ (Amerikanische Vereinigung von Menschen im Ruhestand) hat beispielsweise mehr als 30 Millionen Mitglieder, die durch den Verband vergünstigte Lebensversicherungen, Krankenversicherungen und andere Leistungen erhalten können.

Die Organisations- und Artikulationsformen der Interessen älterer Bürger unterliegen aber einem Wandlungs- und Modernisierungsprozess, der den Rahmen für die Mitwirkung Älterer deutlich ausweitet. Die skizzierte traditionelle Interessenvertretung der Älteren formierte sich um ihre Eigenschaft als Empfänger staatlicher Leistungen, die es einzuklagen und abzusichern gilt. **Die neuen Formen setzen dagegen die materielle Versorgung durch Rente oder Pension bereits als mobilisierbare Ressource voraus (neben verbesserter Gesundheit und gestiegenem Bildungsniveau). Sie gehen einher mit einem geänderten Altersbild:** Ältere sind nicht mehr nur Leistungsempfänger, deren Not durch staatliche oder karitative Einrichtungen gelindert werden muss, sondern kompetente Bürger und Konsumenten, die ihre Lebenslage selbst bestimmen und zwischen verschiedenen Möglichkeiten der Lebensführung wählen können. Sie drängen auf die Demokratisierung und öffentliche Aushandlung von traditionellerweise als privat erachteten Lebensbereichen (Wohnen, Pflege).

Das eigentliche Problem, um das es dabei geht, ist die Gestaltung zeitgemäßer Formen der Repräsentation Älterer, mit denen ihre generelle soziale Partizipation gesichert werden kann.

Der heikle Punkt der Partizipation älterer Menschen besteht in der Ausbalancierung von Selbstbestimmung und Solidarität, von Schutzbedürfnissen und Autonomieansprüchen.

Einschätzung und Ausblick

Ältere Menschen sind und bleiben auch in Zukunft eine besonders verwundbare Gruppe. Sie beziehen ihren Status aus ihren Rechten als Sozialbürger statt aus ihrer Marktmacht als Produzenten. Diese Rechte sind aber immer prekär. Deshalb hindert die Politik grundsätzlich wenig daran, zentrale Ressourcen wie Renten, Gesundheits- und Pflegeleistungen zu begrenzen. In vieler Hinsicht bauen die gegenwärtigen Leistungs- und Beteiligungssysteme dabei allerdings auf eine Kultur, in der dem Alter nach wie vor grundsätzlicher Respekt gezollt wird, in der es Tabus und Schamgrenzen im Verhalten vor allem gegenüber gebrechlichen und vom Tod bedrohten alten Menschen gibt. Dies gilt auch für die materiellen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für die Älteren. Sie werden als besonders legitim betrachtet, sodass auch die Jüngeren zu Opfern zu Gunsten der Versorgung der Älteren bereit sind (vgl. Kohli 1994). Offensichtlich beruht diese Legitimität der Alterssicherung auf einer grundlegenden Solidarität in den intergenerationellen Beziehungen (zu der auch gehört, das die Jüngeren an ihr eigenes Alter denken). Umgekehrt werden aber auch Ansprüche an die Älteren als Helfende und Unterstützende formuliert, insbesondere im gemeinschaftlichen Bereich.

Der spezifischen Verwundbarkeit der Älteren, die aus ihrer strukturellen Position in der „Arbeitsgesellschaft“ resultiert, stehen offenbar also wert- und normgeleitete Schranken entgegen, die eine gesellschaftliche Anerkennung des Alters und seine Schutzbedürftigkeit zum Ausdruck bringen. Je stärker derartige sozialmoralische Grundlagen sich aber auflösen und utilitaristische Sichtweisen die Oberhand gewinnen, desto schwerer gestaltet sich grundsätzlich die Interessenvertretung älterer Menschen. Man sollte sich vergegenwärtigen, dass dadurch auch die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Partizipation mitbestimmt sind. „Funktional“ erforderlich und „nützlich“ sind sie nur aus bestimmten, nicht produktivistisch oder konsumeristisch verengten Perspektiven auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Das kann z.B. heißen, dass es wichtig ist, die produktive Rolle der Älteren zu unterstreichen – im Rahmen eines nicht auf das Marktgeschehen verengten Produktivitätsbegriffs, der die Produktivität bürgerschaftlichen Engagements und der Familien- und Gemeinschaftssphäre positiv bewertet.

Die neuen Formen der aktiven Alterspolitik, die von den Älteren selbst getragen werden, basieren auf einem weiteren Verständnis der politischen Aktivbürgerschaft. Ältere Bürger mischen sich in alle Belange ein, die ihre Lebensverhältnisse betreffen. Der Demokratisierungsimpuls, der dadurch hervorgerufen wird, ist einer der Kernprozesse, der zu Gunsten erweiterter Partizipationsmöglichkeiten zu unterstützen wäre. Die Gewerkschaften stehen hier unter anderem in besonders deutlicher Weise vor der Herausforderung, außerbetriebliche Organisationsformen und allgemeine, nicht auf das Arbeitsleben begrenzte Interessen zu integrieren.

Dies bedeutet, dass der Schwerpunkt einer entsprechenden Politik darauf liegen müsste, die Partizipations- und Aktivierungskultur in Organisationen auszuweiten, statt auf der Basis einer nur quantitativen Repräsentanz formal garantierte Mitspracherechte einzuräumen und ansonsten alles beim Alten zu belassen. Generell könnte das wohlmeinende Anliegen, die

politische Mitwirkung von Senioren in allen Bereichen zu formalisieren, gerade leer laufen. Wird nämlich einfach nur ein weiterer Stuhl an den Verhandlungstisch gestellt und ein weiterer Posten im Vorstand geschaffen, wird das politisch interessierte Engagement der Älteren wieder verengt auf Verfahren, die lediglich ein biografisches Fortsetzungsverhalten für verdiente Funktionäre erlaubt.

Literatur

Alber, J. (1994): Soziale Integration und politische Repräsentation von Senioren. In: Verheugen, G. (Hrsg.): 60plus. Die wachsende Macht der Älteren. Köln: Bund Verlag, S. 145-168.

Evers, A.; Wolf, J. (1999): Political organization and participation of older people: traditions and changes in five European countries. In: Walker, A.; Naegele, G. (Hrsg.), The politics of old age in Europe. Buckingham, Philadelphia: Open University Press, S. 42-61.

Kohli, M. (1994): Von Solidarität zu Konflikt? Der Generationenvertrag und die Interessenorganisation der Älteren. In: Verheugen, G. (Hrsg.): 60plus. Die wachsende Macht der Älteren. Köln: Bund Verlag, S. 61-74.

Kohli, M.; Künemund, H. (1997): Nachberufliche Tätigkeitsfelder. Konzepte, Forschungslage, Empirie. Stuttgart: Kohlhammer.

Künemund, H. (1994): Politisches Interesse und politisches Verhalten. In: Wolf, J. et al. (Hrsg.): Alter und gewerkschaftliche Politik. Auf dem Weg zur Rentnergewerkschaft? Köln: Bund-Verlag, S. 140-152.

Neckel, S. (1993): Altenpolitischer Aktivismus. Entstehung und Variation eines Politikmusters. In: Leviathan 21, Heft 4, S. 540-563.

Wolf, J.; Kohli, M.; Künemund, H. (Hrsg.) (1994): Alter und gewerkschaftliche Politik. Auf dem Weg zur Rentnergewerkschaft? Köln: Bund-Verlag.

Wolf, J.; Kohli, M. (1998): Die politische Macht der Älteren und der Generationenkonflikt. In: Clemens, W.; Backes, G. M. (Hrsg.), Altern und Gesellschaft. Opladen: Leske+Budrich, S. 147-170.

ⁱ Geb. 1954, Studium der Sozialwissenschaften / Soziologie in Göttingen und Berlin, 1988 Promotion zum Dr. phil. (Thema: "Die Moral des Ruhestands"); 1982 bis 1994 Lehr- und Forschungstätigkeit am Institut für Soziologie, Freie Universität Berlin; Vertretungsprofessuren an der FH Lausitz, Cottbus und der Universität-GH Siegen; seit 1998 Professor für Alternswissenschaft an der FH Magdeburg, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen; **Forschungsprojekte** (Mitarbeiter/Leiter): Übergang in den Ruhestand /Vorruhestand; Alter und gewerkschaftliche Politik; Politische Partizipation Älterer in Ländern der Europäischen Union; Kinder und Jugendliche als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR; gegenwärtig: Begleitforschung zum Modellprojekt "Alten- und Servicezentren" in Magdeburg; zahlreiche Veröffentlichungen zur Lebenslauf- und Altersforschung und Sozialpolitik

BLITZLICHTER AUS DER DISKUSSION ZU DEN REFERATEN¹

Helmut Rössig IG-Metall Seniorenarbeitskreis Düsseldorf

Es wirklich gut, dass die Senioren eine solche Organisation wie den DGB haben. Ich freue mich über jede Mitarbeit innerhalb des DGB. Aber, wenn ich sehe, wie jetzt bei der politischen Entwicklung mit dem Sparprogramm, was man jetzt Zukunftsprogramm nennt, Organisationen in der Bundesrepublik - Ärzteverbände oder andere - ihre Mitglieder und riesige Menschenmengen zu Kundgebungen auf den Marktplätze auf die Beine bringen, bedauere ich es, dass der DGB es in dieser Form noch nicht verstanden hat, seinen Protest zu artikulieren. Wir wissen doch, das bundesdeutsche Sozialversicherungssystem ist in seiner heutigen Form eine Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung... Wollen wir denn den jungen Leuten, die nach uns kommen, die ganze Schuldenlast verursacht durch die Krise der Sozialversicherung aufladen?

Hans van Beek IG-Metall Düsseldorf

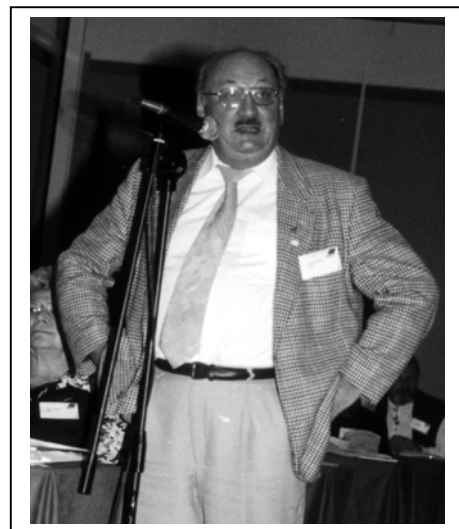
In Zukunft wird es darauf ankommen wird, unsere gesetzliche Sozialversicherung mit allen Mitteln zu behalten. Ich meine, dass ist deshalb so wichtig, weil wir damit auch eine Verantwortung gegenüber unserer Jugend haben, die in Zukunft genauso sicher wie wir heute ihr Leben und ihr Alter gestalten können und müssen. Für mich ist es unverständlich, dass ausgerechnet diese jetzige Regierung, von der wir ja etwas anderes erwartet haben in dieser Frage, ausgerechnet für die Lösung der Probleme mit der Rentenfinanzierung die privaten Vorsorge ins Spiel bringt.

Die Kollegin oder die Ministerin Bergmann hat vorhin alle möglichen Argumente aufgeführt, die dazu beitragen sollen, dass in Zukunft alles sicherer. Aber ein Problem hat sie dabei völlig vergessen, deshalb hatte ich während ihrer Rede den Zwischenruf gemacht, wir haben 4 Mio Arbeitslose und ich glaube, dass wir uns alle darüber im Klaren sind, dass diese 4 Mio zu beseitigen ein wesentlicher Weg ist, um die Rentenfinanzierung in Zukunft sicher zu gestalten.

Horst Steiner Bundesversorgungsempfängerausschuss der DPG

Ich möchte zumindest für meine Postgewerkschaft erklären, dass diese seit 1996 durch eine Satzungsänderung eine schlagkräftige und eigenständige Organisation für die Seniorinnen und Senioren verankert hat und die haben inzwischen auch ein sehr reges Leben entfacht. Und ich gehe einmal davon aus, dass bei ver.di- der vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft, das in gleicher Form stattfindet.

Allerdings muss ich als ehemaliger Delegierter des DGB-Bundeskongresses, der vor einigen Jahren hier in Düsseldorf stattfand, anmerken, dass wir damals auf diesem Kongress sehr mühsam darum gekämpft haben,



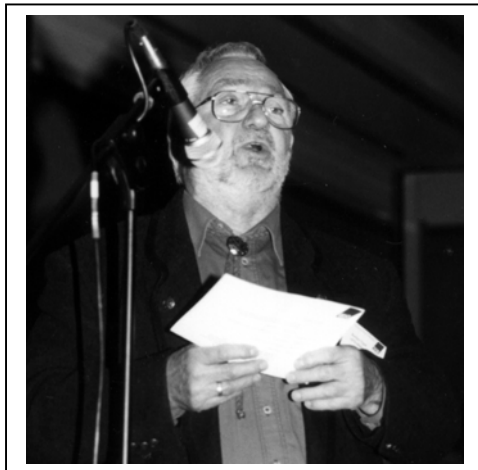
¹ Die „Blitzlichter“ sind redaktionell bearbeitete Auszüge aus den Redebeiträgen. Auslassungen sind nicht kenntlich gemacht. Auf diese Weise wurde im gesamten Tagungsband verfahren. Alle Hervorhebungen wurden von der Redaktion vorgenommen.

dass Anträge auf die Einrichtung von Mitbestimmungsrechte der Senioren auf örtlicher, Landes- und Bundesebene gerade mit Müh und Not als Material an den Bundesvorstand verabschiedet wurden. Das ist einfach zu wenig, wenn Ursula Engelen-Kefer sagt, dass nun in der Satzung als Ergebnis unserer Anträge das Wort Seniorinnen und Senioren steht. Das ist uns zu wenig. Da muss mehr rein.

Eine Anmerkung noch zum UNO-Jahr der Seniorinnen und Senioren ... Dieses Seniorenjahr kann nur ein Auftakt, es kann nur ein politischer Auftrag sein. Ein Dauerauftrag, Seniorenpolitik der Gewerkschaften ganz intensiv auf der politischen Ebene zu betreiben. Das ist bedeutend mehr wie Sozialpolitik, dass ist eine Arbeit für eine große Gruppe von Menschen in unserer Gesellschaft.

Es existiert inzwischen ein Seniorenarbeitskreis beim DGB, wo ich auch mitwirke, wo die Einzelgewerkschaften vertreten sind. Ich bin der Meinung, dieser Seniorenarbeitskreis muss eine Dauereinrichtung im DGB sein.

Egon Backes SPD 60plus Reichshof



Es ist hier zwei Mal gesagt worden, dass der DGB mit seinen 1,7 Mio Senioren die stärkste Seniorenorganisation sei. Ich möchte vor diesem Trugschluss doch etwas warnen. Ich tue das auch als Gewerkschafter. Es ist ein Unterschied, ob ich so viele Senioren in meinen Reihen habe oder ob ich Seniorenpolitik betreibe. Wie der DGB wirklich vertreten ist in der Seniorenpolitik, die draußen real vorhanden ist, sei an zwei kurzen Beispielen einmal aufgezeigt. In der Spitzenorganisation aller Seniorenverbände auf Bundesebene, der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) ist der DGB nicht vertreten. Es war bis zu Anfang diesen Jahres auch nicht eine einzige DGB-Gewerkschaft vertreten.

Ich will damit sagen, wo der DGB eben nicht in der politischen Mitbestimmung eingebettet ist. Denn die BAGSO ist das Sprachrohr gegenüber der Bundesregierung als Seniorenvertretung. Da ist der DGB nicht vertreten. Das muss man wissen.

Und das Gleiche ist auf Landesebene hier in Nordrhein-Westfalen der Fall. Da ist der Ansprechpartner für die Landesregierung die Landesseniorenvertretung. Da ist der DGB auch nicht dabei. Das muss man mal klar und deutlich aussprechen und ich wünsche mir als Gewerkschafter, dass sich das ändert.

Sepp Golbach GHK München

Ich komme von einer Gewerkschaft, die es partout abgelehnt hat in ihrer Satzung, die Senioren einzubetten. Von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Vor vielen Jahren haben unsere Kolleginnen darüber geklagt, dass Frauenarbeit in den Vorständen der Gewerkschaften von Männern gemacht wurde, die natürlich kraft ihrer Funktion die Frauenprobleme besser kennen als sie selbst. In der gleichen Situation befinden sich jetzt die Senioren. Wir haben auch in den Vorständen keine unmittelbaren direkten Vertreter. Wir stehen erst am Anfang der Reintegration der Senioren in den Gewerkschaften. Weiter sind wir noch nicht gekommen. Zum Zweiten muss ich das Unverständnis der Gewerkschaftsbosse beklagen, die beschlossen ha-

ben, dass die Seniorenarbeit bei den Mitglieds-Gewerkschaften zu liegen hat und der DGB soll draußen bleiben. Dabei gibt es gerade bei den Senioren die branchenübergreifenden Probleme, die von einer Dachorganisation ausgeführt werden müssen.

Ich habe noch ein weiteres Problem: Die neuen sich bildenden großen Gewerkschaften werden kaum in der Lage sein, diese branchenüberschreitenden Probleme ihrer Senioren zunächst einmal in Einklang zu bringen und dann nach außen zu vertreten. Dafür brauchen wir den DGB.

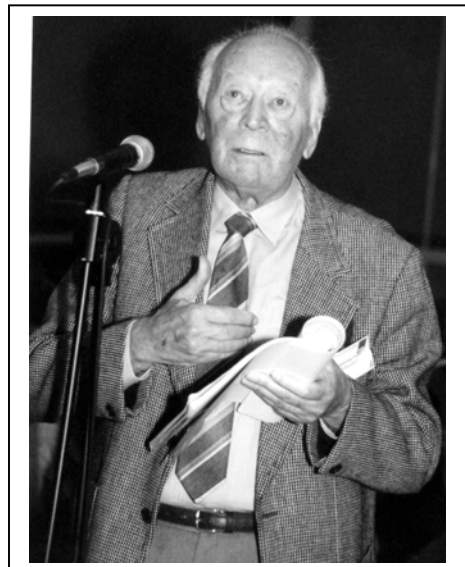
Ich meine, wir sollten als Ergebnis dieser ersten Tagung den DGB auffordern, eine eigene organisationspolitische Arbeitstagung durchzuführen entsprechend den Satzungsänderungen, die vor wenigen Jahren beschlossen worden sind.

Gustav Trambowsky DGB Düsseldorf

19% der Gewerkschaftsmitglieder des DGB sind also Senioren. In einer Situation, wo alle Gewerkschaften über Mitgliederverluste klagen, verzichten wir auf die Mitarbeit der Kolleginnen und Kollegen, die in der Zeit ihrer Arbeitstätigkeit als Gewerkschaftskollegen aktiv für die Interessen der arbeitenden Menschen eingetreten sind. Insofern glaube ich, dass nicht nur das Jahr der Senioren, sondern die Erkenntnis, wie notwendig die aktive Tätigkeit von Kolleginnen und Kollegen, die über Betriebserfahrung verfügen, in diesem Kampf gegen den Sozialabbau mit einbezogen wird. Dafür sind der DGB und die Einzelgewerkschaften verantwortlich. Die Hauptverantwortung dafür, in die soziale Auseinandersetzung die Position der arbeitenden Menschen einzubringen, trägt aber der DGB.

Es nützt nichts, immer wieder zu sagen, Seniorenarbeit ist ein Problem der Einzelgewerkschaften, um die Sache von sich abzuschieben. Nein, der DGB ist die Organisation, die sich auf Grund ihrer Stärke, auf Grund ihrer Tradition, aktiv in die Auseinandersetzung um die Sozialproblematik in der Bundesrepublik einschalten muss. Es ist auch nicht damit getan, dass wir heute die 1. Seniorenpolitische Tagung des DGB haben. Es ist notwendig, dass der DGB seine Unterorganisationen, nämlich die Landesbezirke, Ortsverwaltungen oder Bezirksverwaltungen, gleichzeitig darauf aufmerksam macht, dass der DGB eine Verpflichtung hat.

Wir wollen nicht nur Tagungen machen, sondern wir wollen das Gewicht des DGB auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Es ist ein Unterschied, ob wir irgendeine Fachtagung haben oder ob die Mitglieder des DGB, die Seniorinnen und Senioren, die unmittelbar betroffen werden von der neuen Politik, aktiv in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten.



Das muss das Ergebnis unserer heutigen Konferenz sein. Nicht nur reden, sondern wir müssen auch auf der Straße handeln.

Walter Wenzel IG Bau Berlin-Rudow

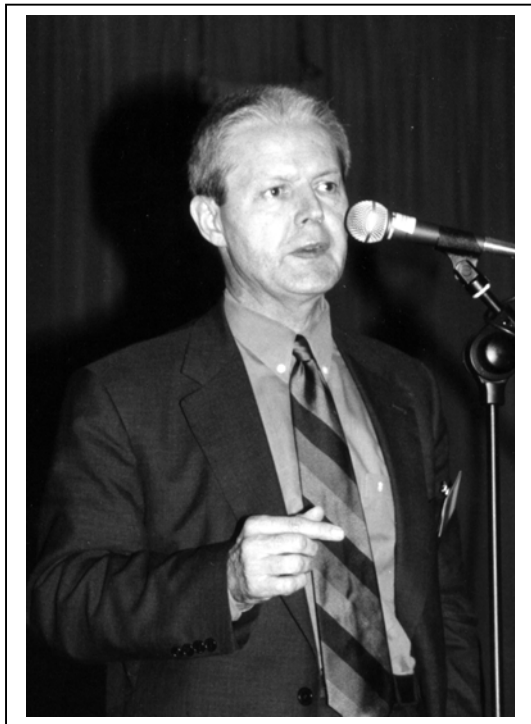
Es ist unbestritten, dass die Arbeitslosigkeit ein großer Schaden für die Rentenversicherung ist. Aber wir können nicht dran vorbeigucken, dass die jetzigen Beitragszahler stärkere Jahrgänge sind - 35 bis 40 Jahre alt und danach folgen die 25 bis 30-jährigen. Es sind kaum mehr

noch als die Hälfte davor. Wenn die Arbeitslosigkeit abgeschmolzen wird, dann werden wir diese aus dem Potenzial der nicht vorhandenen Bevölkerung abschmelzen können. Dadurch ist noch nicht einer mehr berufstätig, der die Rente bezahlt, weil die Leute einfach nicht da sind. Da können wir nicht andauernd daran vorbeigucken und so tun, als ob es anders wäre...Also Kolleginnen, Kollegen, wir müssen in Rentensachen ganz anders drüber nachdenken und nicht nur plakativ sagen, wir sind dafür, dass die Renten höher sind.

Dr. Fritz Schirach ÖTV Müncheberg

Kollegin Engelen-Kefer hat zwei Mal in ihrem Referat die Bildungsarbeit erwähnt. Ihr wisst, dass dies eine wesentliche Wurzel der Gewerkschaftsentwicklung und auch im DGB war. In allen unseren Gewerkschaftsorganisationen wird die Bildungsarbeit der Senioren immer weiter nach unten gedrückt, weil kein Geld da ist. Wenn wir in Zukunft unsere Aufgaben meistern wollen, ist das gerade eine wichtige Einrichtung. Und ich möchte das einfordern sowohl bei unseren Gewerkschaften als auch beim DGB.

Ministerialdirigent Eduard Tack, Abteilungsleiter Seniorenpolitik im BMfSFJ Berlin



Ich leite die Abteilung Seniorenpolitik im Familienministerium seit 1991 und jetzt auch unter Frau Dr. Bergmann. Ich habe 1988 in diesem Ministerium angefangen mit Seniorenpolitik, habe diese damals aufbauen können und ich bin auch der geistige Vater der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), weil ich 1989 gedacht habe, es geht eigentlich nicht, dass die Senioren kein Organ haben, mit dem sie sich geschlossen gegenüber der Bundesregierung artikulieren können und deshalb folgendes:

Der demografische Umbruch, von dem so viel geredet wird, die totale Veränderung der Altersstruktur in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in unserem Land und europaweit und darüber hinaus - die wird unsere Gesellschaft völlig umkremeln. Die Gesellschaft des Jahres 2020, 2030 wird mit der heutigen in keiner Hinsicht vergleichbar sein. Das will ich jetzt nicht vertiefen, aber von einer

Sache bin ich fest überzeugt. Wir haben ein Problem bei der Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme, Rente, Gesundheit usw.. Wir haben Probleme der Versorgung von Pflegebedürftigen, Älteren usw. Sehr wichtige, sehr lösungsbedürftige Probleme, aber abgegrenzte Probleme. Nach meinem Verständnis ist das die zentrale Frage im Zusammenhang mit dem demografischen Umbruch und die eigentliche Brisanz, wie gelingt es, die Generationen zusammenzuhalten und die wachsende Zahl der Älteren - demnächst gut ein Drittel der Bevölkerung, außerhalb des Berufslebens in diese Gesellschaft zu integrieren. Das geht nur über gesellschaftliche Mitwirkung und gesellschaftliche Mitwirkungsrechte und deshalb habe ich es nie in den letzten Jahren verstanden, warum die Gewerkschaften sich so zurückgehalten haben bei diesem Thema und ich freue mich, dass das jetzt anders wird.

Aus den Arbeitsgruppen



Die drei Arbeitsgruppen tagten am Nachmittag knappe zwei Stunden. Die Leiter der Arbeitsgruppen hielten Impulsreferate, ihnen schloss sich die Diskussion und anschließende Ergebnispräsentation im Plenum an. In diesem Tagungsband wird der Arbeitsprozess und dessen Ergebnisse aus technischen Gründen in sehr unterschiedlich umfangreichen Auszügen dokumentiert. Der Arbeitsgruppe 2 wandten sich die TeilnehmerInnen der Tagung besonders zahlreich zu, gefolgt von der Arbeitsgruppe 1.¹

Podium mit den Leitern der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1

Die Lage der älteren Menschen in unserer Gesellschaft

Impulsreferat Hanne Schweitzer²

Ich freue mich, dass ich heute über den „Lebensalltag älterer Menschen in Beruf und Gesellschaft - oder: Von den Nachbarn lernen?“ sprechen kann.

Ein Thema, dass hier zu Lande nicht mal in Sonntagsreden vorkommt. In anderen Ländern steht es dagegen schon ganz oben auf der Tagesordnung: Ich meine den demografischen Wandel, das Älterwerden der Gesellschaft, die Seniorenpolitik und die Altersdiskriminierung.

Wir wissen es alle: Die Lebenserwartung steigt, und die Zahl der Geburten sinkt. Viele von uns werden sehr viel länger leben als die Eltern oder Großeltern, und Enkelkinder oder Urenkel werden immer rarer.

1946 wurden in Gesamtdeutschland mehr Kinder geboren als 1997. Anders 'rum gesagt: 1950 hatten die über 60-jährigen Bundesbürger einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 14 Prozent. 1997 war dieser Anteil auf 21 Prozent gestiegen. Zurzeit sind die Bundesbürger mit deutschem Pass im Schnitt 41,6 Jahre alt. Nimmt man die Gesamtbevölkerung, sinkt der Schnitt auf 40,7 Jahre.

Aber egal ob jemand nun 40 oder 41 Jahre ist: Eigentlich ist das ja kein Alter. Zumindest nicht aus der Perspektive von 60- oder 70-jährigen. Oder der jener umwerfenden kubanischen Musiker aus dem Film "Buena Vista Social Club". Der 92-jährige Señor Ferrer hat zum Bei-

¹ Alle Hervorhebungen im Text wurden von der Redaktion vorgenommen.

² Hanne Schweitzer ist Journalistin und Mitbegründerin des BÜROS GEGEN ALTERSDISKRIMINIERUNG e.V., Hölderlin Straße 1, 50968 Köln, Telefon 02234-700986, Fax. 02234-700986. Der Verein registriert Altersdiskriminierungen und informiert die Öffentlichkeit darüber. Der Verein will den Transfer von Erfahrungen aus anderen Ländern in die deutsche Öffentlichkeit unterstützen. Er verleiht den Medienpreis „Goldene Falte“.

spiel letzte Woche in München ein zweistündiges Konzert gegeben, und das Publikum stand eine halbe Stunde auf den Stühlen und hat den Mann gefeiert. Wie gesagt, einen 92-jährigen.

Stellenanzeigen mit Alterslimitierungen

- ❖ "Vorstandsfahrer im Alter zwischen 30 und 40 Jahren"
- ❖ Teamleiter/in, nicht älter als 30 Jahre alt"
- ❖ "Nachwuchsmanager/in zwischen 30 und 40 Jahre alt"
- ❖ "Bauleiter: Ihr Alter sollte 35 Jahre nicht überschreiten"
- ❖ "Referent/in zwischen 30 und 35 Jahren"
- ❖ "Vertriebsprofi zwischen 25 und 40 Jahre alt"
- ❖ "BetriebsleiterIn, Alter zwischen 28 und 40 Jahre"
- ❖ "DTP-Verstärkung gesucht bis 30 Jahre"

Auf dem bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt geht es anders zu. Wenn Sie mal einen aufmerksamen Blick in die Zeitung werfen und die Stellenanzeigen durchlesen, dann werden Sie sehr schnell feststellen, dass oft schon über 40-jährige zum alten Eisen gehören.

Auch beim ZDF, was ja immerhin eine Öffentlich Rechtliche Anstalt ist, sind Frauen, die vor der Kamera arbeiten, zu alt sobald sie über 40 sind. Eine Nachrichtensprecherin des ZDFs, Brigitte Bastgen, prozessierte deshalb letztes Jahr vor dem Mainzer Arbeitsgericht gegen das Zweite Deutsche Fernsehen. Die 43-jährige Frau sollte aus dem Abend- ins Nachmittagsprogramm "abgeschoben" werden. Frau Bastgen hat den Prozess verloren. Sie darf die Nachrichten nur noch Nachmittags vorlesen. Vielleicht denken Sie jetzt, dass es nur ein paar Unternehmen gibt, die an über 40-jährigen nicht interessiert sind.

Leider falsch.

Nicht nur die Arbeitgeber legen Altersgrenzen fest. Auch die Arbeitsämter basteln kräftig mit an einem altersbedingten, inoffiziellen Einstellungstop. So gelten bei manchen Arbeitsämtern Frauen schon ab dem 36. Lebensjahr als "vermittlungshindernis". Vermittlungshindernis! Das Wort muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen:

Vermittlungshindernis! Männer bekommen auch den Stempel "vermittlungshindernis" in die Akte gedrückt. Aber nicht mit 36, sondern erst mit 40.

Sie wissen alle, dass es keinen ökonomischen Sinn macht, Menschen mit Erfahrungen und Wissen bloß wegen der Anzahl ihrer Lebensjahre nicht mehr einzustellen. Und Sie wissen auch, dass dieser Usus, diese stillschweigende Übereinkunft für das Topmanagement nicht

Arbeitslose, Männer und Frauen, in Prozent

Alter	September 1998
unter 20	3,2%
20 bis unter 25	8,8%
25 bis unter 30	9,4%
30 bis unter 35	12,0%
35 bis unter 40	12,2%
45 bis unter 50	10,8%
50 bis unter 55	9,8%
55 bis unter 60	20,5%
60 bis unter 65	3,3%

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

gilt und für privilegierte Berufsgruppen auch nicht. Hauptamtliche Bürgermeister oder Landräte können bis zum 68. Lebensjahr arbeiten. Ebenso die niedergelassenen Ärzte. Die brauchen ihre Praxen erst schließen, wenn sie 68 sind.

Aber wer keine Spitzenposition bekleidet, sondern ganz normal arbeiten muss, gehört zu einer Problemgruppe, gilt als "vermittlungshindernis". Die erste Zeile im Lebenslauf ist wichtiger als die Qualifikation.

Diese Statistik aus Nürnberg belegt das sehr deutlich.

Außer dieser deutlich sichtbaren Benachteiligung Älterer gibt es auch undeutliche Altersgrenzen, die aber ebenso diskriminierend sind.

Dafür einige Beispiele.

Das Erste handelt von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim. Wie Sie wissen, beschäftigt sich dieses Institut unter anderem damit zu erforschen, wie Sie wählen, wenn Sie noch zu denen gehören, die zur Wahl gehen. Aber obwohl 30 Prozent aller WählerInnen in diesem Land älter als 60 Jahre sind, werden sie nicht mehr nach Altersgruppen differenziert.

Das heißt: 19 Millionen Wahlberechtigte - und so viele sind es immerhin, die über 60 sind, werden in einen Wahltopf geworfen. Die inoffizielle Begründung dafür lautet: Wer mal die 60 erreicht hat, wählt sowieso immer dasselbe.

Wie falsch diese Annahme ist, zeigt eine Information des Statistischen Bundesamts. 1965 waren 38 % aller damaligen Sozialhilfeempfänger älter als 60. 1997 war dieser Anteil auf 9,3 Prozent gesunken. Trotz dieser drastischen Reduzierung sind aber immer noch mehr als eine Viertel Million der über 60-jährigen hier zu Lande auf Sozialhilfe angewiesen. Sie merken: Es ist mal wieder nur von den über 60-jährigen die Rede. Genauer weiß man es nicht.

Ältere Menschen werden auch als Fernsehzuschauer nicht ernst genommen. Die Macher interessiert in allererster Linie, welche Programme von 14-49-jährigen gesehen werden. Für die so genannten Kukidents - wie die über 50-jährigen von Ex-RTL-Chef Helmut Thoma mal genannt wurden - kann sich niemand so richtig erwärmen.



Zwar hat die GFK - das ist die Gesellschaft, die die Einschaltquoten ermittelt - 1995 ein neues System der Fernsehzuschauerforschung eingeführt und seitdem gibt es sechs so genannte Standard-Zielgruppen, aber –

welche das sind, das kann ich Ihnen leider nicht sagen. Diese Information ist nur dem erlauchten Kreis von Werbe- und Fernsehschaffenden zugänglich, die von der GFK mit Daten beliefert werden und dafür exorbitante Summen zahlen müssen.

Mein Gesprächspartner bei der GFK ließ aber immerhin ein bisschen was durchblicken: Bei der Auswahl der ca. 5000 Haushalte in der Bundesrepublik, anhand deren Fernsehkonsum die Quoten der Sendungen ermittelt werden, sind über 65-jährige allein stehende Witwen unterrepräsentiert.

Bei der Gesundheitsstatistik ist es ähnlich. 1993 wurde hier zu Lande die erste Krankenhausdiagnose Statistik erstellt. Darin werden alle Menschen gezählt, die stationär in einem Krankenhaus behandelt wurden, und es wird auch registriert, wegen welcher Krankheit sie dort gewesen sind. *Je älter wir werden, umso häufiger landen wir im Krankenhaus.* Das ist keine neue Information. So oder so ähnlich bekommen wir das fast jeden Tag zu hören, ob wir wollen oder nicht. Alte sind ein Kostenfaktor, heißt das übersetzt.

Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Wenn Sie sich jetzt nämlich mal die folgende Tabelle ansehen, merken Sie, wo der Hase im Pfeffer liegt:

Altersgruppe	Bevölkerungsanteil	Zahl der stationär Behandelten	Prozentualer Anteil an der Altersgruppe
00-01	770.000	339.482	44,09%
01-05	3.430.000	406.992	11,87%
05-15	9.100.000	730.744	8,03%
15-25	9.300.000	1.208.022	12,99%
25-35	14.100.000	1.370.357	9,72%
35-45	12.000.000	1.423.902	11,87%
45-55	11.300.000	1.676.949	14,84%
55-65	10.100.000	1.951.143	19,32%
65-75	7.500.000	2.024.887	27,00%
>75	5.000.000	2.098.100	41,96%

Krankenhausdiagnose-Statistik 1993 Diagramm Bevölkerungsanteil und Zahl der stationär Behandelten.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Berücksichtigt man nämlich, wie viele Menschen aus einer Altersgruppe stationär behandelt werden, dann merkt man, dass zum Beispiel von allen 65-75-jährigen die es in der Bundesrepublik gibt, nur 27% ins Krankenhaus gekommen sind. Von den Babys bis zum 1. Lebensjahr aber immerhin 45 Prozent.

Und noch was ist verblüffend. Ab dem 5. Lebensjahr werden die Patienten an dieser Statistik immer in Zehnerschritten erfasst. Also vom 5. bis zu 15. Lebensjahr, von 15. bis zum 25. und so weiter. Auch vom 55. bis zum 65., und vom 65. bis zum 75. Danach ist aber Schluss.

Wer älter ist, über den will man nichts genaues mehr wissen. Ab dem 76. Lebensjahr werden nämlich alle Krankenhauspatienten zumindest statistisch in einen Topf geworfen. Ob jemand 78, 84, 93 oder 106 war, als er ins Krankenhaus gekommen ist egal. Über 75. Mehr erfahren wir nicht. Das muss genügen. Dabei gibt es mehr als 5 Millionen Bundesbürger über 75.

Rechtliche Grundlagen und Möglichkeiten

Die Bundesrepublik ist von internationalen Gremien, wie der Menschenrechtskommission, wiederholt aufgefordert worden, ihre Minderheiten vor Diskriminierung zu schützen. Genutzt hat das nicht viel. Jedenfalls ist das seit 50 Jahren verfassungsrechtlich verankerte Benachteiligungsverbot, das in Artikel 3 Grundgesetz verankert ist, bisher nicht in einfaches und damit einklagbares Recht umgesetzt worden.

Bis heute existiert Diskriminierung weder im Bürgerlichen- noch im Strafgesetzbuch . Einzige Ausnahme: Dem Benachteiligungsverbot von Frauen wurde durch ein eigenes Gesetz Nachdruck verliehen.

Initiativen in Sachen Altersdiskriminierung gibt es noch nicht viele.

Zwar legten im Frühjahr 1998 zwei der im Bundestag vertretenen Parteien dem Bundestag Gesetze gegen Diskriminierung bzw. für Gleichbehandlung zur Beratung vor, aber "Alter" ist weder im Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes der SPD noch im Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes der GRÜNEN enthalten. Auch in der Koalitionsvereinbarung der rot/grünen Regierung sucht man im Kapitel "Bürgerrechte stärken" vergeblich danach.

Im Mai diesen Jahres hatte ich Gelegenheit mit der Seniorenministerin über das Thema Altersdiskriminierung zu sprechen.

Es gibt Nachholbedarf gerade bei der Frage: Was ist Altersdiskriminierung? meinte sie und fügte hinzu, dass wir viel von den Nachbarländern lernen könnten. Außerdem stellte sie in Aussicht, das zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union ein Kommuniqué der Mitgliedsländer zur Seniorenpolitik vorgelegt und auf dem EU-Gipfel in Köln verabschiedet werden würde. Sie wissen, was daraus geworden ist: Nichts. Garnichts. Es wurde nicht mal ein winziges Kommuniqué vorgelegt.

Blick über die Grenzen

Vereinigte Staaten von Amerika

"Altersdiskriminierung" ist in den USA ein etablierter Begriff. Denn erstaunlicherweise darf ausgerechnet in dem Land, dem eigentlich der größte Jugendkult nachgesagt wird, niemand, auch nicht wenn er älter ist, im Arbeitsleben anders behandelt werden, als andere. Stellenangebote mit Altersangaben dürfen in amerikanischen Zeitungen nicht veröffentlicht werden. Das ist schlichtweg verboten. Und das ist deshalb verboten, weil schon vor mehr als 30 Jahren, genau genommen schon im Jahr 1967, in Washington ein Gesetz zum Schutz vor Altersdiskriminierung im Arbeitsleben verabschiedet wurde.

Durch dieses Gesetz sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ab 40 besonders geschützt. Dieser Schutz besieht nicht nur darin, dass Stellenausschreibungen keine Alterslimits enthalten dürfen.

Er besteht auch darin, dass sich der Arbeitgeber strafbar macht, wenn er in der Bewerbungsphase nach dem Alter fragt, oder wenn er Beförderungen, Fortbildungen oder Entlassungen vom Alter abhängig macht.

Zusammenfassend kann man sagen: Die erste Zeile jeder deutschen Bewerbung - das Geburtsdatum - entfällt in den Vereinigten Staaten komplett.

Altersdiskriminierung: Treu wie ein Hund wird uns dieses Wort in den nächsten Jahren begleiten. Europa hat den demografischen Wandel und seine Folgen jahrzehntelang verschlafen. Und leiden schief die Bundesrepublik Deutschland besonders tief. Und aufgewacht ist sie daraus bis heute nicht.

Niederlande

Um diese Behauptung zu beweisen lohnt ein Blick nach Holland. Unsere praktischen Nachbarn, die Holländer, organisierten 1996 einen nationalen Beschwerdetag. Von acht Uhr morgens bis acht Uhr abends konnte sich jeder an diesem Tag telefonisch über Altersdiskriminierung beschweren. Und ob die nun jemandem widerfahren war, der 27 oder 77 war, das spielte keine Rolle. "Leider ein Erfolg", schrieb der Staatsanzeiger am nächsten Tag über die Aktion. Die BürgerInnen hatten so massenhaft auf den Aufruf zum Anruf reagiert, dass das Telefonnetz des niederländischen Parlaments zusammengebrochen war. 19.000 Holländer riefen an, nur 1.500 kamen durch. Die Auswertung der Anrufe ergab, dass Altersdiskriminierung aus folgenden Bereichen gemeldet wurde:

Mit 46 Prozent am häufigsten klagten die 40- bis 50-jährigen über ungleiche Behandlung wegen ihres Alters.

Ergebnisse des Nationalen Beschwerdetags, Niederlande, 1996

- ❖ Altersdiskriminierung wurde gemeldet aus den Bereichen:
- ❖ Arbeit
- ❖ Gesundheitswesen
- ❖ Krankenversicherungen
- ❖ Versicherungen
- ❖ Wohnen
- ❖ Ehrenamt
- ❖ Banken
- ❖ Weiterbildung
- ❖ Ältere in der Öffentlichkeit

Ein weiteres Ergebnis des Beschwerdetags: Menschen über 60 sehen sich in Holland plötzlich mit Einschränkungen konfrontiert, die eine vollwertige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unnötig erschweren: Hypotheken können nicht mehr aufgenommen oder erhöht werden, Darlehen werden reduziert oder nicht mehr gewährt, Weiterbildungsmaßnahmen und Schulungen sind für Jüngere konzipiert, und in den Geschäften oder auf der Straße werden ältere Leute unfreundlich behandelt.

Für Holländer über 60 ist vor allem die ärztliche Versorgung eine Quelle der Sorge. Nicht nur, dass es beachtliche Unterschiede bei den Versicherungsprämien gibt. Es herrscht auch die Angst, dass die arbeitende Bevölkerung bevorzugt behandelt wird - zu Lasten der Arbeitslosen und Älteren.

Besonders überrascht waren die Organisatoren über die vielen Klagen, die von allen Arbeitsgruppen über Altersdiskriminierung im ehrenamtlichen Bereich vorgetragen wurden. Junge wie alte Ehrenamtler klagten vor allem darüber, dass sie sich nicht ernst genommen fühlten.

Nachdem man sich in Holland durch den Nationalen Beschwerdetag einen gewissen Überblick verschafft hatte, wurde man aktiv.

Die Mitarbeiter der holländischen Arbeitsämter unterschrieben eine Selbstverpflichtung zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung bei der Stellenvermittlung. Sie konzipierten eine Broschüre, in der diskriminierende Äußerungen, die besonders häufig von Arbeitgebern genannt werden, aufgelistet sind und mit Gegenargumenten versehen wurden.

Sagt der Arbeitgeber zum Beispiel "ich suche niemanden, der sechs Wochen Urlaub hat", weist ihn der Arbeitsvermittler auf Folgendes hin: Ältere Arbeitsuchende haben zwar einen längeren Urlaubsanspruch, dafür sind sie aber seltener krank als junge Leute.

Wie in Amerika genießen die über 40-jährigen seit 1998 in Holland also einen besonderen Schutz. Und zusammenfassend lässt sich auch für Holland sagen: Das Geburtsdatum ist bei einer Bewerbung nicht ausschlaggebend.

Großbritannien

Der Wind pfeiff eisig übers Land, als im Februar 1998 überall in Großbritannien Plakate gegen Altersdiskriminierung geklebt wurden. Die lachende, nicht mehr junge Frau, die darauf zu sehen war, fiel besonders auf, weil sie nur einen schwarzen BH anhatte. Neben dem Bild der Lady stand geschrieben: "Das erste, was manchen Leuten bei der Lady auffällt, das ist ihr Alter. Lasst uns Altersdiskriminierung zu einer Sache der Vergangenheit machen."

Außer provozierenden Plakataktionen haben die Briten aber noch mehr auf die Beine gestellt. Immerhin schon seit 1993 ist es illegal, jemanden wegen seines Alters zu entlassen.

Arbeitgeber, die das trotzdem machen, kann das teuer zu stehen kommen. Wie teuer, das zeigt der Spruch eines Schiedsgerichts in London. Ein Anzeigen-Direktor, der gegen seine Entlassung geklagt hatte, erhielt eine Entschädigung von 27.000 Pfund. Der Mann bekam das Geld, weil seine 62 Lebensjahre der wichtigste Faktor waren, der zu seiner vorzeitigen Entlassung geführt hatte.

1998 trat eine noch strengere Verordnung zur Gleichbehandlung im Arbeitsleben in Kraft. Darin ist festgelegt, dass weder in den Stellenausschreibungen, noch in der Bewerbungsphase, bei betriebsinternen Fortbildungen, Beförderungen oder Entlassungen das Lebensalter eine Rolle spielen darf.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Das Geburtsdatum als erste Zeile im Lebenslauf entfällt auch in Großbritannien.

Europäische Union

Im Juni 1997 wurde der Amsterdamer Vertrag verabschiedet. Der Amsterdamer Vertrag, das ist die dritte, überarbeitete Fassung des Gründungsvertrags der Europäischen Gemeinschaft, das ist also ein sehr wichtiges Vertragswerk.

„Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrages kann der Rat im Rahmen der durch den Vertrag auf die Gemeinschaft übertragenen Zuständigkeiten auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen zu bekämpfen aus Gründen

1. *des Geschlechts,*
2. *der Rasse,*
3. *der ethnischen Herkunft,*
4. *der Religion,*
5. *der Weltanschauung,*
6. *einer Behinderung,*
7. *des Alters oder*
8. *der sexuellen Ausrichtung.“*

Der Amsterdamer Vertrag ist das erste gesamteuropäische Dokument, in dem das Wort "Alter" genannt wird, und bezeichnenderweise wird "Alter" im Zusammenhang mit Diskriminierung genannt.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch erzählen, wie es einem der wenigen deutschen Politiker ergangen ist, der sich im Europaparlament mit dem Thema Altersdiskriminierung befasst hat. Es handelt sich dabei um dem Europa-Abgeordneten der CSU, Edgar Schiedermeier. Der wurde von seiner Partei bei den letzten Europawahlen allerdings nicht mehr als Kandidat aufgestellt. Dreimal dürfen Sie raten warum. Herr Schiedermeier war der CSU zu alt. Der Mann ist über 60. So wie 75 Millionen andere Europäer auch.

Damit Sie nun aber nicht in Resignation verfallen, sondern Mut zum Querdenken und zur Innovation bekommen, möchte ich Ihnen zum Schluss ein australisches Gesetz gegen Altersdiskriminierung vorstellen.

Dieses Gesetz gilt im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Australiens, in New South Wales, also rund um Sydney.

"Wer eine Arbeit hat oder sich um einen Job bemüht, wer Waren oder Dienstleistungen kaufen will, wer in einer staatlichen Institution studieren will, wer eine Wohnung oder ein Haus mieten will, oder wer einem registrierten Club beitreten will und dabei unfair oder verächtlich behandelt wird, entweder wegen des eigenen Alters, oder wegen des Alters seiner Verwandten, seiner Arbeitskollegen oder der Menschen, mit denen er zusammen ist, der hat das legale Recht, dagegen vorzugehen."

Ergebnisse der Diskussion

1. SELBSTEINSCHÄTZUNG DER TEILNEHMERINNEN

- Wir Älteren sind umgeben von einer Gesellschaft die uns nicht will.
- Es muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Ältere ein Bestandteil der Gesellschaft sind.
- Ältere müssen knallhart mitarbeiten an der politischen Willensbildung.
- Bis heute wird in der Bundesrepublik Seniorenpolitik nicht angemessen behandelt. Erst seit Senioren als Wahlvolk und Konsumenten entdeckt worden sind, hat sich das ein bisschen geändert.
- Bei der Erwähnung des demografischen Faktors sollte auch darauf verwiesen werden, dass immer weniger Kinder geboren werden.

2. FORDERUNGEN AN GEWERKSCHAFT(EN)

- Es ist fatal, dass sich die Gewerkschaften so schwer damit tun, ältere Menschen zu integrieren
- Es stünde der Gewerkschaft gut an, bis 2001, dem Internationalen Jahr des Ehrenamts, seniorenpolitische Themen zu besprechen, damit wir spätestens dann einen Standpunkt haben.
- Per Deklaration soll auf einem Kongress, dessen Teilnehmerinnen von Seniorinnen gewählt werden, die Gleichberechtigung von Seniorinnen in den Gewerkschaften festgelegt werden.

3. FORDERUNGEN AN EINZELGEWERKSCHAFTEN

- Einzelgewerkschaften und DGB sollen spezielle Weiterbildungsangebote für Seniorinnen machen.
- Die Einzelgewerkschaften haben erst sehr sehr spät mit der Seniorenarbeit angefangen.

4. FORDERUNGEN AN DGB

- Der DGB hat sich schwer getan und tut sich noch sehr schwer damit, den Seniorinnen die Anerkennung zu geben, die ihnen angesichts ihrer Zahl zusteht.
- Seniorinnen brauchen im DGB und in den Einzelgewerkschaften das aktive und passive Wahlrecht.
- DGB soll Arbeitsgruppen einsetzen, die ein seniorenpolitisches Programm erarbeiten.
- DGB und Einzelgewerkschaften sollen für Seniorinnen spezielle Weiterbildungsangebote machen.
- DGB soll Seniorenpolitik zur Chefsache machen.

Arbeitsgruppe 2

Kooperation der Gewerkschaften mit anderen seniorenpolitischen Institutionen und Organisationen

Impulsreferat Karl-Heinz Köpke¹

Wir sollten uns am Beginn dieser Diskussion Klarheit verschaffen über eine Binsenweisheit, die jedoch wichtig ist für die Behandlung des Themas Seniorenpolitik und Gewerkschaften. Wer ist, frage ich der DGB?

Er ist die Summe von 12 Einzelgewerkschaften. Wenn es diese Einzelgewerkschaften nicht gäbe, gäbe es keinen DGB. Das bedeutet auf der anderen Seite, das, **was der DGB tut, ist die zusammengefasste Willensbildung, Meinungsbildung, Position aller 12 Gewerkschaften**, die wir unter dem Dach des DGB zurzeit noch haben; es wird sich noch im Laufe diesen Jahres und auch im nächsten Jahr ein bisschen verändern.

Das macht deutlich, wie wir uns insgesamt mit Seniorenpolitik und mit Seniorenarbeit innerhalb unserer Organisation, innerhalb des DGB befassen sollten. Daraus folgt eine zweite Binsenweisheit, dass die Seniorenarbeit im klassischen Sinne eine Aufgabe der Mitgliedsgewerkschaften ist. Denn jeder Einzelne von euch ist Mitglied bei einer Einzelgewerkschaft, er hat da seine Aufnahme erklärt, er zahlt da seinen Beitrag, er ist dort zuhause.

Aus dieser primären oder originären Verpflichtung kann auch die Gewerkschaft nicht entlassen werden. Das wird besonders deutlich beim Beitrag oder bei der Ehrung oder solchen Dingen. **D.h. die unmittelbare Betreuung der Seniorinnen und Senioren ist und bleibt Aufgabe der Mitgliedsgewerkschaften.**

Die wichtige Aufgabe für den DGB ist es allerdings, diese Aufgaben zwischen diesen 12 Gewerkschaften zu koordinieren.

Das bedeutet nicht, dass der DGB ein apolitisches Wesen ist. Koordinieren heißt ja nicht nur, im Auftrag und auf Weisung zu handeln, sondern heißt eben auch, vorausschauend tätig zu sein; also Seniorenpolitik zu betreiben.

Das läuft ja auch in der praktischen Arbeit. Ihr kommt alle aus Mitgliedsgewerkschaften des DGB, ihr wisst, wie das in der Praxis vor Ort auf der Landes- auf der Bundesebene läuft. Da gibt es Arbeitskreise, da gibt es Ausschüsse, da gibt es manchmal auch die Konstruktion von eingetragenen Vereinen innerhalb des DGB.

Ich will noch einen zweiten Unterschied verdeutlichen, der darin besteht, **dass innerhalb der Mitgliedsgewerkschaften des DGB Seniorenarbeit sehr unterschiedlich läuft.**

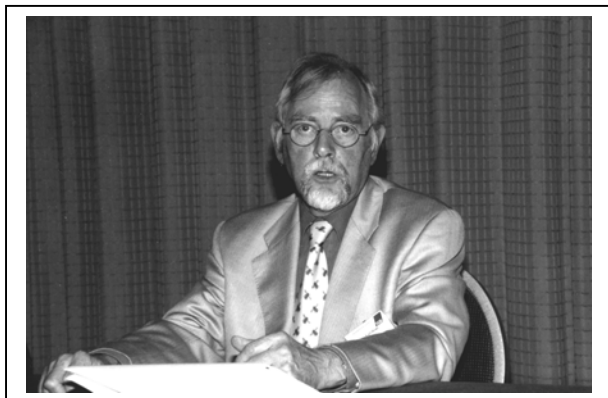
¹ Karl-Heinz Köpke, Jahrgang 1938, hat Gewerkschaftsarbeit "von der Pike auf" erlernt. Als Buchdrucker-Lehrling arbeitete er in der DGB-Jugend mit. Nach Lehre und Studium an der HWP in Hamburg war er Rechtssekretär, DGB-Kreisvorsitzender in Kiel, später dann stellvertretender Vorsitzender im DGB-Nordmark. Seit 1998 ist er wieder "Ehrenamtler". Sein besonderes Engagement gilt den Benachteiligten. Für sie setzte er sich als Rechtssekretär, in der Kranken- und Rentenversicherung und beim Arbeitsamt ein. Gewerkschaftliche Seniorenarbeit "entdeckte" er Ende der 70er Jahre mit der Bildung eines örtlichen DGB-Arbeitskreises, später dann im Landesbezirk. Wichtige Impulse gab er dem Altenparlament in Schleswig-Holstein. Vor allem ist es sein Anliegen, gewerkschaftlichen Seniorinnen und Senioren "ihren" Platz im DGB zu sichern - in der Satzung wie im Grundsatzprogramm. Heute kümmert er sich als Seniorenbeauftragter des DGB-Nord um rd. 120000 Seniorinnen und Senioren, getreu seinem Grundsatz "Wer sich zeitlebens in seiner Gewerkschaft zuhause fühlt, hält ihr auch im Ruhestand die Treue. Dies muss die Gesamtorganisation erkennen und danach handeln."

Hier sind die so genannten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und da sind die Industriegewerkschaften. Für die Industriegewerkschaften sind bestimmte Punkte gar kein Thema; und andersherum sind für Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes andere Punkte gar kein Thema.

Ich mache das deutlich an der Tatsache, dass innerhalb der GEW, der Postgewerkschaft, der ÖTV, der Gewerkschaft der Polizei, ich glaube, die Eisenbahner gehören auch noch dazu, Ruheständler, die Pensionisten, oder wie auch immer sie heißen, satzungsgemäß verankert sind. Dort spielt sich die Seniorenpolitik ganz anders ab als z.B. bei der IG BAU oder bei der IG Metall. Das sind Unterschiede, die muss man einfach wissen, um sie dort entsprechend berücksichtigen zu können.

Seniorenpolitik, das haben wir heute wiederholt gehört und gesehen, ist ein Teil des allgemeinen politischen Handelns.

Und wenn wir jetzt einmal von den DGB-Gewerkschaften und vom DGB insgesamt den Schritt weiter machen in das politische Feld insgesamt hinein, dann erkennen wir – und das ist ja gerade auch in der heutigen Fachtagung besonders deutlich geworden –, dass mehr und mehr die Interessen älterer Kolleginnen und Kollegen, älterer Menschen, des älteren Teils unserer Bevölkerung auch von der Politik aufgegriffen werden. Ich muss das jetzt im Einzelnen nicht vertiefen. Ich will dazu nur die Beispiele nennen, die es auf Bundesländer- und kommunaler Ebene gibt. Je nach verfassungsgemäßer Gegebenheit sind dort Arbeits- und Fachbereiche, Referate für Angelegenheiten älterer Menschen bzw. für Seniorenpolitik gebildet worden.



Ähnlich hat sich das auch in den politischen Parteien, ob wir jetzt die Arbeitsgemeinschaft 60Plus der SPD oder Seniorenunion der CDU nehmen, entwickelt.

Ich will abschließen mit dem Hinweis auf die Verbände, in denen die Senioren auch mehr oder minder eine zunehmende Bedeutung haben, z.B. die Arbeiterwohlfahrt, der Sozialverband oder der VdK, der vorhin genannt wurde, oder auch – wie wir jetzt gerne hinzufügen wollen – der

Wohlfahrtsverband „Volkssolidarität“. Das sind Verbände, die sich auch mit Älteren, mit den Interessen, mit den Wünschen, Nöten und Forderungen älterer Menschen befassen.

Man sollte an dieser Stelle vielleicht noch Folgendes diskutieren: Ist der DGB eine Seniorenorganisation? Diese Frage ist ja vorhin mit aufgeflammt. Ich würde eigentlich dem Kollegen zuneigen, der da sagte, eine klassische Seniorenorganisation ist der DGB eigentlich nicht.

Der DGB ist die Interessenvertretung der erwerbstätigen Bevölkerung; das ist und bleibt das Zentrale. Er ist der Schutzschild zur Ausgestaltung der tariflichen und Arbeitsmarktbedingungen. Aber, er ist eben – angesichts der 1,7 Millionen – auch eine Organisation, die sich der Interessen älterer Kolleginnen und Kollegen anzunehmen hat.

Man kann eine gewisse Parallele bilden, die nicht ganz weit hergeholt ist.

Wenn ich das Stichwort vom Menschen mit Behinderung nehme. Es gibt klassische Behindertenorganisationen. Doch der DGB kann auf Grund der Mitglieder, die dieser Klientel zuzurechnen sind, durchaus sagen, dass er auch eine Behindertenorganisation ist, aber im Besonderen ist er es nicht, dafür haben wir andere.

Folglich ist also der DGB – ich denke, da stimmen wir auch überein – in dem Sinn keine klassische Seniorenorganisation, und gleichwohl haben wir nachhaltige Interessen, über die wir uns jetzt hier intensiv austauschen wollen.

Nun lautet der Titel unserer Arbeitsgruppe **„Kooperation der Gewerkschaften mit anderen seniorenpolitischen Institutionen und Organisationen“**.

Bevor wir uns damit befassen, sollten wir den Blick nach innen werfen und fragen, was läuft denn eigentlich innerhalb der Gewerkschaften? Da gibt es nämlich ein sehr vielschichtiges, sehr buntes Bild, ein schillerndes Bild, wie es anders fast gar nicht sein kann.

Sodann sollten wir uns intensiver Gedanken machen und Informationen zusammentragen über das, was es an Kooperationen gibt, z.B. Seniorenbeiräte, kommunale oder Seniorenräte, wie sie manchmal auch heißen; oder ein Altenparlament wie wir es seit elf Jahren in Schleswig-Holstein haben. In Mecklenburg-Vorpommern hatten wir jetzt eine erste Sitzung eines Altenparlamentes. Oder in Hamburg finden seit Jahren die so genannten Altentage statt.

Das sind alles Formen, wie man in verschiedener Art und Weise verbands- und institutionsübergreifend seniorenpolitische Interessen wahrnehmen kann, die manchmal auch relativ stark polarisierenden Charakter haben, das sollten wir dabei gar nicht übersehen.

An dieser Stelle will ich mit diesem Einstieg abschließen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir uns jetzt in der Diskussion der Frage zuwenden, in welchen Formen und wo existieren gewerkschaftliche Seniorenarbeit und seniorenpolitische Tätigkeiten in den Gewerkschaften und in den DGB-Landesbezirken und –kreisen. Wie läuft das da eigentlich. Und wenn wir es hinkriegen, trennen wir das ein bisschen von der Frage, was läuft extern. Wenn sich das vermischt, dann macht das auch nichts, wir kommen auch damit klar, denn Kooperation ist ja das zentrale Thema.

Sodann würde ich mir wünschen, nachdem wir sozusagen diese Basis erarbeitet haben, dass wir uns Gedanken machen darüber, welche Anregungen, welche Überlegungen, welche Ideen wir aus dieser Tagung, aus dieser Arbeitsgruppe heraus der Organisation geben könnten.

Dazu eine letzte Information. Wir haben im Landesbezirk Nord (so heißt er neuerdings, er erfasst die drei Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg), am 08. Juli 1999 die erste Landesbezirksseniorenkonferenz durchgeführt.

Diese Seniorenkonferenz hat die **Wismarer Erklärung** abgegeben. Wir haben sie auch an den DGB-Landesbezirksvorstand gegeben, und der hat sie zustimmend zur Kenntnis genommen. Dieser Text liegt inzwischen in den Abteilungen Sozialpolitik und Organisation des DGB-Bundesvorstandes in Berlin vor.

Kerngedanke dieser Resolution ist eine institutionalisierte Beteiligung der älteren Kolleginnen und Kollegen auf allen drei Ebenen, ob Arbeitskreis, ob Ausschuss oder wie man sie sonst nennen mag (da ist der Fantasie ja keine Grenze gesetzt).

Ich mache die Aufgabe eines solchen Gremiums einmal deutlich an einem DGB-Kreis. Dort, wo die Vertreter der 12 Gewerkschaften zusammenkommen, wird die Meinung gebildet zu dem, was der DGB auf der Ebene des Kreises seniorenpolitisch sagt oder wen er in einen städtischen Seniorenrat entsenden will. Und dieses seniorenpolitische Gremium soll, so ist der Gedanke der Wismarer Erklärung, auch einen **Vertreter in den Kreisvorstand entsenden**; und der hat **Antragsrecht** und auch **Stimmrecht**.

Das sind die Forderungen, die wir in Wismar erhoben haben. Ich könnte mir vorstellen, dass wir in diese Richtung gehen. Wir können die Welt zwar hier nicht verändern, aber wenn es Ernst gemeint ist damit, dass die älteren Kolleginnen und Kollegen stärker beteiligt werden sollen – und ich nenne noch einmal ihre Zahl von 1,7 Mio. –, dann denke ich, ist es auch an-

gebracht, sie in einer Form daran zu beteiligen, die über die jetzige Satzungsregelung deutlich hinausgeht.

Diese will ich zum Schluss noch einmal zitieren:

„Politische Aufgaben des Bundes sind... die Vertretung und Koordinierung der gemeinsamen Interessen, insbesondere ... die Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben der Gewerkschaften für die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, die Frauen, die Jugend und die Seniorinnen und Senioren...“

Es ist also jetzt satzungsgemäß klar und eindeutig fixiert, und da beißt keine Maus den Faden ab. Seniorenpolitik gehört zu den formalen Aufgaben der Koordinierung. Das ist also das, was wir als Arbeitsgrundlage haben.

Gut, das war's, ich glaube jetzt haben wir für die Diskussion Anregungen genug.

Blitzlichter aus der Diskussion

Harald Lindemann DGB-Landesbezirk Niedersachsen Wendemark

Auf dem Land, ich kann das für Niedersachsen sagen, überwiegen DGB-Ortskartelle, die fast nur noch von Senioren geführt werden, egal welcher Gewerkschaft sie angehören. Diese Ortskartelle nicht nur zu betreuen, sondern ausbauen und weiter zu unterstützen, das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir Senioren erledigt haben. Wenn keine ehemaligen Funktionäre sich dafür engagierten, dann würde so etwas nicht laufen.

In den meisten Köpfen ist eingezogen, wie wichtig die Senioren geworden sind, um die Arbeit zu machen, und zwar einen Teil der Arbeit der Hauptamtlichen zu übernehmen.

Wir alle konnten erleben, unsere Erfahrung ist nicht mehr gewollt worden, weil wir eben älter sind. Heute gibt es keine Krankenkasse die nicht Versicherungsbeauftragte im Seniorenbereich hat, auch die AOK gibt damit an, dass sie jetzt Versichertenbeauftragte haben, nicht zu verwechseln mit den Versicherungsbeauftragten der LVA oder BfA. Wir machen das seit zweieinhalb Jahren mit größter Freude.

Elsbeth Kothes DGB-Kreis Duisburg

Wir machen in Duisburg seit 15 Jahren Senioren-Gewerkschaftsarbeit, zunächst als DGB-Gruppe. Die Einzelgewerkschaften haben einzelne Gruppen inzwischen auch organisiert, sogar mit großem Erfolg. Wir haben in Duisburg ein Mitglied im kommunalen Seniorenbeirat.

Wir haben in Duisburg an sich immer freischwebend gearbeitet, der Landesbezirk NRW hat bisher die Seniorenarbeit nicht unterstützt, die Einzelgewerkschaften ja. Und deswegen waren wir auch so erpicht, dass wir überhaupt hierhin kommen können, damit auch bei uns mehr geschieht.

Moderator Karl-Heinz Köpke

Wir müssen bedenken, Seniorenarbeit ist ein Stück Neuland für die Gewerkschaften. Ich ziehe mal eine Parallele zur Arbeitslosenbetreuung. Arbeitslose zu betreuen ist ja auch keine klassische Aufgabe der Gewerkschaften.

Gustav Trambowsky DGB-Düsseldorf

ich bin seit 72 Jahren Mitglied der Gewerkschaften und habe nach 1950/45 den Aufbau der Gewerkschaften aktiv mitbegleitet.

Die Frage ist, was die neuen Gewerkschaften sein sollen.

Sozialpolitik hat inzwischen einen anderen Stellenwert in unserer Gesellschaft bekommen. Um Sozialstaatspolitik zu betreiben, nützt es nichts, wenn die IG BAU oder die HBV oder eine andere Einzelgewerkschaft mit Forderungen in Erscheinung tritt, sondern die **Sozialstaatspolitik ist ein originäres Feld des Gewerkschaftsbundes**. Die Diskussion in den Gewerkschaften geht seit Jahren darum, dass der DGB sich ablehnend gegenüber der Seniorenpolitik verhält. Wobei meiner Meinung nach Seniorenpolitik auch ein Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist. Keiner hat bei uns 1950 an Seniorenpolitik in der Gewerkschaft gedacht. Es ist ein neuer Faktor, der aber von großer Wichtigkeit ist für die Kolleginnen und Kollegen, die jahrzehntlang in den Gewerkschaften gearbeitet haben.

Walter Timpe HBV Hemmingen/A.

Ich mache 25 Jahre Seniorenpolitik in der HBV, ich weiß, was konkrete Seniorenpolitik ist, wie schwer sie ist. Die war im DGB ja nicht durchsetzbar in den 70er/80er-Jahren, sie wird von den Einzelgewerkschaften auch jetzt nicht im DGB durchgesetzt. Aber wir haben eine neue Situation. **Wer soll denn als die Organisationen auftreten, die die Vorstellungen der werktätigen Menschen in der Öffentlichkeit vertreten kann? Das kann doch nur der DGB machen, mit seiner Stärke, die er hat. Dadurch unterscheidet sich der DGB von der Vielzahl der anderen Seniorengruppen.**

Egon Kuhn, Vorsitzender der Seniorenakademie „Otto-Brenner“ Hannover

Das was wir heute diskutieren wird im Jahre 2005 nicht mehr diskutiert werden, weil eine große Generationsfeindlichkeit bei den jungen Leuten wächst. Was haben wir falsch gemacht in der Bildungsarbeit?

Auf Grund der Generationsfeindlichkeit, die besteht, stellt sich ja die Frage für uns, wie muss denn in der Tat eine kämpferische Seniorenpolitik aussehen?

Was antworten wir auf diese Frage, wenn die Begriffe unserer politischen Sprache nicht stimmen? Wer ist ein Senior? Was ist der 35-Jährige, der arbeitslos sein wird - bis ans Lebensende – ein Senior? Ist der 90-Jährige Senior? Wer ist denn Senior? Wie bezeichnen wir das alles. Alle die Begriffe stimmen ja gar nicht mehr.



Ich bin ganz beeindruckt von dem Modell der italienischen Gewerkschaften. Hier haben die Senioren eine starke politische Kraft, das wird bei uns gar nicht diskutiert.

Ganz wichtig und zu wenig diskutiert wird die Frage der Kooperation mit anderen seniorenpolitischen Institutionen. Wir in Hannover als Akademie versuchen in engen Kontakt

mit den Gewerkschaften, das gilt auch für die IG Metall, Modelle zu entwickeln. So gibt es z.B. ein Modell „Gewerkschafter im Wohnbereich“. All das sind Dinge, die wir nach vorne treiben müssen.

Gabriella Hinn Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros

Ich möchte hier einen Impuls geben zur Kooperation der Gewerkschaften mit Seniorenverbänden. Sie haben ja schon die Seniorenbeiräte oder – räte genannt. Ich möchte dafür werben, das Seniorenbüros nicht außer Acht zu lassen. Ich denke, die Seniorenbüros können ein wichtiger Partner sein, weil gerade sie so an dieser Schnittstelle zwischen Betrieb, zwischen Kommunen, zwischen Seniorenbeiräten arbeiten und vor Ort präsent sind.

Marlies Strauß stellvertretende Vorsitzende des Bundesseniorenausschusses der HBV

Seit dem letzten Gewerkschaftstag sind wir auch in der Satzung als völlig gleichberechtigte Personengruppe verankert und durften auch ein Mitglied unseres Bundesseniorenausschusses in den Hauptvorstand entsenden.

Ich komme aus Dresden. Wir haben nach der Wende 1990 in fast allen Einzelgewerkschaften fast gleichzeitig mit der Seniorenarbeit begonnen, mit einer sehr aktiven Seniorenarbeit vor Ort. Im Jahre 1994 war dann der Druck der Einzelgewerkschaften so stark, dass sich der Kreisvorstand des DGB veranlasst sah, auf Kreisebene dort einen DGB-Seniorenbeirat zu bilden, in dem alle Einzelgewerkschaften vertreten sind.

Seit 1994 haben wir aber einen offiziellen Vertreter des DGB auch im Seniorenbeirat der Stadt Dresden, einen Kollegen von der ÖTV, der aber für den Seniorenbeirat des DGB zuständig ist.

Darüber hinaus gibt es in Dresden auch noch einen Runden Tisch der Senioren, Vorruheständler und Behinderten und dort gibt es eine enge Kooperation zwischen dem Seniorenbeirat der Stadt, zwischen dem Runden Tisch und dem DGB-Seniorenbeirat

Ortrud Farken DGB-Landesbezirk Nord und Bundesseniorenausschussvorsitzende der GEW

Ich denke, wir können uns das einfach nicht mehr gefallen lassen, dass irgend jemand im DGB sagt, wir machen das mal mit der Rente so und so, wir haben ja vorher alles ausgerechnet. Ich möchte wissen, mit wem von den Älteren irgendeiner gesprochen hat und ob irgend jemand sich darüber Gedanken gemacht hat, wer mit der Rente von 1.000 DM auskommt. Das möchte ich gerne wissen.

Bernd Wittich IG-Medien, gewerkschaftliche Seniorenbildung

Wir können vom DGB verlangen was wir wollen. Es wird nur dann etwas entscheidendes passieren, wenn die Mitgliedsgewerkschaften das nachdrücklich wollen. Das heißt, die Forderung für ein seniorenpolitisches Mandat des DGB sind zunächst an jede einzelne Gewerkschaft zu adressieren.

Jeder Kollege sollte in seiner Gewerkschaft dafür sorgen, dass sein Vorsitzender im DGB fordert, dass der DGB ein seniorenpolitisches Mandat übernimmt und ihm dafür auch Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, so dass er sich ausreichend bewegen kann.

Werner Moritz Seniorenarbeitskreis des DGB-Landesbezirks Berlin

Leider ist es ja so, die gesamte DGB-Arbeit ist relativ personalisiert, sie ist also abhängig von einzelnen Personen. Die Landesvorsitzende, die wir vorher hatten, war grundsätzlich gegen die Senioren. Der jetzige Landeschef ist für die Senioren und damit hat sich für uns das Bild völlig verändert. Das müsste nach meinem Dafürhalten vom Hauptvorstand kanalisiert werden... Wir brauchen auf der DGB-Ebene also eine Struktur, die dann eine Beschlussfähigkeit aller Gewerkschaften über den kurzen Weg erreichen kann. Sonst brauchen wir drei Jahre, um einen Beschluss durchzubekommen und das wollen wir eigentlich verhindern.

Fritz Schirach ÖTV Müncheberg

Wir hatten in Brandenburg einen von der Frau Ministerin Hildebrandt berufenen Landesseniorenbeirat, wo keine Gewerkschafts- und Parteisenioren zugelassen waren. (*Zwischenruf: Das ist in Berlin auch so.*) Wir waren rausgehalten. Durch die Hintertür nach dreijährigem Bemühen haben wir den Landesseniorenbeirat in Abstimmung mit dem Ministerium aufgelöst und haben dort einen Landesseniorenrat neu gebildet.

Die Regierung will oft von uns nur hören, dass die Senioren singen und tanzen, schön abg gespeist werden. In der Sozialpolitik sollen wir nicht so viel mitreden, aber das gerade wollen wir. Und das tun wir eben über den Landesseniorenrat. Jetzt haben wir sechs DGB-Gewerkschaften als Mitglieder in unserem Landesseniorenrat.

Als alte Gewerkschaft ÖTV sind wir ganz schön stark, aber was wir auf Seniorenebene machen, langt ja hinten und vorne nicht. Aber wenn wir es nicht machen würden, würde ja gar nichts passieren...da die Kraft der Einzelgewerkschaft ja oft nicht ausreicht, motivieren wir immer wieder unsere Gewerkschaftskollegen von der ÖTV, auf diesen ganzen örtlichen Ebenen eben mitzuwirken. In der Gemeinsamkeit ist es doch egal, von welcher Gewerkschaft der Kollege oder die Kollegin kommt, oder von welcher Partei oder karitativen Organisation. Letzten Endes betrifft uns das alle gemeinsam und darum habe ich vorhin gesagt, wir müssen einfordern, dass wir ein paar Mittel bekommen, um unsere gewerkschaftliche Bildung fortsetzen zu können, denn das wird überall abgestrichen.

Peter Kätzel ÖTV-Mitglied und Vizepräsident der Volkssolidarität

Wir sollten dem DGB-Bundesvorstand den Vorschlag unterbreiten, eine themenbezogene Zusammenkunft der Vertreter der Seniorenvertretungen der Gewerkschaften und anderer Verbände, die Altenarbeit machen, einmal im Jahr durchzuführen.

Das würde alle die unterstützen, die sagen, im Grunde genommen haben wir alle in unseren Gebieten ähnliche Probleme zu lösen und gemeinsam sind wir stark.

Ulrike Klehm ZWAR e.V. Dortmund

Ich möchte im Rahmen von Kooperation, das ist mein Stichwort, darauf hinweisen, dass so etwas wie Seniorenbüros durchaus Institutionen sind, mit denen es sich lohnt, Kontakt aufzu-

nehmen. Das könnte hilfreich sein im Zusammenhang mit Weiterbildung, Erfahrungen vom Übergang von der Erwachsenenarbeit zur Nichtarbeit und arbeitsfreier Zeit. Ich möchte dazu motivieren, diese Erfahrungen, die in diesen Bereichen bei ZWAR in den letzten 20 Jahren gemacht worden sind, zu nutzen. Eine solche wichtige Erfahrung: In die Diskussion sind **Männer und Frauen gemeinsam einzubeziehen**.

Walter Wenzel IG-Bau Berlin und Vorsitzender des Landesarbeitskreises Senioren in Berlin-Brandenburg

Wenn wir in Berlin unter den DGB-Gewerkschaftern heute zusammen sind, dann hat das die IG Medien in die Welt gesetzt. Sie hat die ersten Einladungen geschrieben zu einem ganz illegalen Treffen, sozusagen. Da standen wir ja nicht in der DGB-Satzung. Wir haben uns eigentlich zum Grundsatz gemacht, einheitliche Konzeptionen und Forderungen aufzustellen. ...Wir versuchen unsere seniorenpolitischen Papiere in die Gewerkschaften zu bringen, damit sie einheitlich zum DGB gehen.

Ich stoße mich an einem Papier zu der Vorbereitung der DGB-Seniorenarbeit. Da steht drin, „die Seniorenarbeit wird von den Hauptamtlichen getragen und vorwiegend von den ehrenamtlichen Gewerkschaftern ausgeführt“. Wenn man damit zum Bundesvorstand geht und sagt, er muss die Senioren tragen, dann sagen sie, das ist zu teuer und es wird abgeschafft.

Wir machen unsere Seniorenarbeit pur ehrenamtlich, wir brauchen nur ab und zu mal einen Brief geschrieben und das war's denn.

Irmgard Scheinemann Landesseniorenvertretung NRW

Ganz egal, ob sie im Seniorenbüro, in der Gewerkschaft, in einem Verein oder sonst irgendwo sind - was möchten die Senioren? **Und zwar möchten die Senioren ihre eigenen Interessen vertreten**. Das ist im Augenblick nicht möglich. Es wird immer noch vom Bundesministerium und Landesministerium bestimmt, was mit den Senioren passiert. D.h. wir werden geführt, jüngere Ministerialbeamte entscheiden, was wir bekommen, was wir nicht bekommen, wie wir zu leben haben. Und da – denke ich – müssen wir gegen angehen. Das können wir nur machen, indem wir eine Bündelung vornehmen. ...So muss der DGB zusammenarbeiten mit der Landesseniorenvertretung. Nur so können wir selbstbestimmt in der Gesellschaft leben. Anders geht es nicht. Nur wenn wir uns zusammenschließen und zwar mit der Bundesseniorenvertretung bzw. der BAGSO, dann haben wir irgendwann Aussicht auf Erfolg. Der DGB kann so mächtig sein wie er will, die Einzelgewerkschaften auch, sie werden nie etwas erreichen, wenn sie nicht die anderen Seniorengruppierungen mit hineinnehmen.

(Zwischenruf von Walter Timpe HBV: Das ist natürlich falsch, das es egal sei, wer Senioren vertritt. Das ist falsch, nur durch die Gewerkschaft kann der Sozialstaat und kann sich im Sozialstaat etwas positiv verändern.)

Walter Timpe HBV Hemmingen/A.

Ich bin für eine Seniorenarbeit des DGB auf Grund der Geschichte des DGB als Mitgestalter des Sozialstaates. Die Gewerkschaften sind besonders verantwortlich. Die Gewerkschafter sind keine Seniorengruppen wie alle anderen auch.

Über diese Einschätzung sind wir uns nicht einig. Wir sehen die Schwierigkeiten, ja, aber unser Weg muss sein, dass wir entsprechend der politischen Situation eine machtvolle Antwort der Gewerkschaften zu allen unsozialen Maßnahmen entwickeln. Das können die anderen nicht.

Karlheinz Deisenroth DGB-Landesbezirk Sachsen und Vorsitzender des Bezirksseniorenausschusses der ÖTV

Wenn hier gesagt wird, die Gewerkschaft ist allein diejenige, die die Interessen von Senioren vertritt, dann ist das meiner Meinung nach falsch. Sondern wir sollten als Gewerkschaft dafür sorgen, dass wir gemeinsam in diesen ganzen Seniorenvertretungen zusammenarbeiten und in einer Richtung arbeiten... Um das zu erreichen sollten wir mehr auf unsere Landesbezirke des DGB einwirken...

Moderator Karl-Heinz Köpke

Ich kann mir auch vorstellen und wünsche, dass ihr nicht nur innerhalb eurer Gewerkschaften die Belange der älteren Kolleginnen und Kollegen transportiert, sondern dass ihr auch eure Gewerkschaftssekretäre und örtlichen Vorsitzenden ermuntert, in die DGB-Kreise und auch in die Landesbezirke hineinzugehen. Das muss von unten her wachsen.

Leo May DAG

Es geht doch darum, dass wir uns bündeln. Ich bin der ständige Vertreter für die DAG in der BAGSO. Es sind 57 Verbände die der Organisation angehören und der Hauptgeldgeber ist das Bundesfamilienministerium und das sollte man anzapfen, um die Dinge zu erreichen, die wir eigentlich wollen.

Marita Nitzsche LAG Aktiv im Vorruhestand in der Chemieregion e.V.

Wir haben Anfang der 90er-Jahre gesagt, wir nehmen unsere Sache jetzt selbst in die Hand. Wir haben eine Landesarbeitsgemeinschaft aktiv im Vorruhestand gebildet die ganz eng mit Gewerkschaften und anderen Institutionen zusammenarbeitet. Wir sind 76 Gruppen, über 3.000 Menschen. Wir sind im Haus der Gewerkschaften drin und bekommen da sehr viel Hilfe.

Moderator Karl-Heinz Köpke

Das Bild gewerkschaftlicher Seniorenarbeit ist außerordentlich vielschichtig, ein sehr, sehr buntes. Es hängt in hohem Maße von der Individualität der einzelnen Persönlichkeiten ab, Es gibt eine ganze beachtliche Kooperation. Nicht nur innerhalb der Gewerkschaften, sondern auch von den Gewerkschaften zu anderen Organisationen. Das ist auch ein Spiegelbild gewerkschaftlicher Seniorenarbeit. Das sind die positiven Punkte.

Ortrud Farken DGB-Landesbezirk Nord

Die Aufgabe der Senioren innerhalb der Gewerkschaften ist, die seniorenspezifischen Belange aus der Rentenpolitik, aus der Gesundheitspolitik, aus der Pflege u.v.a. Bereichen in die Organisation hineinzutragen.

Wir wissen, dass der DGB eben nur die Zunge aller 12 Gewerkschaften ist. Und wenn die Gewerkschaften nicht mitziehen, dann können wir beschließen, „im Himmel ist Jahrmarkt“, es passiert trotzdem nichts. Also müsst ihr auch bitte wenn ihr nach Hause fahrt, hineingehen in eure Gremien ...

Arbeitsgruppenbericht im Plenum

Berichterstatterin Ortrud Farken²



Die Kooperation der Gewerkschaften mit anderen seniorenpolitischen Institutionen und Organisationen ergibt ein so buntes Bild, dass es für die Zusammenfassung nicht möglich ist, alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufzuzählen. Ich will nur einige ganz wichtige nennen. Das ist die Teilnahme an **Altenparlamenten**, das ist die Teilnahme an **Seniorenbeiräten**, das ist die Mitarbeit in **Seniorenbüros**, das ist die **Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften**

...

Überall wird es anders gehandhabt und überall scheint es sehr viel Spaß zu machen, denn jeder hat gesagt, dass das gut ist, was gemeinsam gemacht wird.

Wir waren uns in der Arbeitsgruppe einig darin, dass der DGB zur Lobby der Senioren werden muss, weil eine seiner originären Aufgaben die Sozialpolitik ist.

Es gab **zwei Empfehlungen aus dieser Arbeitsgruppe**.

Und zwar die Empfehlung an die Einzelgewerkschaften, **wenn sie Seniorenausschüsse haben, Mitglied der BAGSO zu werden. Nicht der DGB sollte Mitglied der BAGSO werden, sondern die Einzelgewerkschaften, dann sprechen wir nämlich mit viel mehr Stimmen, als wenn das nur der DGB tun würde.**

Eine zweite Empfehlung:

In den Einzelgewerkschaften, wo es noch keine Ausschüsse der Senioren auf den verschiedenen Ebenen gibt, sollten die Senioren so aktiv werden, dass ihre Gewerkschaften sie auch wirklich zur Kenntnis nehmen, dass sie zu Gewerkschaftstagen delegiert werden, dass sie Stimmrecht haben, dass sie Antragsrecht haben.

Wir sind auch ganz klar der Meinung: Betreuung der Senioren und Seniorenarbeit, wie wir sie im weitesten Sinne auffassen, muss tatsächlich in den Einzelgewerkschaften stattfinden. Die kann niemand in den DGB delegieren. Aber - und auch darin waren wir uns einig -, der DGB muss Seniorenpolitik machen. Er muss sie **nicht für** Senioren machen, **sondern** er muss sie **mit Senioren** machen.

² DGB-Landesbezirk Nord und Vorsitzende des BundesseniorenInnenausschusses der GEW

Arbeitsgruppe 3

Transnationale Seniorenprojekte und Seniorenarbeit

Thesen des Impulsreferates Werner Holzwarth und Klaus Schüller¹

These 1

Das allgemeine Interesse der deutschen Bevölkerung am vereinten Europa ist unzureichend entwickelt.

Wirtschaftliche Existenzängste prägen das Bild der öffentlichen Debatte um das vereinte Europa im Wesentlichen.

Die Frage nach einer stabilen Währung sowie die Besitzstände hinsichtlich der sozialen Sicherungssysteme sowie die Angst um weiteren Sozialabbau würden die Diskussion beherrschen. Weiterer Nährboden für eine distanzierte Haltung für ein vereintes Europa sei das allgemeine Misstrauen zur Politik und die immer deutlicher zu Tage tretende „Ellenbogenmentalität“ in unserer Gesellschaft.

Die bisher veröffentlichte europäische Politik und besondere Ereignisse im europäischen Parlament (z. B. Rücktritt der Europäischen Kommissare) hätten weiteres Misstrauen verbreitet.

These 2

Die Globalisierung - die Vereinigung des Kapitals in Europa - stärken die Angst vor einem Europa des Kapitals.

Die Entwicklung der Mitgliedstaaten, die insgesamt zu „mehr Markt“ und „weniger Staat“ unter den Schlagworten Privatisierung, Globalisierung, Liberalisierung, Deregulierung u. ä. führen, würden die Grundzüge des Wohlfahrtsstaates, die Sicherung der sozialen Sicherungssysteme sowie andere sozialpolitische Themen völlig an den Rand der Politik drängen. Die Sorge, dass der Anspruch auf soziale Sicherung dem Anspruch auf mehr Markt untergeordnet wird, werde immer deutlicher.

Konzernverflechtungen und Fusionen von Kapitalgesellschaften zeigten deutlich, mit welchem rasanten Tempo das Kapital vereinigt und zu zukünftigen Machtzentren für Europa aufgebaut werde. Der im gleichen Zeitraum stattfindende Sozialabbau würde das Gesamtbild komplettieren und die Absicht für ein soziales Europa zumindest in Frage stellen.

These 3

Die internationale Gewerkschaftsarbeit im EGB und bei anderen europäischen Kooperationen werden inhaltlich und strategisch nicht ausreichend wahrgenommen.

Europäische Gewerkschaftspolitik, europäische Gewerkschaftsstrukturen und gewerkschaftspolitische Ziele sind in der Mitgliedschaft der DGB-Gewerkschaften nicht ausreichend bekannt.

¹ Werner Holzwarth IG-Metall Vorstand, Klaus Schüller DGB-Landesbezirk Thüringen

Unter Berücksichtigung der These 1 würde bestätigt, dass selbst bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern der europäische Gedanke nicht ausreichend auf Akzeptanz gestoßen ist. Fehlende Informationen und die allgemein veröffentlichte Meinung würde diese Lücke nicht schließen und weiterhin Unsicherheit begründen.

These 4

Das gewerkschaftspolitische Engagement für ein vereinigtes Europa muss auf allen Organisationsebenen verstärkt und verbindlicher gestaltet werden.

Die Schlussfolgerung aus den Thesen 1 bis 3 könnte nur bedeuten, dass europäische Gewerkschaftspolitik mit klaren Zielen und Strukturen durch bessere Information und breit angelegten Meinungsaustausch deutlicher in das öffentliche Meinungsbild gebracht werden müssten. Dies gelte auf allen Ebenen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und müsse seniorenpolitische Aktivitäten des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften mit einbeziehen.

Erfahrungsaustausche im Rahmen bestehender Organisationsstrukturen seien besonders gefordert. Die Generationserfahrungen müssten dabei besonders eingebracht werden. Dies sei mit internationalen Workshops u.ä. zu erreichen.

Zentrale Kampagnen ohne die Einbeziehung der bereiten Mitgliedschaft auf örtlicher Ebene würden den Ist-Zustand der öffentlichen Meinung nicht bzw. die bestehende Situation nicht wirkungsvoll erfassen.

Im Rahmen der Ortskartell-Arbeit, der Personen- und Mitgliedergruppenarbeit einschließlich der Senioren- und Erwerbslosenarbeit seien deshalb eine Vielzahl von örtlichen Aktivitäten erforderlich und vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften zu unterstützen.

Erfahrungsberichte²

Reinhold Bittner IG-Metall Verw. Stelle Salzgitter Erfahrungsaustausch mit der CFDT³

Ich komme aus der Stadt Salzgitter. Diese Stadt hat Partnerschaften mit Städten in Frankreich, England, Finnland, Russland und in den neuen Bundesländern. Diese Partnerschaften werden vornehmlich gepflegt von Vertretern des Rates, aber auch von Sport-, Musik-, Kultur- und anderen Vereinen.

Ich stellte mir die Frage „warum gibt es keine Kontakte zu Gewerkschaftskollegen in diesen Städten?“ Zumal wir als Rentner mit Sicherheit gemeinsame Probleme mit den Rentnern anderer Länder haben müssten. Ich versuchte, über unsere Stadtverwaltung, eine Adresse in unserer französischen Partnerstadt Creteil ausfindig zu machen. Leider vergebens.

² Die AG 3 wurde von Werner Holzwarth (IG-Metall Vorstand) und Klaus Schüller DGB-Landesbezirk Thüringen (Eisenach) vorbereitet und moderiert. Die Erfahrungsberichte waren Teil der vorbereiteten Impulsmaterialien. Mit ihnen wurde das Ziel verfolgt möglichst durch anschauliche Schilderung der praktischen Arbeit zur Nachahmung anzuregen.

An der AG 3 nahm auch Georges Debunne teil. Das Referat von Georges Debunne und die von der FERPA den TagungsteilnehmerInnen vorliegenden Papiere gingen in die Arbeit der AG 3 ein.

³ Confédération Française Démocratique du Travail, einer der drei großen Gewerkschaftsbünde Frankreichs

Über unsere Vorstandsverwaltung in Frankfurt bekam ich einen Kontakt zur CFDT, einer Organisation die im EGB vertreten ist. Wir haben die CFDT angeschrieben und nachgefragt ob ihre Rentner-Organisation an Gesprächen mit uns interessiert ist. Die Antwort war zu unserer Freude positiv.

Nun begannen die organisatorischen Vorbereitungen. Zu klären war die Unterbringung. Das ist in Frankreich insofern ein kleines Problem, weil die Rentner im Großraum Paris wegen der Mieten sich durchweg keine großen Wohnungen leisten können. So mussten wir eine preiswerte Hotel-Unterkunft beschaffen. Dabei war uns die örtliche CFDT sehr behilflich.

Dann galt es ein Programm auszuarbeiten, das die uns interessierenden Probleme berücksichtigt. Ein Problem war auch die Finanzierung. Von der EU gab es keine Mittel. Auch unsere damalige Ministerin Nolte zeigte sich zugeknöpft. Die Stadt Salzgitter gab einen bescheidenen Zuschuss von 400 DM.

Hier muss ich mich beim Vorstand der IG *Metall* und bei unserer Ortsverwaltung bedanken, die uns mit einem ordentlichen Zuschuss bei unserem Vorhaben unterstützten. Insgesamt mussten wir für die 10-köpfige Delegation ca. 10.000,- DM finanzieren. Das bedeutete, dass jeder Kollege einen Eigenanteil von 300,- DM aufbringen musste.



Die Leiter der beiden Rentner Organisationen, links Kollege Reinhold Bittner (IGM), in der Mitte Kollege Maurice Berthelot (CFDT)
Foto: privat

Von großer Wichtigkeit war ein guter Dolmetscher. Mit dem Dolmetscher steht und fällt die Qualität einer fruchtbaren Diskussion.

Unser Eindruck von diesem ersten Besuch war positiv. Die Kollegen der CFDT haben sich sehr um uns bemüht. Es war selbstverständlich, dass wir sie zu einem Gegenbesuch einluden.

Dieser fand vom 24. Bis 28. April 1995 statt. Auf unserem Programm standen Gespräche über gewerkschaftliche und soziale Probleme. Sehr beeindruckt waren die Kollegen der CFDT über den Besuch unseres Hüttenwerkes. Ein Empfang beim Oberbürgermeister unserer Stadt war ebenfalls eingeplant. Mit einem gemieteten Bus machten wir eine Fahrt in den Harz und besichtigten dort eine Einrichtung der Betriebskrankenkasse, die zum Ziel hatte, Vorruheständler bei einem 3-wöchigen Aufenthalt auf ihren Vorruhestand vorzubereiten. Der Leiter dieser Einrichtung war sehr bemüht, alle Fragen unserer Gäste zu beantworten.

Bedauerlicherweise war es uns erst in diesem Jahr wieder möglich, den französischen Kollegen einen Besuch abzustatten. Das lag zum einen daran, dass unsere Kollegen der CFDT mit Vorbereitungen von Wahlen stark beschäftigt waren, aber auch personelle Probleme hat-

ten, weil es auch in Frankreich schwierig ist, ehrenamtliche Kollegen zu finden, die bereit sind sich zu engagieren.

Nach Klärung der finanziellen Seite starteten wir zu einem Besuch nach Creteil am 02. Mai 1999 und verbrachten 5 Tage bei unseren französischen Freunden. Auch dieses Mal standen interessante Gespräche auf unserem Programm. Auf Grund der Erfahrungen aus den vorangegangenen Besuchen hatten wir dieses Mal eine in Deutschland geborene und dort aufgewachsene Dolmetscherin zur Verfügung, die für eine einwandfreie Übersetzung sorgte.

Es ist nicht einfach eine solche Partnerschaft zu organisieren. Wenn man aber feststellt, dass es viele Gemeinsamkeiten gibt und man bereit ist hierfür einzustehen, lohnt es sich auch mal ein paar Strapazen auf sich zu nehmen. Ich wünsche mir, dass auch auf anderer Ebene die Bereitschaft besteht, solche Verbindungen aufzubauen und sie auszubauen.

Sigrid Gluche

DGB-Bildungswerk Thüringen

Seit 1996 führt das DGB-Bildungswerk Thüringen gemeinsame Seminare mit Kolleginnen und Kollegen des Kreises Ost-Saar zur Thematik "Europa- auch wir kommen, Ältere Menschen in der Europäischen Gemeinschaft" durch. Abwechselnd fanden diese Seminare in Thüringen bzw. im Saarland statt:

1996 in Herbitzheim(Saarland), 1997 in Elgersburg/Thür., 1998 im Rahnenhof/ Rheinland-Pfalz, 1999 in Tabarz/Thür.

Schwerpunkt dieser Seminarreihe war, wie die politischen Interessen der älteren Menschen in Europa berücksichtigt werden.

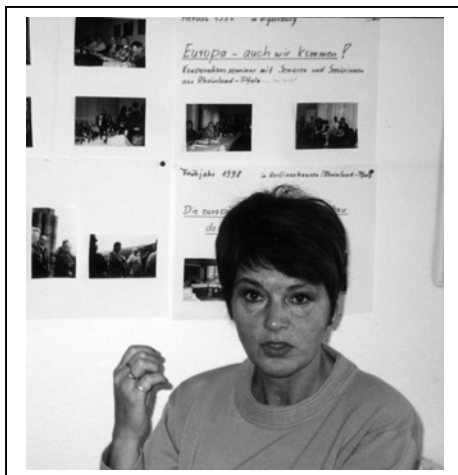


Foto privat

1996 bildete die europäische Integration und der Vergleich der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik und die Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands den Schwerpunkt. Neben der intensiven Arbeit in Arbeitsgruppen zu Fragen der Chancen und Risiken der europäischen Einheit mit Abgeordneten des Europaparlamentes und Vertretern des DGB-Landesbezirkes Saarland, wurden Exkursionen in das Europäische Parlament in Strassbourg, in die Schulungsstätte der Arbeitskammer des Saarlandes in Kirkel und in das grenzüberschreitende Projekt "Europäischer Kulturpark Bliesbrück-Reinheim" durchgeführt.

Ebenso wurde die Bedeutung der Gewerkschaften in Europa diskutiert sowie Fragen der europäischen Betriebsräte, der europäischen Tarifverträge, Mitbestimmung auf Europaebene und ein europäisches Grundgesetz. In Arbeitsgruppen wurde der Frage nachgegangen, wie SeniorInnen des DGB am Aufbau einer europäischen Gemeinschaft nach gewerkschaftlichem Verständnis mitwirken können.

1997 wurde die Thematik in Thüringen fortgesetzt. Dazu wurden eine Vertreterin der Landtagsfraktion der PDS und ein Vertreter der SPD Thüringens im Europäischen Parlament eingeladen. In der Diskussion wurde nachgefragt, wie die Thüringer Abgeordneten sich für die

europäische Integration engagieren, welche Schwerpunkte gesetzt werden, und wie die Interessen der älteren Bürger und Bürgerinnen berücksichtigt werden.

1998 wurde diese Thematik im "Rahnenhof" in Rheinland-Pfalz noch einmal vertieft. Eine Exkursion zum Hambacher Schloss machte noch einmal deutlich, wie schwierig sich der Prozess der deutschen Einheit gestaltete und noch gestaltet.

1999 wurde der Wunsch der TeilnehmerInnen der bisherigen Seminare aufgegriffen, sich mit der Problematik "Ältere Menschen in der EU" grenzüberschreitend zu beschäftigen. Mit Unterstützung der saarländischen KollegInnen ist es gelungen, französische Kollegen aus Lothringen mit einzubeziehen. Dabei wurde 1999 die Thematik des UNO-Jahres "Eine Gesellschaft für alle Lebensalter" aufgegriffen. Die französischen Kollegen sprachen zum französischen Sozialsystem, zur Entwicklung und Struktur der französischen Gewerkschaften, zu arbeitsmarktpolitischen Problemen der Grenzregionen und zur praktischen Gewerkschaftsarbeit mit SeniorInnen. Diese Schwerpunkte wurden in Arbeitsgruppen, aber auch im Plenum diskutiert. Für die Thüringer KollegInnen und Kollegen war sehr interessant zu erfahren, dass viele Probleme Frankreichs den deutschen Problemen gleichen hinsichtlich der Stellung der Älteren in der Gesellschaft und auch in den Gewerkschaften, der Vorbereitung auf den Ruhestand sowie die Möglichkeiten der aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Im Ergebnis der Diskussion wurde von allen TeilnehmerInnen die Schlussfolgerung gezogen, dass die persönliche Aktivität in den Gewerkschaften und das gesellschaftliche Engagement eines jeden Einzelnen die Voraussetzung ist, in der Gesellschaft wahrgenommen und anerkannt zu werden und die eigene Interessen auch durchzusetzen.

Als sehr problematisch erwies sich die Finanzierung dieser Veranstaltungsreihe. Die Mittel, die nach dem Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz zur Verfügung gestellt werden, sind zu gering. Das DGB-Bildungswerk ist dabei immer auf die Unterstützung der Gewerkschaften bzw. auf weitere Fördermittel angewiesen. Das Seminar mit den französischen Kollegen konnte nur mit Unterstützung der IG-Metall stattfinden.

Arbeitsgruppenbericht im Plenum

Berichterstatter Werner Holzwarth

Wir haben die Diskussionsbeiträge in sechs Schwerpunkten zusammengefasst.

1. Das nationale Verhältnis und die nationale Akzeptanz ist Voraussetzung dafür, dass wir uns international wirkungsvoll einbringen müssen. Wir haben also noch einiges an Hausaufgaben zu machen.
2. Auch Seniorenarbeit bedarf zentraler Unterstützung und einer zentralen Organisation. Dies gilt insbesondere, wenn wir international wirksam werden wollen.
3. Wir brauchen Kooperationspartner im nationalen wie auch im internationalen Bereich, um mit unseren Forderungen durchzukommen. Im Besonderen fällt uns dabei auf, dass wir die Zusammenarbeit mit FERPA suchen und uns in diesem Verband mit einbringen wollen mit unseren speziellen Forderungen.
4. Regionale und örtliche Projekte - davon wurden uns zwei vorgestellt. Sie sollten weiter unterstützt werden und neue Projekte auslösen. Es handelt sich dabei um Seminare und Erfahrungsaustausche von Seniorengruppen aus der Bundesrepublik und aus Frankreich, um Lebens- und Gewerkschaftserfahrung auszutauschen und von einander zu lernen, aber auch um persönliche Kontakte zu knüpfen, um - wie man so schön sagt - den emotionalen Bereich nicht an Landesgrenzen aufhören zu lassen.
5. Aktive Kollegen von Arbeit und Leben machten uns darauf aufmerksam, dass es offensichtlich in der Bundesrepublik Deutschland sehr viel Quellen gibt, von denen man vor allem finanzielle Unterstützung für solche Projekte erhalten kann. Jedoch die meisten von uns wissen gar nichts davon oder zumindest, so wurde in der Arbeitsgruppe berichtet, werden solche Möglichkeiten sehr wenig in Anspruch genommen. Das ist natürlich sehr bedauerlich.
Ich muss sagen, mich hat es ein wenig geärgert. Die IG Metall gehört wahrscheinlich zu den Einzelgewerkschaften, die mit finanziellen Unterstützungsleistungen, auch im DGB-Bereich, besonders großzügig sind. Wir müssen unser gewerkschaftlichen Seniorenarbeit auch solche Geldquellen erschließen. Denn viele seniorenpolitische Aktivitäten kommen deshalb nicht zu Stande oder was noch ärgerlicher ist, scheitern daran, dass eben die notwendige materielle Unterstützung nicht vorhanden ist. Dazu müssen wir uns gründliche Gedanken machen.
6. Vielleicht ist es uns möglich im Rahmen unserer Arbeit im Seniorenarbeitskreis beim DGB Bundesvorstand, einen solchen Katalog der Fördermöglichkeiten erarbeiten zu lassen, so dass dann jeder sich informieren kann, von welchen Quellen welche Maßnahmen finanziell unterstützt werden. Wir sollten unbedingt - und das gilt sicherlich nicht nur für die internationalen Kontakte und die Gewerkschaftsarbeit, sondern insgesamt für unsere Seniorenarbeit - unsere Arbeitsergebnisse transparenter machen. So kann die Öffentlichkeit von uns lernen und mehr erfahren.

BLITZLICHTER AUS DER DISKUSSION AM NACHMITTAG

Jürgen Käding IG-Medien Berlin Tagungsmoderation



Es gibt einen Beschluss des Bundesvorstandes. Dort heißt es: Seniorenarbeit ist Sache der Einzelgewerkschaften. Der DGB kann, wenn Bedarf besteht, bis zur Kreisebene zeitweilig koordinierende Funktionen wahrnehmen. Dieser Beschluss wird nun mittlerweile im Januar 5 Jahre alt.

Werner Holzwarth Vorstand IG-Metall Frankfurt/Main

Ich glaube, wir sind uns einig darüber, der Vorstand des DGB kann beschließen was er will. Es wird sich nichts bewegen, wenn die Mitgliedschaft nicht mitmacht. Wenn wir dies aus unserer langjährigen Erfahrung so wissen, dann frage ich mich, warum wir darauf warten, dass endlich der Vorstand etwas beschließt. So. Und wenn wir sagen, wir sollten was tun, dann sollten wir nicht so tun, als müssten wir einen Vorstand bilden, um selber zu entscheiden und dann wird die Mitgliedschaft schon.

Zentrale Beschlüsse bewirken nichts in einer Massenorganisation. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Ich denke aber, wir wollen im Prinzip alle dasselbe. Wir machen nur einen kleinen organisatorischen Fehler, weil uns da möglicherweise auch die Zeit überholt. Ihr könnt alle Einzelgewerkschaften anschauen, einschließlich den DGB, der eine Strukturreform durchführt. Und das machen alle. Die lösen ihre Strukturen auf - sie fassen sie nicht enger zusammen, sondern sie lösen sie auf, um **unser Grundrecht zu ermöglichen, nämlich eine differenzierte und aktivere Beteiligung breiter Mitgliedschaften**. Das Zurückziehen in Ausschüsse, um zu beraten und zu beschließen und zu warten, dass andere das umsetzen, das findet nicht mehr statt, weil es nicht funktioniert. Es hat sich überholt. **Wir leben in einer Gesellschaft, die hält nichts mehr von Anordnungen und Anweisungen, sondern wir leben in einer Gesellschaft, wo Beteiligungsrechte gefragt sind.**

Deshalb plädiere ich mit allem Nachdruck: **Was wir brauchen für unsere Seniorenarbeit sind verbindliche Beteiligungsstrukturen auf allen Organisationsebenen**. Aber das ist etwas anderes wie Ausschüsse. Verbindliche Beteiligungsstrukturen heißt für mich **beim Bundesvorstand des DGB einen verpflichtenden Ansprechpartner, der beauftragt ist, seniorenpolitische Initiativen in die Wege zu leiten**. Initiativen der Einzelgewerkschaften zu koordinieren, zu veröffentlichen, voranzutreiben, zu unterstützen und vieles mehr noch.

Das ist eine, zwei oder drei Personen. Im letzten Jahr hat das die Sabine Acker hervorragend gelöst. Jetzt geht es kurzfristig darum, diese Planstelle für die Seniorenarbeit des DGB zu sichern.

Zweitens - was **wir brauchen, ist eine verbindliche Struktur in den Landesbezirken**. Sie müssen arbeitsmäßig verpflichtet werden, sich konkret um die seniorenpolitische Arbeit in den Landesbezirken zu kümmern, **d.h. koordinieren, initiieren und aktiv werden**. Dafür müssen Ansprechpartner da sein, und dazu gehört auch auf Landesbezirksebene ein Arbeitskreis - kein Ausschuss, sondern ein Arbeitskreis, wo auch die Einzelgewerkschaften verpflichtet sind.

Und drittens gilt das auch auf örtlicher Ebene: Genau dieselbe Struktur - wir brauchen Arbeitskreise, wo die Einzelgewerkschaften verpflichtet sind, mitzumachen, voranzutreiben, damit wir als Gewerkschafter vor Ort mit einer Stimme reden und nicht jeder sich selbst überlassen bleibt.

Die Kampagne "Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" wäre keiner Einzelgewerkschaft allein gelungen. Sie war nur möglich, weil wir uns dort zusammengebunden haben und so zu hervorragenden Demonstrationen und Veranstaltungen gekommen sind. Ich denke, der Unterschied muss uns deutlich werden. Ein Ausschuss mit Stimmrecht ist nötig.

Ich kenne keinen Beschluss einer einzelnen Gewerkschaft, die gewerkschaftliche Aktivitäten von Senioren verhindert hätte - wenn sie gemacht werden wollen.

Wir brauchen Initiativen, die dann auch unterstützt werden und das geht nicht nur durch Beschlüsse, sondern durch praktische Arbeit und deshalb brauchen wir die verbindlichen Ansprechpartner.

Peter Fußhofen DGB-Seniorenarbeitskreis Düsseldorf

Es ist mir persönlich zu wenig, dass wir uns darum bemühen, Senioren für unsere Arbeit zu gewinnen. Wir müssten vielmehr vorher Gewerkschaftsmitglieder nicht erst ins Leere laufen lassen und dann hinterher sausen und sagen "nun komm mal wieder". Es muss darauf hingewiesen werden, „wenn du aus dem Arbeitsleben ausscheidest, geht deine Arbeit für die Gewerkschaft im Seniorenkreis weiter“. Das ist die Arbeit, die die Einzelgewerkschaften nicht genügend machen.

Ein Kollege aus dem Seniorenarbeitskreis beim DGB-Bundesvorstand

Wir haben in die Satzung - ich war dabei - in Dresden die Seniorenarbeit mit in den Aufgabenbereich der Satzung hineinnehmen müssen. Der sich daraus ergebenden Verpflichtung ist der Bundesvorstand bis heute nicht nachgekommen.

Die Frage ist, wie wir jetzt unser Ansinnen durchsetzen wollen. Da stellt sich doch die Frage wie sind wir denn überhaupt als Delegierte auf dem Kongress vertreten, wo ist denn unsere Macht und haben wir die Möglichkeit etwas umsetzen zu können. Das ist doch die Grundfrage, die wir sehen müssen. Wir haben im Augenblick keine andere Möglichkeit, als dem Bundesvorstand aus dieser Konferenz in die Pflicht zu nehmen und ihm zu sagen, jetzt wird es höchste Zeit, dass du dich rüsperst, was du mit der Satzungsvorlage aus Dresden machst.

Wir erwarten, dass die Kollegin die jetzt befristet für die Koordinierung der Seniorenpolitik beim DGB-BV tätig ist, weiter tätig sein kann. Das können wir doch auch nur durch Beschluss regeln. Das ist eine vorrangige Sache für uns, die wir von dieser Konferenz zwingend fordern müssen.

Einwurf des Moderators Jürgen Käding

Wenn man sagt der DGB setzt die Satzungsänderung von Dresden nicht um, dann ist einzuwenden: Die Satzungsänderung lautet nur: „Der DGB vertritt unsere Interessen.“ Dem kann der DGB entgegenhalten, das er zu jeder Rentenfrage Stellung bezieht.

Sepp Sigulla DGB-Landesbezirk Hessen Maital

Zukünftig müssten durchgängig Arbeitskreise auf den drei Ebenen: Bundesvorstand, Landesbezirk und Kreise wirken. So ist durchzusetzen, das der DGB auch für die Seniorenarbeit, die überwiegend ehrenamtlich geleistet wird, die organisatorischen Möglichkeiten schafft und auch die notwendigen Finanzen zur Verfügung stellt.

Wir müssen aber auch die Mitgliedsgewerkschaften in den Arbeitskreisen verpflichten. Das ist gut gesagt, aber ich glaube, das ist ein hartes Stück Arbeit, dass wir endlich Ordnung rein bringen in die Seniorenarbeit. Denn bei politischen Aktivitäten kommt es doch darauf an, dass wir zusammenarbeiten - die Mitgliedsgewerkschaften und der DGB. Und davon sind wir noch sehr weit entfernt.

Im weiteren Verlauf stellten die drei Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse zur Diskussion.

Sepp Golbach DGB-Seniorenarbeitskreis München und Seniorenarbeitskreis beim DGB-Bundesvorstand



Wenn wir die ganze Diskussion zusammenfassen wollen, dann kommen wir doch zu einem gemeinsamen Schluss. Den möchte ich in Form eines Antrages hier vorbringen.

Ich schlage vor, dass die Teilnehmer dieser 1. Seniorenpolitischen Fachtagung des DGB-Bundesvorstandes folgende Willensbekundung verabschieden:

"Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert,

- 1. dem Europäischen Verband für Rentner und alten Menschen (FERPA) als Mitglied beizutreten und**
- 2. sobald als möglich eine organisationspolitische Arbeitstagung zur Seniorenpolitik im DGB durchzuführen, um verbindliche Beteiligungsstrukturen auf allen organisatorischen Ebenen festzulegen."**

Ich bitte um Zustimmung. (Applaus)

Moderator Jürgen Käding

Jetzt habe ich ein verfahrenstechnisches Problem. Wir sind kein Beschlussorgan. Wir sind eine Fachtagung. Und wir sollten nicht so die Hoffnung erwecken, wir bräuchten nur beschließen und dann können wir unsere Kollegen im Vorstand zwingen. Das sind falsche Hoffnungen. (Zwischenrufe) Also, wir haben außer dem Antrag vom Sepp Golbach noch eine Resolution vorbereitet.

Zur Geschäftsordnung Werner Holzwarth IG-Metall Vorstand

Die Tagesordnung sieht vor, dass wir ein Resümee von dieser Fachtagung ziehen.

Diese Aufgabe hat der zentrale Arbeitskreis für Seniorenarbeit beim Bundesvorstand des DGB mir zugedacht. Deshalb stehe ich noch auf der Tagesordnung.

In dieser Zusammenfassung hätte ich euch eine EntschlieÙung zur Empfehlung gegeben, wo aus unserer Sicht alles drinsteht, was wir eigentlich meinen.

Wir können eine Empfehlung aussprechen an den DGB-Bundesvorstand. Wenn ihr damit einverstanden seid, würde ich das jetzt vorwegnehmen, damit die Spannung hier rauskommt und möglicherweise auch ein paar Missverständnisse.



Von Werner Holzwarth wird die vorbereitete¹ EntschlieÙung verlesen:

EntschlieÙung

der 1. Seniorenpolitischen Fachtagung des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 14. Oktober 1999 in Düsseldorf

Die TeilnehmerInnen der 1. Seniorenpolitischen Fachtagung des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 14. Oktober 1999 begrüÙen ausdrücklich die im Rahmen des Internationalen Jahres der Senioren eingeleiteten und stattgefundenen Aktivitäten zur Seniorenpolitik.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vereinigt mehr als 1,8 Millionen Seniorinnen und Senioren. Die Lebensbedingungen sowie die Situation älterer Menschen in unserer Gesellschaft verlangt eine konsequent organisierte gewerkschaftliche Interessenvertretung in allen Bereichen.

Die TeilnehmerInnen der 1. Seniorenpolitischen Fachtagung des DGB-Bundesvorstandes gehen davon aus, dass beim Vorstand des DGB auch zukünftig die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen weiterhin zur Verfügung gestellt sind, um die begonnenen Aktivitäten weiterführen zu können.

Die "*Wismarer Erklärung*"² wird grundsätzlich begrüÙt. Die TeilnehmerInnen der Fachtagung sind jedoch der Auffassung, dass im Rahmen der Umstrukturierung des DGB

¹ im Auftrage des Seniorenarbeitskreises beim DGB-Bundesvorstand

² In der Dokumentation dieses Tagungsbandes enthalten.

keine zusätzlichen Strukturen für die Seniorenpolitik notwendig sind, jedoch klare Kompetenz- und Aufgabenbereiche sowie verbindliche Ansprechpartner vor Ort, in den Landesbezirken und beim Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes erforderlich sind.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund muss mit einer gesellschaftspolitischen Offensive unter Beteiligung aller Mitglieder und dabei auch im Besonderen die Belange und Erwartungen der älteren Mitglieder aufgreifen und vertreten. Dazu gehören insbesondere

- die Erneuerung des Generationenvertrages,
- eine sozial gerechte Rentenreform, die zukünftig am Nettoeinkommen der Erwerbstätigen verbindlich ausgerichtet ist,
- die Angleichung der Ost-Rentenwerte" zum "Westniveau" der Rentenwerte,
- die Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im Rahmen der sozialen Wohnungsbauförderung,
- die Erhaltung und Schaffung von Pflegeeinrichtungen, in denen die Würde der Menschen geachtet wird.

Die TeilnehmerInnen sind überzeugt, dass hierfür das Engagement der älteren Mitglieder im DGB zu gewinnen ist und dadurch die Kompetenz und Verantwortlichkeit des DGB sichtbar gemacht wird.

Hans-Joachim Adams GdP-Bundesvorstand Hilden

Die Strukturen für die Seniorenarbeit müssten idealerweise etwa so laufen, wie wir das in der GdP seit 1987 satzungsgemäß gemacht haben. Da haben wir nämlich in der Tat die demokratische Legitimation unserer Seniorenarbeit vom Kopf auf die Füße gestellt - es geht nämlich von unten nach oben - und unser Vorsitzender der Seniorengruppe ist geborenes Mitglied im Bundesvorstand mit Sitz und Stimme. Und so kann man das auch nur lösen.

Wenn wir Seniorenpolitik betreiben wollen mit einer demokratischen Legitimation derjenigen, die es betrifft, nämlich diejenigen, die Senioren sind, dann können wir das nur mit den Senioren machen und nicht für die Senioren.

Fritz Schirach ÖTV Müncheberg

Wir dürfen nicht auf den DGB schimpfen. Wir müssen unseren Häuptlingen in den Hintern treten - das ist das Problem, das sagen wir ja schon seit Jahren. Dort müssen wir noch viel mehr tun. Senioren in der DGB-Satzung nur unter Punkt 3j - das hat mich nie befriedigt!

Walter Timpe HBV Hemmingen/A.

Wir haben die 1. Seniorenpolitische Fachtagung hinter uns, haben viele interessante Hinweise bekommen, insbesondere hat der Kollege Wolf uns deutlich gemacht, wie sich die Senioren in der Gesellschaft in den letzten Jahren entwickelt haben, dabei spielt die Entwicklung der Senioren in unseren Gewerkschaften und im DGB eine wesentliche Rolle.

Ich bin dafür, dass wir deutlich machen, dass sich unsere seniorenpolitische Arbeit unterscheidet von den hundert anderen Seniorengruppen und -grüppchen, die es in der Bundesrepublik gibt. In unserer Arbeitsgruppe (AG 2) war das Bedürfnis nach Zusam-

menarbeit relativ stark. Ich bin für Zusammenarbeit, aber unter der Bedingung, dass wir unseren eigenen Standpunkt, unsere eigene Aufgabe dabei stärker berücksichtigen.

Meiner Auffassung nach - das kam in unserer Arbeitsgruppe zum Ausdruck - ist der Weg zur Verbesserung der Seniorenarbeit der, dass wir in den Einzelgewerkschaften die Voraussetzungen schaffen, dass eine normale, eine positive Seniorenarbeit stattfindet und von diesem Weg aus unseren Druck auf den DGB zur Seniorenarbeit verstärken. Ich bin seit der Gründung der HBV dabei und habe diesen ganzen Weg mitgemacht. Es war ein langer und schwieriger Weg, die Kollegen, die noch im Betrieb stehen, davon zu überzeugen, dass Seniorenarbeit ein wichtiger Faktor ist.

Erst als man aus dem Betrieb herauskam, sahen wir ein, das **viele Probleme, die unmittelbar die Senioren betreffen - insbesondere Sozialpolitik usw. -, nicht von der ganzen Gewerkschaft so ernst genommen werden wie von den Senioren.**

Erst von dem Zeitpunkt an haben wir innerhalb der HBV - das war Ende der 70, Anfang der 80er-Jahre - eine systematische Seniorenpolitik betrieben, die sich bis jetzt auf dem letzten Gewerkschaftstag so entwickelt hat, dass wir als Seniorengruppe stabil in der Gewerkschaft verankert sind, dass wir einen Abgeordneten oder einen Vertreter in den Bundesvorstand gewählt haben und gleichberechtigt mit den anderen Personengruppen sind. **Wir können natürlich jetzt viel besser auf den DGB einwirken, wenn wir in unserer Gewerkschaft die Seniorenarbeit entwickelt haben. Das ist ein Weg, der wahrscheinlich von den anderen Gewerkschaften ebenfalls besritten werden muss.**

Heinz Peltz IG-Medien Essen

Wir haben den Vorschlag des Kollegen Sepp Golbach, der mir im Prinzip gefallen hat. Ich bin eigentlich nicht der Auffassung, dass wir wieder umfangreiche Entschließungen loslassen sollten. Wenn es richtig ist, was wir allerorts hören, dass die Gewerkschaften die Seniorinnen und Senioren zur Mitarbeit aufrufen, dann ist das, was hier vorgeschlagen wurde und zum Antrag erklärt worden ist, das Minimum dessen, was wir auf den Weg bringen sollen und darum bitte ich jetzt.³

³ Anmerkung der Redaktion: Im Tagungsverlauf zeigte sich, dass die organisationspolitischen Konsequenzen für eine aktiver Seniorenpolitik im DGB und den Einzelgewerkschaften der weiteren Erörterung bedürfen. Die im **Vorschlag des Seniorenarbeitskreises beim Bundesvorstand des DGB** (hier vorgetragen von Werner Holzwarth) enthaltenen Fragestellungen zu den organisationspolitischen Voraussetzungen eines breiten gesellschaftspolitischen Engagements, zu einer effizienteren gewerkschaftlichen seniorenpolitischen Interessenvertretung dürften auf der geforderten Arbeitstagung eine wesentliche Rolle spielen. Einerseits geht es dabei um die Ermöglichung der vollen Integration der SeniorInnen in die Gewerkschaftspolitik, andererseits aber auch um einen organisationspolitischen Weg, der freiwilliges Engagement der SeniorInnen im DGB und den Mitgliedsgewerkschaften befördert.

Ortrud Farken (DGB-Landesbezirk Nord) beschrieb die Problematik so: „Wir sind uns über den Weg genauso wenig einig, wie das hier in der Versammlung war. Es gab die Überlegung, Arbeitskreise des DGB auf Kreis-, Landesbezirks- und Bundesebene zu bilden. Meine ganz persönliche Meinung zu Arbeitskreisen ist die: Man beruft sie ein, um bestimmte Aufgaben erfüllen zu wollen und dann löst man sie auch wieder auf. Sie haben keinerlei Recht Beschlüsse zu fassen und diese Beschlüsse in irgendwelche Gremien einzubringen. Die andere Variante ist, eben doch Ausschüsse zu bilden. Das, was der Kollege Holzwarth sagte, hörte sich toll an. Allein mir fehlt der Glaube, dass so etwas auch wird.“

Der Moderator Jürgen Käding verliest nochmals den Entwurf der Willensbekundung, vorgeschlagen von Sepp Golbach

"Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert,

3. dem Europäischen Verband für Rentner und alten Menschen (FERPA) als Mitglied beizutreten⁴ und
4. sobald als möglich eine organisationspolitische Arbeitstagung zur Seniorenpolitik im DGB durchzuführen, um verbindliche Beteiligungsstrukturen auf allen organisatorischen Ebenen festzulegen.“

Die Willensbekundung wurde gegen drei Stimmen verabschiedet.

⁴ In der Dokumentation des Tagungsbandes Näheres zu den politischen Forderungen der FERPA

Dokumentation

Die Grundlagen für eine DGB-Seniorenpolitik sind festgelegt in

- der **Satzung des DGB von 1998**. Dort heißt es unter § 2, Ziffer 3g:

„Politische Aufgaben des Bundes sind ... die Vertretung und Koordinierung der gemeinsamen Interessen, insbesondere ... die Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben der Gewerkschaften für die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, die Frauen, die Jugend und die Seniorinnen und Senioren...“

- im **DGB-Grundsatzprogramm von 1996**. Dort heißt es wie folgt:

S. 3, unter: **Unsere Zukunft - Aufforderung zur Mitarbeit:**
"Gewerkschaften vertreten die Interessen der Menschen, die im Arbeitsleben stehen, die eine Ausbildung und Arbeit anstreben, arbeitslos oder im Ruhestand sind".

S. 35, unter: **V. Die Zukunft der Gewerkschaften. 1. Vielfalt in der Einheit verwirklichen:**
"... Wir wollen stärker die Interessen von Arbeitslosen, Vorruheständlerinnen und Vorruheständlern sowie Seniorinnen und Senioren aufgreifen und entsprechende Angebote zur Mitarbeit entwickeln".

- in der Aufgabenskizze: **Zentrale Aufgabenstellungen der Ebenen des Deutschen Gewerkschaftsbundes** (Stand: Juli 1999):

Unter Punkt 1 .3. Sozialstaatspolitik, wird u.a. die Sozialpolitik und ihre Handlungsfelder (einschließlich der Seniorenpolitik) als eine der Aufgaben des DGB-Bundesvorstandes definiert.

WISMARER ERKLÄRUNG ZUR SENIORENPOLITIK DES DGB

Beschlossenes Meinungsbild¹ der norddeutschen Seniorenkonferenz des DGB-Landesbezirks Nord am B. Juli 1999 in Wismar

1. Der DGB hat nach der 1996 beschlossenen Ergänzung der DGB-Satzung den Auftrag, auch die Seniorenpolitik als gemeinsame Aufgabe der Gewerkschaften koordinierend wahrzunehmen. Er ist damit die übergeordnete seniorenpolitische Interessenvertretung der in den DGB-Gewerkschaften organisierten Seniorinnen und Senioren.
2. Mit dieser gewichtigen Aufgabe stärkt der DGB seine sozialpolitische Kompetenz. Während die allgemeine Betreuung und die Einbeziehung der älteren Mitglieder in das Organisationsleben Aufgabe der einzelnen Gewerkschaften bleibt, erwarten die Seniorinnen und Senioren in den DGB-Mitgliedsgewerkschaften gerade im sozialpolitischen Bereich ein **einheitliches Auftreten** in der Öffentlichkeit, ebenso gegenüber den staatlichen Institutionen und Parteien. Dies würde die Durchsetzungsfähigkeit gewerkschaftlicher Seniorenpolitik wesentlich steigern.
3. Der in der Satzung verankerte Auftrag an den DGB, die gewerkschaftliche Seniorenpolitik koordinierend wahrzunehmen, erfordert entsprechende wirksame Koordinations- und Meinungsbildungsstrukturen, ausgehend von den DGB-Kreisen/Regionen bis zur Bundesebene, damit aus der Willensbildung in den Seniorenbereichen der einzelnen Gewerkschaften gemeinsame seniorenpolitische Vorstellungen und Forderungen entstehen.
4. Um dies zu gewährleisten, ist folgendes erforderlich:
 - In den DGB-Kreisen/Regionen werden **DGB-Regionalvertretungen für Seniorenpolitik** (Senioren-Ausschüsse) gebildet, zu denen die einzelnen Gewerkschaften je zwei Vertreter/innen entsenden.
 - Auf Landesbezirksebene wird eine **DGB-Landesvertretung für Seniorenpolitik** (Landesseniorenausschuss) gebildet, in die die Regionalvertretungen sowie die einzelnen Gewerkschaften je eine/n Vertreter/in entsenden.
 - Die Leitungen dieser Landesvertretungen bilden gemeinsam mit je einem/r Vertreter/in der einzelnen Gewerkschaften die **DGB-Bundesvertretung für Seniorenpolitik** (Bundessenioren-Ausschuss). Sie ist Sprachrohr gegenüber dem DGB-Bundesvorstand, der seinerseits die seniorenpolitische Interessenvertretung gegenüber Parteien, Institutionen und Öffentlichkeit wahrnimmt.
 - Bestehende DGB-Senioren-Ausschüsse, -Arbeitskreise und einbetragene Vereine, die im und für den DGB seniorenpolitisch tätig sind, werden in die aufzubauende seniorenpolitische DGB-Struktur integriert.
 - Die Vertretungen auf den verschiedenen Ebenen erhalten Antrags- und Beratungsrecht in den jeweiligen DGB-Vorstandsgremien.

¹ Dieses Meinungsbild ist eine Zusammenfassung der Beschlüsse auf der Grundlage der zwei eingebrachten Beratungsunterlagen, die der Konferenz vorlagen.

Diese Maßnahmen sind Voraussetzungen für die Umsetzung des Satzungsauftrags und damit Grundlage der einheitlichen seniorenpolitischen Interessenvertretung durch den DGB.

Die norddeutsche Seniorenkonferenz`99 des DGB-Landesbezirks Nord erwartet, vom DGB-Bundesvorstand, diese Erklärung in die Beratungen der Bundesseniorenkonferenz des DGB im Oktober `99 einzubeziehen.



FERPA

Secrétariat
Jessica Montiel
Tel: +3222240442
Fax : +3222240454/55
E-mail : jmontiel@etuc.org

Georges DEBUNNE
Präsident
Luigina DE SANTIS
Secrétaire Générale

FÜR EINE SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPÄISCHE UNION DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN

1. Grundsätze und Grundwerte der FERPA

Eine wirkliche Demokratie bedeutet die Organisation einer demokratischen Gesellschaft in allen Bereichen und auf allen Ebenen: Politik, Wirtschaft, Soziales, Kultur .

Sie stützt sich auf die Freiheit, die Gleichheit und die Solidarität. Sie lehnt jede Diktatur und jeden Fundamentalismus, jeden Nationalismus sowie jede Diskriminierung ab. Die Verteidigung des Friedens ist vorrangig für die Menschheit.

Das europäische Sozialmodell stützt sich auf:

- mehr Gerechtigkeit durch eine gerechtere Aufteilung des Wohlstands, um die schockierenden Ungleichheiten zu verringern und die Armut zu beseitigen; die Gewährleistung einer Mindestrente und eines Mindesteinkommens;
- die Organisation eines Sozialschutzes ohne *Ausgrenzung*, der die Gesundheitspflege und eine *Wohnung für alle* gewährleistet;
- die Teilnahme aller am demokratischen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozess;
- die Organisation einer solidarischen Gesellschaft, die schützt, emanzipiert und allen Bürger(innen)n ohne Ausnahme dient;
- die Verwirklichung des Einzelnen, die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Lebensqualität;
- die Anerkennung individueller und kollektiver Rechte; harmonische Lebensbedingungen zwischen Privatleben, Familie und Berufsleben;
- Gleichberechtigung ohne Diskriminierung im Bereich der Bildung, Ausbildung, der Erziehung, der Beschäftigung und der Gesundheit;
- harmonische Lebensbedingungen zwischen dem Einzelnen und der Natur durch eine Umweltpolitik, die die Umwelt und die Gesundheit schützt und verbessert und die das Leben und die Zukunft der zukünftigen Generationen gewährleistet.

Sie fordert außerdem die Aufnahme der grundlegenden Menschenrechte in den Vertrag

- bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale Rechte
- die Gewährleistung einer gesunden Umwelt für die Zukunft

2. EUROPA UND DIE GLOBALISIERUNG

Die Globalisierung der Märkte steht immer mehr im Zentrum des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Die multinationalen Unternehmen und Banken und die Finanzmärkte nehmen einen zentralen und beherrschenden Platz in einem Prozess ein, der durch die Freizügigkeit und die Konzentration des Kapitals und das ausschließliche Streben nach Gewinn gekennzeichnet ist. Die "Bedürfnisse" der globalisierten Wirtschaft werden ständig von denjenigen als Alibi herangezogen, die die Arbeitnehmerrechte zurückschrauben und die sozialen und Arbeitsnormen senken wollen.

Wenn sich die Globalisierung auf der gegenwärtigen Basis fortsetzt, wird die demokratische Regierungsform immer mehr in Frage gestellt, die Umweltressourcen werden auf Kosten der zukünftigen Generationen ausgebeutet, die Sozial- und Arbeitsnormen werden in Frage gestellt - was die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu einem Wettrennen in den Abgrund taumeln lässt.

Die Beherrschung der Globalisierung durch ein Regelwerk und eine eigenständige Politik, um diesen Prozess im Interesse der gesamten Menschheit umzukehren, ist unerlässlich. Wir müssen dieser Diktatur der Finanzwelt, die durch wenige Personen beherrscht wird, ein Ende setzen, indem wir die schädlichen Auswirkungen der Liberalisierung der Märkte durch konkrete Regeln begrenzen.

Damit Europa mit einer Stimme sprechen kann und bei der Ausarbeitung von Regeln für die Weltwirtschaft eine gleichberechtigte Rolle spielen kann - die seinem wirtschaftlichen Gewicht entspricht - ist es erforderlich, dass Europa die individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten effektiv anerkennt und Regeln entwickelt, um den Wirtschaftsliberalismus zu bremsen.

Die Europäische Union muss ebenfalls mit einer Stimme sprechen und konsequent handeln, um die Sicherheit in Europa und in der Welt zu sichern. Die Ereignisse in Ex-Jugoslawien zeigen, dass die Europäische Union einen viel größeren Zusammenhalt benötigt.

Der Euro ist kein Selbstzweck

Die Entscheidung, eine Einheitswährung zu schaffen, die seit dem 1. Januar 1999 eine Realität ist, zielt ab auf die Geldwertstabilität und hat das Ziel, Währungsturbulenzen zu verhindern. Die Währungsunion ist sicherlich ein wichtiges politisches Ereignis. Sie ist jedoch kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, das dem Wachstum und der Beschäftigung dienen muss, indem die Maßnahmen koordiniert werden, die die Steuern und die Ausgaben betreffen, um dadurch ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu sichern und eine fortschrittliche Sozialpolitik zu führen.

3. Das demokratische Defizit des Unionsvertrages muss beseitigt werden

Die Europäische Union muss vor der Erweiterung durch institutionelle Reformen gestärkt werden, die die demokratischen und sozialen Defizite beseitigen.

Das Europäische Parlament, das Zentrum der Demokratie, muss allgemein das Recht auf Mitentscheidung und die gemeinsame Gesetzgebung erhalten.

Die Europäische Kommission muss demokratisch ernannt werden, sie: muss die allgemeinen Interessen der europäischen Bürger/innen vertreten und durch das Europäische Parlament kontrolliert werden. Sie ist die Hüterin der Verträge und führt die Entscheidungen aus. Sie hat das Initiativrecht.

Im Europäischen Rat ist eine doppelte demokratische Mehrheit erforderlich (8 der 15 Länder, die die Mehrheit der Bevölkerung der Union vertreten).

Im Ministerrat: das Vetorecht muss beseitigt werden und die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit muss allgemein ausgeweitet werden.

4. Das soziale Defizit muss beseitigt werden

Die Politiken der Union müssen ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Sozialem schaffen (Achtung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes)

Die FERPA ist solidarisch mit den Positionen und Aktionen des EGB.

- Die kollektiven Rechte und Errungenschaften der Arbeitnehmer/innen müssen garantiert werden, entweder durch europäische Rahmentarifverträge oder durch europäische Richtlinien.
- Der Kampf für die Beschäftigung, die Vollbeschäftigung, bedeutet eine kollektive Verkürzung der Arbeitszeit durch Verhandlungen, durch den Abbau von Überstunden, durch den Teilzeitruhestand von so genannten alten Personen unter Bewahrung der Ansprüche des Teilzeitruhestands (in Bezug auf die Arbeit und die Rente) bei gleichzeitiger Einstellung von jungen Arbeitslosen in Vollzeit, durch die Befriedigung von neuen Bedürfnissen, die neue Beschäftigung schaffen usw.
- Der vorrangige Kampf gegen die Armut und die Ausgrenzung muss sich auf die Empfehlung für ein Mindesteinkommen vom Juni 1992 stützen.
- Das Sozialdumping in der Union muss untersagt werden.
- Es ist eine neue Umverteilung des Wohlstands erforderlich, indem die Dynamik der Bereicherung zu Gunsten einer kleinen Minderheit und der Verarmung der Mehrheit durchbrochen wird.
- Die Verteidigung der öffentlichen Dienste von allgemeinem Interesse stützt sich auf die Solidarität. Sie stellt eine Bastion gegen die soziale Ausgrenzung dar.

- Die Umweltpolitik muss das Leben der zukünftigen Generationen schützen und verbessern.

5. Der Sozialschutz: ein Grundrecht, das es zu schützen und zu verbessern gilt

Die Generaldirektion V der EU stellt fest, dass ohne die Transferzahlungen des Sozialschutzes 140 Millionen Europäer/innen in Armut leben würden.

Es müssen soziale Mindestleistungen gewährleistet werden:

- Die Mindestrente muss 50% des Pro-Kopf-BIP in den einzelnen Mitgliedstaaten betragen.
- Das Mindesteinkommen zur Beseitigung der Armut muss 40% des Pro-Kopf-BIP in den einzelnen Mitgliedstaaten entsprechen.
- Die regelmäßige Anpassung dieses Mindesteinkommens an die Entwicklung des Pro-Kopf-BIP muss zur Regel werden.

Die sozialen Rechte

Es muss eindeutig unterschieden werden zwischen den sozialen Rechten für alle und den sozialen Rechten der Arbeitnehmer/innen. Die europäische Charta und die Charta von Straßburg (Dezember 1989) beziehen sich gleichermaßen auf die Rechte der Arbeitnehmer/innen.

Die Ersatzeinkommen (Renten, Arbeitslosengeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Mutterschaftsurlaub, Arbeitsunfälle, Invalidität, Berufskrankheiten) müssen garantiert werden.

Die Finanzierung

Die Bemessungsgrundlage für die Sozialbeiträge darf die arbeitsintensiven Unternehmen nicht benachteiligen und darf sie nicht dazu veranlassen, Beschäftigung abzubauen.

Es ist unabhängig von der Finanzierungsart (Steuern oder Beiträge) erforderlich, Kapitaleinkommen höher zu besteuern.

Es eine alternative Finanzierung erforderlich, um eine bessere Aufteilung zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen zu erreichen und die Politik zur Senkung der Sozialbeiträge sowie die Ungleichgewichte durch die Massenarbeitslosigkeit (Senkung der Einnahmen, Erhöhung der Ausgaben) auszugleichen und um die Deckung der neuen Bedürfnissen zu sichern, die mit der Entwicklung der Gesellschaft zusammenhängen (demografische Entwicklung der Familien, Arbeit...).

Die alternative Finanzierung muss die Vermögenssteuer, die Besteuerung der kapitalintensiven Unternehmen und der spekulativen Finanzströme sowie den Kampf gegen Betrug und für den Umweltschutz erfassen.

Alterung, fehlende Beschäftigung und Sozialschutz

Die demokratischen Prognosen und die Alterung werden als dramatische Gefahr für die Finanzierung des Sozialschutzes dargestellt. Der Hauptgrund ist jedoch der Mangel an Beschäftigung, der zu Massenarbeitslosigkeit führt.

Die Konvergenz im Fortschritt im Bereich des Sozialschutzes und die Nichtregressionsklausel zur Vermeidung des Sozialdumping, die in der Empfehlung vom 27. Juli 1992 aufgeführt sind, dienen als Grundlage und müssen bei den Verhandlungen über die Modernisierung und Verbesserung des Sozialschutzes konkret umgesetzt werden.

Die Renten

Die FERPA misst folgenden Grundsätzen große Bedeutung bei:

- Das Umlagesystem und die Solidarität zwischen den Generationen müssen gesichert und gewährleistet werden, um eine Individualisierung und Privatisierung zu vermeiden, die zu einer dualen Gesellschaft und zur sozialen Ausgrenzung von immer mehr alten Menschen in der Gegenwart und in der Zukunft führen.
- Die Mitteilung der Kommission von 1997 über die Modernisierung und Verbesserung des Sozialschutzes stellt das gesetzliche Umlagesystem nicht in Frage und fordert keine radikale Reform zu einem privaten System nach der Kapitaldeckung.
- Die Zusatzrenten, die tarifvertraglich gesichert sind, dürfen nicht dazu führen, dass das Grundsystem auf dem Grundsatz der Solidarität unterwandert wird.
- Der größte Teil der Finanzmittel muss also den gesetzlichen Systemen zugewiesen werden. Die gesetzlichen Renten müssen regelmäßig und automatisch an die Preisentwicklung und Löhne oder an das Pro-Kopf-BIP angepasst werden.
- Die Rolle der Gewerkschaften bei der Verwaltung der Zusatzfonds muss bedeutsam sein. Es handelt sich um verlagerte Löhne.
- Die privaten Rentenfonds auf dem Grundsatz der Kapitaldeckung müssen vermieden werden. Sie führen zu einer großen Akkumulation von Kapital (z.B. Vereinigte Staaten, Großbritannien).
- Die institutionellen Anleger, die diese Rentenfonds verwalten, besitzen außerdem eine beträchtliche Macht. Sie bevorzugen die passiven Investitionen (Spekulation, hohe Zinssätze) zu Lasten der aktiven Investitionen, die Beschäftigung schaffen.
- Diese Fonds investieren heute in Aktien und fordern schnelle Gewinne zu Lasten der Beschäftigung. Diese akkumulierten Geldanlagen in der Eurozone haben bereits schädliche Auswirkungen auf die Beschäftigung.
- Private Rentenpläne dürfen nicht steuerlich begünstigt werden.

Die Gesundheit und die Gesundheitspflege

- Die Gesundheit ist ein gemeinsames Gut. Die Gesundheitspflege für alle muss durch Steuern finanziert werden. Damit der Zugang zu einer Gesundheitsversorgung mit hoher Qualität gewährleistet ist, müssen auf der einen Seite die Einnahmen gesichert werden (siehe insbesondere alternative Finanzierung) und andererseits die Ausgaben beherrscht werden, um die zur Verfügung stehenden Mittel optimal zu nutzen.
- Um sich den Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung stellen zu können, muss innerhalb der Sozialversicherung eine Pflegeversicherung eingeführt werden, die es den alten Menschen ermöglicht, die Anforderungen der Pflege und der Dienstleistungen, die mit dem Verlust der Selbstständigkeit einhergehen, zu bewältigen.
- Die Gesundheitspolitik muss die Pflege zu Hause, die erforderliche kollektive Ausrüstung, die Qualität und die Zugänglichkeit der Pflege und der Dienstleistungen, die Achtung der Würde und die Autonomie der alten Menschen gewährleisten.
- Die Effizienz der Gesundheitssysteme muss vergrößert werden, indem die Anstrengungen zur Vorbeugung, die Forschung im Bereich der mit dem Alter zusammenhängenden chronischen Krankheiten in Bezug auf therapeutische Methoden und die rationelle Benutzung der Arzneimittel sowie ihre Effizienz gesteigert werden.
- Der Vorrang der Pflege der pflegebedürftigen Menschen zu Hause, der in einem Dokument des Kongresses der FERPA von 1995 gefordert wird, erfordert die Einführung einer Pflegeversicherung für alte Menschen (siehe Kurzinfo Nr. 16).
- Die privaten Zusatzversicherungen schaffen ein Gesundheitssystem mit zwei Geschwindigkeiten, das besonders ungünstig für die ärmsten Menschen ist. Die alten Menschen werden automatisch durch ein Gesundheitssystem diskriminiert, das Altersgrenzen und Sonderbedingungen festlegt.
- Die FERPA verurteilt die Zunahme der Fälle von Diskriminierung in Bezug auf alte Menschen in mehreren Ländern und wendet sich gegen jedes System, das Altersbedingungen oder sonstige Sonderbedingungen einführt (es gibt auch im öffentlichen Sektor Fälle von Diskriminierung).
- Die Zusatzversicherungen dürfen auf keinen Fall steuerlich begünstigt werden und die Kosten des Sozialschutzes nicht erhöhen.

6. Die Sozialwirtschaft sowie der solidarische und kollektive Sektor

- Der Markt der nicht befriedigten menschlichen Bedürfnisse muss geregelt werden, indem Arbeitsplätze unter der Kontrolle der Politik (Kommunen, Regionen) geschaffen werden.
- Die Verwaltung muss durch die öffentlichen Behörden kontrolliert werden. Die geschaffenen Arbeitsplätze müssen tarifvertraglich festgelegten Bedingungen entsprechen (Vertrag, Gehalt usw.)
- Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Kontrolle der Verwaltung ist unerlässlich.

Die Sozialwirtschaft und die Nachbarschaftsdienste dürfen die öffentlichen Dienste nicht einfach ersetzen

- Das Recht auf Wohnung, auch für die "Obdachlosen", muss konkret durch die öffentlichen Behörden umgesetzt werden.
- Sozialzentren sind erforderlich, ebenso wie der Umweltschutz und die Absicherung der alten Menschen.
- Die FERPA setzt sich ein für die Verwirklichung der "partizipativen sozialen Prävention" zwischen jungen und alten Menschen.

7. Die alten Menschen müssen ihre Rolle in der Gesellschaft spielen

- Die Zuständigkeit im Bereich der alten Menschen muss in den neuen Vertrag der Europäischen Union aufgenommen werden.
- Der Zugang zur ständigen Weiterbildung für die alten Menschen ist unerlässlich.
- Die Politik im Wohnungs-, Verkehrs-, Kulturbereich usw. muss integriert und an die Bevölkerungsentwicklung angepasst werden ...Die Entwicklung der Technologien muss an die Bevölkerungsentwicklung angepasst werden.
- Es sind kollektive und solidarische Mechanismen zwischen den Generationen erforderlich. Die Übertragung von Wissen zwischen den Generationen ermöglicht ein besseres Verständnis und Kontinuität.
- Die alten Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihre Rolle im demokratischen Leben der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union zu spielen. Sie sind Bürger/innen wie die anderen auch, und sie dürfen weder zu sehr verehrt noch abgewiesen werden.

Die Gewerkschaft und die Zivilgesellschaft

Die nationalen Gewerkschaften (sozialistische und christliche) haben in zahlreichen Ländern eine wichtige Rolle beim europäischen Aufbau nach dem Zweiten Weltkrieg gespielt.

Nachdem die Gewerkschaften zunächst auf 6 Ländern verteilt waren (Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg) führte der Aufbau der Gewerkschaften 1973 zur Gründung des EGB.

Der EGB war gleichzeitig Lanzenspitze für die Aktionen und Schutzschild, und ohne ihn wären die sozialen Errungenschaften Europas nicht das, was sie heute sind.

Damals wie heute, wenn auch in dem anderen Kontext der Globalisierung, bleibt die Gewerkschaftsorganisation ein wichtiges Gegengewicht bei der Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer/innen im Allgemeinen.

Die Handlungsfähigkeit des EGB muss gestärkt werden, indem nicht nur die Interessen der Arbeitnehmer/innen, die eine Beschäftigung haben, sondern auch die derjenigen, die keine Beschäftigung haben (die Arbeitslosen), der Rentner/innen, die die ehemaligen Arbeitneh-

mer/innen darstellen, und der Jugendlichen, die eine Beschäftigung suchen, verstärkt berücksichtigt werden.

Der EGB und die FERPA sind interessiert an der Entstehung einer Plattform der sozialen Nichtregierungsorganisationen und der so genannten Zivilgesellschaft. Die FERPA hat bereits mehrfach darüber diskutiert.

Die Gewerkschaften im Allgemeinen und der EGB messen ihrer Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien und den Regierungen große Bedeutung bei, ohne jedoch unpolitisch zu sein, da sie eine immer wichtigere Rolle in der Gesellschaft spielen.

Der EGB und die FERPA haben sicherlich ein Interesse daran, ihre Kräfte mit den Verbänden der Plattform der sozialen Nichtregierungsorganisationen, die die gleichen Werte und die gleichen Ziele teilen, zu bündeln, um zum Beispiel die Grundrechte in der Unionsvertrag aufzunehmen.

Die europäischen Institutionen haben ein Interesse an der Gruppierung der Nichtregierungsorganisationen und sollten die Solidarverbände und die Stiftungen finanziell unterstützen und konsultieren.

Es ist jedoch Wachsamkeit geboten, um zu verhindern, dass diese Zusammenarbeit auf Kosten der Gewerkschaften erfolgt, die die wesentliche Kraft bei der Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer/innen bleiben.

Der 3. Kongress der FERPA ruft den 15. April 1999 und den Forderungskatalog dieser Veranstaltung in Erinnerung. Die FERPA bekräftigt ihre wichtigsten Forderungen, die allen europäischen Rentner(innen)n gemeinsam sind, insbesondere:

- die Renten;
- die Verteidigung der Sozialsysteme nach dem Umlageverfahren, die auf unterschiedliche Art und Weise in den Plänen zur Reform der Rentensysteme, die in den meisten europäischen Ländern entworfen oder umgesetzt werden, angegriffen werden;
- die Durchführung einer Politik zur Erhöhung der niedrigen Renten in allen Ländern, zusätzlich zur Festlegung von Mindestbeträgen für eine Mindestrente und ein Mindesteinkommen;
- Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für die alten Menschen; Die Übernahme der Kosten für die Pflege von alten Menschen;
- Die Entwicklung von Dienstleistungen, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen der alten Menschen wichtig sind und die ein wichtiger Faktor für die Schaffung von Beschäftigung im Bereich der Gesundheit und der Hilfe für alte Menschen sind.

Willensbekundung

"Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert,

- 1. dem Europäischen Verband für Rentner und alten Menschen (FERPA) als Mitglied beizutreten und**
- 2. sobald als möglich eine organisationspolitische Arbeitstagung zur Seniorenpolitik im DGB durchzuführen, um verbindliche Beteiligungsstrukturen auf allen organisatorischen Ebenen festzulegen."**

Die Willensbekundung wurde gegen drei Stimmen verabschiedet.

TeilnehmerInnenverzeichnis

TeilnehmerInnen der 1. Seniorenpolitische Fachtagung des DGB-Bundesvorstandes am 14. Oktober 1999 in Düsseldorf

1.	Acker	Sabine	DGB-BV	Düsseldorf
2.	Adams	Hans-Joachim	GdP-BV	Hilden
3.	Adrian	Gerhard	GdP	Hamburg
4.	Astalosch	Albert	IG-BCE	Dessau
5.	Backes	Egon	SPD-60plus	Reichshof
6.	Backes	Hannelore	SPD-60plus	Oberberg
7.	Bader	Anneliese	GEW	Bottrop
8.	Bartels	Hubert	IG-Medien Hessen	Frankfurt/Main
9.	Beek van	Hans	IG-Metall	Düsseldorf
10.	Berg	Alfred	SPD-60plus	Schwerte
11.	Bergmann	Christine	BMfSFJ	Berlin
12.	Bittner	Reinhold	IG-Metall	Salzgitter
13.	Blanke	Lothar	IG-Bau	Sarstedt
14.	Blatt	Heinz	GdP	Vallendar
15.	Bong	Olaf	GdP Baden-Württ.	
16.	Bossau	Rolf	GHK	Uetersen
17.	Brodowy	Aribert	DGB-Duisburg	Duisburg
18.	Bruelheide	Willi	GdP Schleswig- Holstein	
19.	Debunne	Georges	FERPA	Brüssel
20.	Deike	Betty		Oberhausen
21.	Deisenroth	Karlheinz	DGB-LB Sachsen	Dresden
22.	Dengler	Susanne	SPD-60plus	Berlin
23.	Detlef	Hildegard	DGB-Kiel	Kiel
24.	Devender	Herbert	ÖTV	Duisburg
25.	Dietz	Gertrud	DGB-Duisburg	Duisburg
26.	Dinnebier	Käte	DGB-Marburg	Marburg
27.	Dobras	Horst	IG-Metall	Remscheid
28.	Dombrowski	Manfred	IG-Medien HV	Stuttgart
29.	Eberitzsch	Konrad	LSV-Thüringen	Erfurt
30.	Eberl	Rudolf	DGB-LB Thüringen	Suhl
31.	Eggert	Maria	DAG	Hamburg
32.	Engelen-Kefer	Ursula	DGB- Bundesvorstand	Berlin
33.	Erbstößer	Brunhilde	DGB-LB Thüringen	Erfurt
34.	Eschenbach	Brigitte	GEW-HV	Frankfurt/Main
35.	Fahrtmann	Jutta	DGB-LB Niedersachsen	Katlenburg-Lind
36.	Farken	Ortrud	DGB-LB Nord	Schwerin
37.	Fußhoven	Peter	DGB-Düsseldorf	Düsseldorf
38.	Gellert	Herbert	GdP	Hessen

TeilnehmerInnenverzeichnis

39.	Gluche	Sigrid	DGB- Bildungswerk Thüringen	Erfurt
40.	Golbach	Sepp	GHK	München
41.	Grosse	Brigitte	DGB-LB NRW	Düsseldorf
42.	Hahn	Werner	IG-Metall	Dinslaken
43.	Hartmann	Helmut	IG-Medien	Essen
44.	Havlicek	Hilde	Österreichischer Pensionisten Verband	Wien
45.	Hinn	Gabriella	BaS	Bonn
46.	Holzer	Rose-Marie	SPD-60plus	Solingen
47.	Holzwarth	Werner	IG-Metall	Frankfurt/Main
48.	Hübner	Rosi	Arbeit und Leben	Bremen
49.	Hülsen	Friedel	DGB-Duisburg	Moers
50.	Jäger	Heinz	GdP	Bremen
51.	Jansen	Franz	IG-Metall	Mönchengladbach
52.	Juch	Elfriede	PDS	Berlin
53.	Käding	Jürgen	DGB-LB Berlin	Berlin
54.	Kätzel	Peter	Volkssolidarität	Berlin/Dresden
55.	Kerschbaumer	Judith	DAG	Hamburg
56.	Klammer	Erhard	GdP	Thüringen
57.	Klehm	Ulrike	ZWAR e.V.	Dortmund
58.	Klos	Werner	GdP	Saarland
59.	Knepper	Friedrich	GEW	Menden
60.	Köpke	Karl-Heinz	DGB-LB Nord	Hamburg
61.	Kothes	Elsbeth	DGB-Duisburg	Duisburg
62.	Kuhn	Egon	Seniorenakademie Otto Brenner	Hannover
63.	Lassner	Heribert	ÖTV-HV	Stuttgart
64.	Lindemann	Harald	DGB-LB Niedersachsen	Wendemark
65.	Martens	Günther	GdP	Sachsen-Anhalt
66.	May	Leo	DAG	Hamburg
67.	Meier	Heinz	DGB-LB Sachsen-Anhalt	Halle
68.	Menke	Barbara	Arbeit und Leben	Düsseldorf
69.	Moritz	Werner	DGB-LB Berlin	Berlin
70.	Moschall	Helmut	GdP	Bezirk BKA
71.	Müller	Rolf	IG-BCE	Erfurt
72.	Mundorf	Heinz-Dieter	Senioren-Union CDU	Bonn
73.	Neersen	Helmut	GdP	Nordrhein-Westf.
74.	Nitzsche	Marita	LAG Vorruhestand	Magdeburg
75.	Nolte	Horst	GdP	Niedersachsen
76.	Oldiges	F.J.	VdK	Bonn
77.	Panneke	Herbert	IG-Medien	Köln
78.	Peltz	Heinz	IG-Medien	Essen
79.	Peree	Heinz	DAG	Hamburg

TeilnehmerInnenverzeichnis

80.	Pischel	Volkmar	DGB-LB Thüringen	Hörningen
81.	Pohlig	Ludwig	IG-Metall	Duisburg
82.	Rixecker	Hans	GEW	Neunkirchen Westerw
83.	Röhrig	Bruno	IG-Metall	Mönchengladbach
84.	Roßburg	Willi	ÖTV	Herne
85.	Rössig	Helmut	IG-Metall	Düsseldorf
86.	Sander	Helmut	IG-Metall	Dessau
87.	Sandig	Marianne	DGB	Berlin
88.	Schäfer	Uwe	GdP	Mecklenburg- Vorpommern
89.	Schäfer	Ernst	IG-Metall	Hattingen
90.	Scheinemann	Irmgard	Landessenioren Vertretung NRW	Düsseldorf
91.	Schirach	Fritz	ÖTV	Müncheberg
92.	Schlachta	Gerhard	GdP	Berlin
93.	Schmidt	Hans-Uwe	DGB-Paderborn	Holzminden
94.	Schröther	Franz	DPG	München
95.	Schüller	Klaus	DGB-LB Thüringen	Dreißigacker
96.	Schweitzer	Hanne	Journalistin	Köln
97.	Sigulla	Sepp	DGB-LB Hessen	Maintal
98.	Steiner	Horst	DPG	Hof
99.	Stephan	Gerhard	GdP	
100.	Strauß	Marlies	HBV	Dresden
101.	Tack	Eduard	BMFSFJ	
102.	Thoma	Richard	GEW	München
103.	Timpe	Walter	HBV	Hemmingen/A.
104.	Trambowsky	Gustav	DGB-Düsseldorf	Düsseldorf
105.	Vanselow	Horst	Bundessenioren- vertretung	Norderstedt
106.	Walter	Erich	DGB-LB Thüringen	Emleben
107.	Wenzel	Walter	IG-Bau	Berlin-Rudow
108.	Wenzlaff	Christa	DGB	Berlin
109.	Wiese	Andreas	DPG-HV	Frankfurt/Main
110.	Wittich	Bernd	IG-Medien	Rödersheim
111.	Wittköpper	Karl-Josef	IG-Metall	Essen
112.	Wolf	Jürgen	Fachhochschule	Magdeburg
113.	Wolf	Robert	GdP	Bayern

Namensregister

	Seiten
Adams, Hans-Joachim	72
Backes, Egon	39
Beek van, Hans	38
Bergmann, Christine	16ff.
Bittner, Reinhold	63ff.
Debunne, Georges	26ff., 78ff.
Deisenroth, Karlheinz	59
Engelen-Kefer, Ursula	5f., 7ff.
Farken, Ortrud	56, 60f., 73
Fußhoven, Peter	69
Gluche, Sigrid	65f.
Golbach, Sepp	39f., 70, 74
Havlicek, Hilde	22ff.
Hinn, Gabriella	56
Holzwarth, Werner	62f., 67, 68f., 71f., 73
Käding, Jürgen	68, 70, 71
Kätzel, Peter	57
Klehm, Ulrike	57f.
Köpke, Karl-Heinz	51ff., 54, 59
Kothes, Elsbeth	54
Kuhn, Egon	55f.
Lindemann, Harald	54
May, Leo	59
Moritz, Werner	57
Nitzsche, Marita	59
Peltz, Heinz	73
Rössig, Helmut	38
Scheinemann, Irmgard	58
Schirach, Fritz	41, 57, 72
Schüller, Klaus	62f.
Schweitzer, Hanne	42ff.
Sigulla, Sepp	70
Steiner, Horst	38f.
Strauß, Marlies	56
Tack, Eduard	41
Timpe, Walter	55, 58, 72f.
Trambowsky, Gustav	40, 55
Wenzel, Walter	40f., 58
Wittich, Bernd	56f.
Wolf, Jürgen	30ff.

	Seiten
BaS	56
BMfSFJ	16ff., 41
Büro gegen Altersdiskriminierung	42ff.
DAG	59
DGB-Bildungswerk Thüringen	65f.
DGB-Bundesvorstand	5f., 7ff.
DGB-Duisburg	54
DGB-Düsseldorf	40, 55, 69
DGB-LB Berlin	57
DGB-LB Hessen	70
DGB-LB Niedersachsen	54
DGB-LB Nord	51ff., 54, 56, 59, 60f., 73, 76f.
DGB-LB Sachsen	59
DGB-LB Thüringen	62f.
DPG	38f.
Fachhochschule Magdeburg	30ff.
FERPA	26ff., 78ff.
GdP-BV	72
GHK	39f., 70, 74
HBV	55, 58, 56, 72f.
IG-Bau	40f., 58
IG-Medien	56f., 73
IG-Metall	38, 62f., 63ff. 67, 68f., 71f., 73
LAG Vorruhestand	59
Landessenioren	58
Vertretung NRW	
Österreichischer Pensionisten Verband	22ff.
ÖTV	41, 57, 72
Seniorenakademie Otto Brenner	55f.
Seniorenarbeitskreis beim DGB-BV	69, 70ff., 73
SPD-60plus	39
Volkssolidarität	57
ZWAR e.V.	57f.

**Dokumentation der 1. Seniorenpolitische Fachtagung
DGB-Bundesvorstand**